Die Stasi-Akten des IM „Ulo“ alias Detlev Blanke

Über die Berichterstattung von DDR-Esperantisten zu Gunsten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS, Stasi) Detlev Blanke als IM/GI/GMS „Ulo“

1. Teil

Einführung: Voraussetzungen für die Esperanto-Bewegung in der DDR

In einem Abriss der Geschichte des Esperanto-Verbands der DDR (GDREA), die einige Monate nach dem Sturz Erich Honeckers in *der esperantist* (6/1990), dem offiziellen Organ dieses Verbands, veröffentlicht wurde, waren in dem entsprechenden Kapitelchen zur Periode zwischen 1949 und 1965 die folgenden lakonischen Sätze zu lesen: „In der DDR war Esperanto nicht erwünscht. Die Sprache wurde verleumdet¹ und eine organisierte Aktivität war strikt verboten. Dennoch gab es sehr grosse Bemühungen, den Widerstand zu besiegen. Diese Bemühungen, denen das Ende des kruden Stalinismus verhalf (Periode Chruščëvs), und die Reorganisation der Bewegung in den europäischen Volksdemokratien hatten im Jahr 1965 endlich Erfolg. (...)“ Wie die übrigen Medien des Sowjetblocks hatte auch die Esperanto-Presse der DDR die stalinistischen Repressionen systematisch zu verschweigen (od. beschweigen). Erstmals in *La Gazeto* 133/2007, S. 133, äusserte Detlev Blanke (1941-2016), ehemaliger Abteilungsleiter im Kulturbund der DDR und zuständig für Esperanto und GDREA, sich erstmals öffentlich konsterniert über die „wahllose Mordmaschine Stalins“, ohne aber irgendwelche Details dazu aufzugreifen.

Nachdem es nach 1945 auch in der sowjetisch besetzten deutschen Ostzone für die Esperanto-Bewegung einen Neubeginn gegeben hatte, traten die ersten Probleme bereits um 1948 auf. In einer Anordnung zur Auflösung einer Esperanto-Gruppe in Reichenbach/SBZ zum Jahresende 1948 hiess es, dass die „Bildung von Esperantogruppen, da es sich um eine Kunstgruppe (sic) handelt, die keinerlei Verbindung zu einem lebenden Volk herstellt, dafür aber durch westliche Einflussnahme auf ihre Publikationsorgane reaktionäre Tendenzen verbreitet, zu untersagen“ ist. Am 12. Januar 1949 erliess die Deutsche Verwaltung des Inneren der SBZ, also auf dem Territorium der am 7. Oktober 1949 gegründeten DDR, ein ausdrückliches Verbot für Esperanto-Aktivitäten: Gemäss der „Verordnung zur Überführung von Volkskunstgruppen und volksbildenden Vereinen in die bestehenden demokratischen Massenorganisationen“ (veröffentlicht im Zentralverordnungsblatt vom 12.1.1949, Teil I, herausgegeben von der Deutschen Justizverwaltung der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland) bzw. gemäss Verordnung des DWK vom 10.02.1949 über die „Auflösung der Kunstsprachgruppen“ waren „7. Kunstsprachengruppen aufzulösen“ und „8. Ido- und Esperantosprachecken in den Zeitungen und Zeitschriften unverzüglich aufzuheben“. Diese Gruppen und Vereine waren in die bestehenden Massenorganisationen einzugliedern. Im gleichen Erlass wurden auch Freikulturverbände (Nacktkultur) verboten und örtliche Verkehrsvereine aufgelöst. Interessant sind drei Punkte: Das Verbot wurde bereits vor der Gründung der DDR erlassen; erwähnt wurde neben Esperanto auch Ido. Höchst bezeichnend ist aber vor allem, in welche Kategorien Esperanto fiel. Die Verfügung liest sich wie ein Missverständnis, bei der ‚Kunstsprache-gruppen‘ mit Kunstgruppen bzw. Volkskunstgruppen verwechselt wurden. Am 15.6.1949 lieferte das SED-Organ *Neues Deutschland* die Erklärung nach, es handle sich um kein Verbot des Esperanto an sich (als Sprache?), sondern um ein Verbot von Gruppen(aktivitäten). Dennoch hielt das SED-Organ an der Einstellung fest, dass die Teilung der Welt nicht durch eine Weltsprache, sondern nur durch den Klassenkampf und den Endsieg der Arbeiter zu beseitigen sei. Aber politisch war die Entwicklung klar: Die SED und ihr Parteijugendverband FDJ duldeten keine Jugendorganisationen, die ausserhalb ihrer Kontrolle standen. Entsprechend brüsk wurden sie verdrängt. Nichtsdestotrotz fanden in den illegalen Jahren zwischen 1949 und 1965 sporadisch private Treffen von

¹ Belege für diese Behauptung fehlen.

Esperantisten in Ost-Berlin und der übrigen DDR statt, z.B. in Leipzig, wo der Kreis um Erich-Dieter Krause entstand.² Manchmal wurden sie von den Behörden entdeckt und auf das Verbot zurechtgewiesen.³ Noch im März 1955 schrieb der „Staatsanwalt der DDR“ über Esperanto: „Kunstsprachen sind keine Nationalsprachen und haben folglich und übereinstimmend mit der Lehre des unvergesslichen J.V. Stalin über Probleme des Marxismus in der Sprachwissenschaft keine wissenschaftliche oder kulturelle Grundlage, denn sie besitzen weder einen Basis-Wortschatz noch eine eigene Grammatik.“⁴

Anfänglich hatte sich noch vor allem der Deutsche Friedensrat um die Belange der Esperanto-Bewegung in der DDR gekümmert. So liess er 1960 die Zeitschrift *Paco* der berüchtigten kommunistischen Weltfriedensbewegung der Esperantisten (Mondpaca Esperantista Movado MEM) herausgeben und sorgte auch dafür, dass 1963 von ihm finanzierte DDR-Abordnungen an die Esperanto-Weltkongresse von Vraca und Sofia nach Bulgarien reisen durften. Da Esperanto im Sowjetkommunismus unter anderem mit „Trotzkismus“ und „Kosmopolitismus“ konnotiert war,⁵ gab es weiterhin Probleme mit der Anerkennung und Zulassung von Esperanto-Organisationen. Eine Voraussetzung dafür war die Aufnahme der Esperantisten in eine bestehende Massenorganisation der DDR. An den Deutschen Kulturbund gerichtete Schreiben veranlassten das Sekretariat, Beratungen mit dem Deutschen Friedensrat und den zuständigen staatlichen Instanzen zu führen.⁶ Da der Deutsche Friedensrat aber keine Organisation mit eingeschriebenen Mitgliedern war, konnte er den Esperantisten in der DDR keine organisatorische Grundlage bieten.

Obwohl das Esperanto-Verbot per „Verordnung über die Gründung und Tätigkeit von Vereinigungen“ im Gesetzblatt der DDR Nr. 64 vom 15.9.1961 – also ein Monat nach dem Mauerbau! – de jure aufgehoben wurde, bestand es de facto bis 1965 weiter.⁷

Obwohl Johannes R. Becher, Präsident des Kulturbunds der DDR, eine gewisse Sympathie für Esperanto gehabt haben soll, sträubte sich der Kulturbund als solcher anfänglich gegen die Annahme eines entsprechenden Antrages, vor allem in Dresden. Im August 1964 schrieb der Bundessekretär Gerhard Henniger an alle 1. Bezirkssekretäre des Kulturbunds: „[Wir] möchten darauf hinweisen, dass das Bundessekretariat des Deutschen Kulturbundes eine organisatorische Zusammenfassung von Esperantofreunden (...) weder innerhalb des Deutschen Kulturbundes noch ausserhalb des Kulturbundes in anderen Einrichtungen für notwendig hält.“

Einige Zeit später musste der Kulturbund sozusagen umdenken, da die Kulturabteilung des ZK der SED dem Kulturbund überraschend einen „Vorschlag“ unterbreitete, eine „Gesellschaft für Esperantofreunde“ zu bilden. Hintergrund dieses Vorgangs war u. a., dass in anderen sozialistischen Ländern, vor allem in Polen, Ungarn und Bulgarien bereits Mitte der 1960er Jahre aktive und offizielle Esperantoverbände bestanden, deren Angehörige auch kollektive Mitglieder des Esperanto-Weltbundes (UEA) waren. Den „Vorschlag“ wollte der Kulturbund jedoch nicht widerspruchslos hinnehmen. Die Bundessekretäre Schulmeister und Henniger wurden beauftragt, mit der Abteilung Wissenschaft des ZK der SED Rücksprache zu halten, um, wenn schon nicht die Bildung von Esperanto-Vereinigungen, doch wenigstens die Aufnahme in den Kulturbund zu verhindern. Stattdessen, so der Vorschlag des Kulturbunds, sollten diese der „Liga für Völkerfreundschaft“ angegliedert werden. Auch staatliche Stellen, insbesondere das Ministerium des Innern, interessierten sich für die Entwicklung, zumal sie über die (Volks-)Polizei das „Verbot“ der Esperantisten durchsetzen sollten. Bei einem Gespräch mit einem

² Es handelte sich um den Kreis des Sprachwissenschaftlers Erich-Dieter Krause in Leipzig (der heute noch lebt und ein berühmter Verfasser von Esperanto-Wörterbüchern ist, s. https://de.wikipedia.org/wiki/Erich-Dieter_Krause).

³ S. Wollenberg, F.; Chronik zur Geschichte des Esperanto in Ostberlin 1945-1991, 2002 (<http://katalogo.uea.org/katalogo.php?inf=6753>), S. 13; Bendias, T.: Die Esperanto-Jugend in der DDR. 2011 (<http://katalogo.uea.org/katalogo.php?inf=8716>). S. 46ff.

⁴ S. Lins, U.: La danĝera lingvo (Die gefährliche Sprache), Esperanto-Ausgabe 1988 (<http://katalogo.uea.org/katalogo.php?inf=2993>), S. 467f.; Bendias, ebd., S. 99.

⁵ Zur Geschichte des Esperanto in der stalinistischen Sowjetunion s. http://plansprachen.ch/Jahrhundert_des_Esperanto_SOWJETUNION_1917-53.pdf.

⁶ Bei den Diskussionen um die Wiederzulassung der Esperanto-Bewegung in der DDR sollen die „Traditionen der Arbeiter-Esperanto-Bewegung“ eine Rolle gespielt haben, wie Blanke in seiner Broschüre ‚Movado sur la alia flanko‘ festhielt.

⁷ DDR-Chefesperantist D. Blanke schrieb in seiner Broschüre ‚Movado sur la alia flanko‘ (2004, <http://katalogo.uea.org/katalogo.php?inf=6162>), dass die Wiederherstellung einer organisierten Esperanto-Bewegung in der DDR deshalb mit Verspätung erfolgt sei, weil der Konflikt zwischen den beiden deutschen Staaten einen negativen Einfluss auf alle internationalen Beziehungen der DDR ausgeübt habe.

Mitarbeiter des Ministeriums des Innern am 27. Oktober 1964 informierte der Kulturbund über den Stand der Entwicklung wie folgt: „Zwar besteht bei der Kulturabteilung des ZK die Absicht, in einer Vorlage für das Sekretariat des ZK den DKB als Trägerorganisation für eine DDR-Sektion der Esperantisten vorzuschlagen, aber das Bundessekretariat nimmt nach wie vor dazu eine ablehnende Haltung ein, weil diese Auflage nicht im Rahmen des grossen gesellschaftlichen Auftrags des Deutschen Kulturbunds liegt.“ Der Einspruch des Kulturbunds blieb also unbeachtet. Im Auftrag des ZK der SED musste vom Kulturbund eine Vorlage ausgearbeitet werden. Nichtsdestotrotz wies der Kulturbund erneut darauf hin, „dass die Übernahme der Esperantoanhänger in den Deutschen Kulturbund die Übernahme eines Arbeitsgebietes bedeutet, das dem Charakter und der historischen Entwicklung unserer Organisation fremd ist.“ Noch im Dezember 1964 wies Karl-Heinz Schulmeister darauf hin, dass die Kernkompetenzen des Kulturbunds vor allem in folgenden Aufgabengebieten lägen: „Freunde der Literatur, der bildenden Kunst, der Musik, des Theaters, der Fotografie, der Museen, der Heimatkunde, des Naturschutzes, der Sternwarten, der Tierparks, wissenschaftlicher Institute und Einrichtungen, der Philatelie.“ Dennoch wurde auf der Sitzung des Büros des Politbüros der SED vom 16. Dezember 1964 die Bildung eines Zentralen Arbeitskreises für Esperanto beschlossen, dem im wesentlichen die folgenden Aufgaben zugeteilt wurden:

- Nutzung von Esperanto für Auslandspropaganda, d. h. zur Darstellung der Erfolge der DDR;
- Zusammenarbeit auf gleichberechtigter Grundlage in internationalen Esperantovereinigungen;
- Bildung von Bezirksarbeitsgemeinschaften;
- Herausgabe eines Mitteilungsblattes;
- Abgrenzung des Arbeitskreises gegen „unberechtigte und falsche“ Forderungen wie Esperanto als Unterrichts- oder Studienfach.

Der ZK-Beschluss zur Wiederzulassung des Esperanto vom Dezember 1964 führte also dazu, dass im Februar 1965 das Präsidium des Deutschen Kulturbunds (DKB) beschloss, einen *Zentralen Arbeitskreis der Esperantofreunde* im Deutschen Kulturbund zu bilden, „um den Esperantisten in der Deutschen Demokratischen Republik bessere Möglichkeiten zu geben, im Sinne des Friedens und der Völkerverständigung zu wirken,“ wie es in der ersten Ausgabe des Mitteilungsblatts der Esperantofreunde im Deutschen Kulturbund, *der esperantist*⁸, hiess.

Am 31. März 1965 konstituierte sich also dieser „Zentrale Arbeitskreis der Esperanto-Freunde im KB der DDR“ (ZAKE) und gab mit Zustimmung des ZK 78 Richtlinien für die Tätigkeit dieser Esperanto-Freunde heraus. Die Ressentiments, die man gegen Esperanto schon lange hegte, kamen darin noch deutlich zum Ausdruck. Die Esperanto-Gruppen wurden eingeschworen, „dass zur Allgemeinbildung sozialistischer Persönlichkeiten die Beherrschung von Fremdsprachen gehört, die durch nationale Besonderheiten geprägt und nicht durch eine Welthilfssprache ersetzt oder verdrängt werden können.“ Als Aufgaben wurden ihnen zugedacht, dass sie durch ihre Sprachkenntnisse mit Esperanto-Anhängern in anderen Ländern über den „Umwälzungsprozess“ in der DDR informieren und ihn positiv darstellen, sich für die friedliche Koexistenz einsetzen und mit ihren „spezifischen Mitteln“ am Aufbau des Sozialismus mithelfen sollen. Mit dieser Politisierung wurde letztendlich die Existenz der Esperanto-Gruppen gerechtfertigt.⁹

⁸ Sämtliche Ausgaben von *der esperantist* sind auf CD erhältlich.

⁹ S. Zimmer, Andreas: Der Kulturbund in der SBZ und in der DDR: Eine ostdeutsche Kulturvereinigung im Wandel der Zeit zwischen 1945 und 1990. Wiesbaden 2018. S. 269-71. (Eigentlich ist dieses Werk schon 2013 im Universitäts-Verlag Leipzig als Hochschulschrift /Dissertation/ erschienen, s. <https://katalog.ub.uni-leipzig.de/Record/0013785431>). Die Wiederzulassung des Esperanto in der DDR fiel in den 60er Jahren mit einer interessanten politischen Entwicklung im Land zusammen. Nach dem Mauerbau von 1961, der den Sowjetsektor Deutschlands vom Westen hermetisch abriegelte und die Bevölkerung wie in einem grossen Gefängnis einschloss trachtete SED-Chef Walter Ulbricht danach, verschiedene Reformen auf den Gebieten der Wirtschaft, Kultur- und Jugendpolitik in der DDR einzuführen und voranzutreiben, die anfänglich ziemlich vielversprechend waren, aber wegen ihrer Aufwertung dezentraler Strukturen bei den Betriebsleitungen zulasten der Zentralverwaltung für die Hardliner der SED in die falsche Richtung zielten (s. NÖSPL und ÖSS). So sollte Ulbricht damit bald Probleme auch mit Moskau bekommen, das die reformerische Entwicklung kritisch verfolgte. Ulbricht entwickelte sich immer mehr zu einem eigenwilligen kommunistischen Autokraten der DDR, dessen Emanzipationsgelüste zu Gunsten einer eigenständigeren Entwicklung des Sozialismus in der DDR den Sowjets nicht entgingen. Da passierte in der Sowjetunion ein fatales Ereignis: Als Chruschtschow im Oktober 1964 in Moskau von seinen Kollegen im Politbüro als Parteichef und Ministerpräsident gestürzt wurde und Leonid Breschnew sein Nachfolger wurde, konnte sich der Stalinist Ulbricht zwar noch an der Macht halten, geriet jedoch unter immer grösseren Druck. Als Ulbricht in der zweiten Hälfte der 60er Jahre das Vertrauen Breschnews dann

Die Mitglieder des ersten Vorstands des „Zentralen Arbeitskreises Esperanto“ (ZAKE) waren die folgenden Personen:

Rudi Graetz (1907-77), 1. Vorsitzender, Direktor für Ausstellungen beim Ministerium für Aussen- und Innerdeutschen Handel, Berlin;

Willy Vildebrand (6.3.1904-?), Exportkaufmann, Berlin;¹⁰

Eugen Menger (1902-71), Stellv. Vorsitzender und Sekretär, Abteilungsleiter, Berlin;

Otto Bässler (1897-1981), Leiter einer Museumsabteilung in Leipzig;¹¹

Hans Eichhorn, cand. med., Pirna;

Helmut Fuchs, Kaderleiter, Pirna;

Rudolf Hahlbohm, Theaterwissenschaftler, Berlin;

Dr. Emil Rechtziegler, Wirtschaftswissenschaftler, Berlin;

Erwin Schleusener (1908-69), Redakteur, Berlin;

Ludwig Schödl (*31.10.1909-1997), Lehrer/Direktor, Neuruppin;

Wilhelm Zimmermann, Behördenangestellter, Berlin.

In einem Interview (das 2011 erschien) schätzte Detlev Blanke die Lage des Esperanto in der DDR ab 1956 wie folgt ein:

„Man [d.h. Ulrich Lins] hat uns [von westdeutscher Seite] vorgeworfen, dass wir die Verfolgung der Esperantisten während des Stalinismus nicht thematisiert haben. Ihn habe [ich] später mal gefragt, wie er sich das denn vorgestellt hätte. Sollten wir über die Verfolgungen publiziert haben in einer Zeit, in der Breschnew, genau genommen, einen verminderten stalinistischen Kurs führte? Nein. Es kam gar nicht infrage, solche Sachen zu thematisieren. Und da ich die Verfolgungsthematik kannte (...) waren wir auch nicht daran interessiert, die Vorurteile, die es gegen Esperanto ohnehin gab und die auch nicht völlig durch die Legalisierung überwunden waren, irgendwie – sagen wir mal – zu bedienen durch Strukturen, zu denen man sagen könnte: Na, was machen die da? (...)“

„Ich war ja seit 1957/58 beim Esperanto, als noch keine Perspektive für die Sprache in der DDR abzusehen war. Ich wusste manches über die Verfolgungen, natürlich nicht im vollen Masse. Rudi Graetz und andere haben uns auch informiert, sodass wir daran nicht interessiert waren – sagen wir mal – uns selber Schwierigkeiten zu bereiten in einem Bereich, der nicht ganz einfach war, historisch und theoretisch mit Vorurteilen belastet war. Auch seitens der Sprachwissenschaft. Die historische Belastung führte ja dazu, dass uns die Leute fehlten. Wir konnten kein Interesse daran haben, uns durch unbedachtes Verhalten Probleme zu organisieren. Dazu gehörte auch die Förderung selbständiger und unabhängiger Jugendgruppen. Ich glaube gerne, dass manche Jugendliche die Schwierigkeiten nicht einschätzen konnten. Natürlich gab es auch manchmal von uns überzogene Reaktionen. Das will ich gar nicht bestreiten. Wir waren sicher gelegentlich auch übervorsichtig.“

An anderer Stelle des Interviews heisst es: „Ständig wurde in den ersten Jahren behauptet, dass Esperanto bürgerlich sei, nur die Klassengegensätze verschleierte und ähnlicher Unsinn. Wir konnten dann

allmählich verlor, wurde zwischen Breschnew und dem aufstrebenden SED-Führer Erich Honecker im Juli 1970 in Moskau schliesslich vereinbart, dass Ulbricht die Macht in der DDR zu Gunsten Honeckers abgeben soll. Obwohl es unter seinem Nachfolger überhaupt nicht um mehr Humanismus und Menschenrechte ging, obwohl auch er um den Helsinki-Prozess nicht herumkam, hörte unter der Herrschaft Honeckers der offene Terror zwar auf. Das Land wurde jedoch von einem zunehmend grösser werdenden Netz von MfS-Spitzeln überspannt, die alles und jeden kontrollierten. Die Esperanto-Bewegung der DDR hatte zum Überleben nur eine Chance, wenn sie sich den politischen Verhältnissen in der DDR bedingungslos anpasste und sie vorbehaltlos akzeptierte und mit dem politischen Regime mitspielte.

¹⁰ 1930 Präsident des Deutschen Arbeiter-Esperanto-Bundes.

¹¹ 1967 mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Bronze ausgezeichnet.

sagen: 'Moment mal, du kennst die Geschichte nicht'. Dann hiess es: 'Ach das wusste ich ja gar nicht' usw. Das war dann auch ein Hebel, der uns half.

Gewisse Verfolgungen gab es auch in der DDR. Es gab Leute, die wegen Esperanto aus der Partei geflogen sind, beispielsweise der Zahnarzt Karl Mayer aus Berlin. **Sicherlich haben einige auch mit der Stasi Probleme bekommen.**¹² Nach dem 20. Parteitag und der Rede Chruschtschows,¹³ da war Ulbricht noch an der Macht, gab es Leute, die sagten, na schön, wenn dort der Personenkult thematisiert wird, dann müssen wir doch auch hier in der DDR mal darüber nachdenken. (...)"

An einer weiteren Stelle des Interviews heisst es noch: „Nun war es ja auch nicht so, dass man über die Verbrechen Stalins in der DDR nicht reden durfte. So weit war es ja nicht. Nach der Rede von Chruschtschow gehörten Stalins Verbrechen zum Weltwissen. Aber es war nicht opportun.

Intern wussten natürlich viele Leute, was damals [in der Sowjetunion] passiert ist. Dazu gehörten Leute, die damals in Moskau waren und dann in der DDR Funktionen übernommen hatten. Auch viele Arbeiter-Esperantisten wussten, was da passiert war. Das war durchaus bekannt und es war nicht gefährlich, darüber zu reden. Nur darüber schreiben musste man nun nicht gerade.“

Und: „Die stalinistische Verfolgung des Esperanto zu thematisieren wäre auch später als antisowjetische Haltung ausgelegt worden. Dann hätten wir wohl den Laden dichtmachen können. Bestenfalls wäre ein Apparatschik für Esperanto verantwortlich gemacht worden, der dann bestimmte Sachen eben nicht mehr gemacht hätte. (...).

Wir haben damals versucht, etwas Sinnvolles für Esperanto zu erreichen und uns klug zu verhalten. Unter den damaligen Bedingungen und mit dem Wissen, das ich hatte. Meine Arbeit würde ich erneut so machen. Heute bin ich natürlich in mancherlei Hinsicht klüger.“¹⁴

Was die Haltung der FDJ gegenüber den Esperantisten anbelangt, fand Bendias in einer Publikation von 1995 die folgende Information: Demnach hätten die FDJ-Spitzen 1958 dem MfS einen „Hinweis“ gegeben, in dem vermutet wurde, „dass es sich bei den Esperantisten in der DDR bereits um eine feste illegale Organisation handelt“. Die FDJ habe auch andere Jugendgruppierungen denunziert, die sie als Konkurrenz zur eigenen Organisation empfand. Dieser Hinweis habe bestimmt auch nach der Legalisierung des Esperanto (1965) weiter gewirkt.¹⁵

So viel zu den Voraussetzungen und Anfängen der zentralen Esperanto-Bewegung der DDR.

Stasi und Esperanto-Bewegung

Das legendäre, berühmt-berüchtigte Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS, kurz Stasi) wurde am 8. Februar 1950 gegründet und entwickelte sich zu einem weitverzweigten politischen Überwachungs-, Ermittlungs-, Verfolgungs-, Bestrafungs- und Unterdrückungsapparat, dem im Jahr 1989 etwa 91 Tsd. hauptamtliche Mitarbeiter zur Verfügung standen und der mit seinen zuletzt insgesamt rund 189 Tsd. Inoffiziellen Mitarbeitern (sog. IM) nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche der DDR abdeckte und somit eine wichtige Stütze der SED-Diktatur bildete. Im Laufe seiner Existenz soll das MfS, dessen an Paranoia und Schizophrenie grenzendes Verhalten noch heute Aufsehen erregt und ehemaligen Opfern Schrecken einjagt, rund 624 Tsd. Personen als Inoffizielle Mitarbeiter geführt haben.¹⁶ Daneben existier-

¹² Fett hervorgehoben durch aK.

¹³ Februar 1956.

¹⁴ S. Bendias, ebd. S. 70ff.

¹⁵ S. Bendias, ebd., S. 263. Online s. Die Esperanto-Jugend in der DDR. Google Books. Ab S. 67.

¹⁶ Zur Problematik dieser Zahlen, die auf Schätzungen beruhen s.

https://de.wikipedia.org/wiki/Inoffizieller_Mitarbeiter#Zahl_der_inoffiziellen_Mitarbeiter.

(s. <https://www.bstu.de/assets/bstu/de/Downloads/stasi-unterlagen-gesetz-StUG.pdf>). Gemäss Gieseke umfasste das IM-Netz Mitte der 50er Jahre auf dem Papier bereits rund 20-30 Tsd. Personen. 1968 wuchs diese Zahl auf rund 100 Tsd. an. Bis 1975 baute die Stasi das Netz noch einmal massiv aus und brachte es dann auf rund 170-180 Tsd. IM. Danach blieben die Zahlen bis zum Ende der DDR (1990) mit ca. 189-190 Tsd. IM im wesentlichen konstant. Im Gegensatz zu den hauptamtlichen Mitarbeitern gibt es, wissenschaftlich abgesichert, kaum verlässliche Gesamtzahlen zum IM-Bestand. Bei den angegebenen Zahlen handelt es sich um hochgerechnete Zahlen (s. Kowalczuk, I.-K.: Stasi konkret. Überwachung und Repression in der DDR. C.H.

te ein Netz von weiteren Informanten, die nicht als IM geführt wurden.¹⁷ Alle Lebensbereiche waren mit IM's und GMS's durchsetzt; Bespitzelung, Einschätzung, Erpressung und „Zersetzung“,¹⁸ genannt „operative Bearbeitung“¹⁹ von Personen, gehörten zum Tagesgeschäft der Stasi, die im Verhältnis zur Zahl der Bevölkerung den grössten Geheimdienst der Welt darstellte. Auch der Grenzschutz, der Reiseverkehr, die Pass- und Zollkontrolle, das Postwesen und die Interhotels wie auch der Aussenhandel und das Diplomatenviertel von Berlin, öffentliche Plätze, Kirchen und zahlreiche Wohnhäuser und Privatwohnungen usw. usf. wurden von ihm überwacht. Als Behörde funktionierte das MfS auch als politische Geheimpolizei. Die Polizei der DDR (Deutsche Volkspolizei) war zwar dem Ministerium des Innern unterstellt, fungierte aber auch als unmittelbares Bindeglied, Komplize und Helfeshelfer des MfS, das im Besitz sämtlicher polizeilicher Informationen sein wollte.²⁰ Zu den Ressorts des MfS, eine Art Superministerium mit komplexer Aufgabenstellung, zählten neben der Auslandsspionage und Spionageabwehr auch sicherheitspolitische, polizeiliche, strafprozessuale und kriminaltechnische Kompetenzen, die die flächendeckende, lückenlose und engmaschige Überwachung der eigenen Bevölkerung garantieren sollten. Dabei wurden Andersdenkende, kritische Intellektuelle, Oppositionelle, Dissidenten und Bürgerrechtler, denen man unterstellte, im Dienste des Westens zu handeln, besonders hart angefasst. Wer das SED-Regime kritisierte, riskierte als politischer Gegner oder Feind des Sozialismus klassifiziert und verfolgt zu werden. Nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 wurde die Stasi noch wachsamer. Im Prinzip wurde jeder Bürger und jede Bürgerin der DDR, aber auch jede ausländische Person, die sich auf dem Gebiet der DDR aufhielt, als potentielles Sicherheitsrisiko, als Gefahr für das politische System betrachtet. Die Hauptzentrale des MfS befand sich an der Ruschestrasse/Normannenstrasse im Stadtbezirk Berlin-Lichtenberg direkt an der U-Bahnstation Magdalenenstrasse, wo sich auch ein hauseigenes Untersuchungsgefängnis befand.²¹ Vom Februar 1950 bis Juli 1953 wurde das MfS von Wilhelm Zaisser, vom Juli 1953 bis Oktober 1957 von Ernst Wollweber und vom November 1957 bis November 1989 von Erich Mielke, einem einzigartigen Primitivling der draufgängerischsten Sorte, geleitet. Letzterer gehörte seit 1960 auch dem Nationalen Verteidigungsrat der DDR, seit 1971/6 dem Zentralkomitee und dem Politbüro der SED an.²² Mielke sagte: „Wir müssen alles erfahren, es darf an uns nichts vorbeigehen.“²³ Allein gegenüber dem Politbüro der SED fühlte sich das MfS verpflichtet. Das MfS verfügte über 15 Untersuchungsgefängnisse in allen Bezirken der DDR, die unter dem harten, unbarmherzigen Regime des DDR-Unrechtsstaats der Kommunisten sowjetisch-stalinistischen Typs geführt wurden und von denen dasjenige in Hohenschönhausen das berühmteste und berüchtigtste war.²⁴ Ohne die Stasi war die DDR nicht vorzustellen. Die Millionen von Stasiakten, die nach dem Mauerfall den Behörden der Bundesrepublik in die Hände fielen und die aneinandergereiht etwa 176 Kilometer Denunziation ergaben, waren der groteske Beleg für die unaufhörliche Sammelwut einer aus der Kontrolle geratenen Bürokratie Orwellscher Realität. Nach der Wende wurden die dem MfS vorgeworfenen Machenschaften von einigen ehemaligen leitenden Mitarbeitern, die von ihrer Arbeit beim MfS offenbar fasziniert waren, skrupellos als dreiste Lügen verharmlost. Sie wollten alle für eine bessere Menschheit

Beck 2013. S. 215f.). Zur rechtlichen Lage der Spitzeltätigkeit des MfS und der IM s. Knabe, H.: Die Täter sind unter uns. Über das Schönreden der SED-Diktatur. Berlin 2007. S. 107-118.

¹⁷ Wobei einige IM als IME bzw. GMS offenbar doppelt gezählt wurden.

¹⁸ D.h. die Zerstörung der Privatsphäre.

¹⁹ Zum Begriff s. <https://www.bstu.de/mfs-lexikon/detail/bearbeitung-operative>, <https://www.bstu.de/mfs-lexikon/detail/ermittlung-operative>, <https://www.bstu.de/mfs-lexikon/detail/operative-personenkontrolle-opk>, <https://www.bstu.de/mfs-lexikon/detail/operativer-vorgang-ov>.

²⁰ Zur Bedeutung der VP s. <https://www.bstu.de/mfs-lexikon/detail/volkspolizei-und-staatssicherheit>, https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Volkspolizei und zum sog. „politisch-operativen Zusammenwirken“ zwischen den einzelnen Organen der Staatssicherheit sowie des MfS mit der VP s. <https://www.bstu.de/mfs-lexikon/detail/zusammenwirken-politisch-operatives-pozw>.

²¹ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Ministerium_für_Staatssicherheit. Das Haus des Ministers ist heute ein öffentliches Museum (s. <https://www.stasimuseum.de/>), wo sich auch eine Forschungsstätte befindet.

²² S. https://de.wikipedia.org/wiki/Erich_Mielke. Zu den Figuren des SED-Politbüros s. https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Mitglieder_des_Politbüros_des_ZK_der_SED.

²³ S. https://www.youtube.com/watch?v=CyUE_cARQ_g.

²⁴ Das ehemalige Stasi-Untersuchungsgefängnis von Berlin-Hohenschönhausen ist heute eine Gedenkstätte (s. <https://www.stiftung-hsh.de>). (S. auch <https://de.wikipedia.org/wiki/Stasiopfer#Stasi-Gefängnisse>).

gekämpft haben. Während Mielke sich selbst als Humanisten bezeichnete, behaupteten die MfS-Angestellten, versucht zu haben, den Menschen, die als IM angeworben werden sollten, zu „helfen“.²⁵

Wie Torsten Bendias, ehemaliger Aktivist der Esperanto-Jugend und selbst Reisekader der DDR,²⁶ in seinem lesenswerten Buch über die Esperanto-Jugend in der DDR festhielt, zeigten die gefundenen Stasi-Unterlagen, dass besonders in der Zeit vor 1965 vom MfS, das eine „Linie Esperanto“ definiert hatte, eifrig zu Esperanto ermittelt wurde. Nach der Legalisierung des Esperanto sei es als solches kein Aufklärungsziel mehr gewesen. Dennoch sei weiterhin personenbezogen auf niedrigerem Niveau (sic) bis zur Wende (1989) gegen Esperantisten ermittelt worden.²⁷ Seit den späten 1960er Jahren schien es bei der Überwachung der Esperanto-Bewegung also eine Verschiebung von präventiver Ermittlung, die sich auf Esperanto als Phänomen richtete, hin zu reaktiver, mehr personenbezogener Bespitzelung gegeben zu haben. Möglicherweise sei die Stasi in den Grundzügen irgendwann hinreichend über Esperanto informiert gewesen oder habe nach der Legalisierung weniger Anlass zu verdeckten (d.h. operativen) Ermittlungen gesehen. Aber eine einheitliche Strategie zur Überwachung der Esperanto-Bewegung habe es beim MfS nicht gegeben. So habe auch kein besonderes MfS-Referat existiert, das für Esperanto zuständig gewesen wäre, was heute die Nachforschungen erheblich erschwere. Die Bezirksverwaltung Berlin etwa habe Esperanto gemäss einer kleinen Randnotiz als unbedeutende Sache eingeschätzt. Hingegen sei etwa in den Bezirksverwaltungen von Leipzig und Karl-Marx-Stadt rege ermittelt worden.

Von besonderer Relevanz seien für das MfS folgende Verdachtsbereiche gewesen:

- Bildung und Aktivität von informellen Gruppen, in denen möglicherweise staatskritisch geredet und gedacht wurde, sowie deren Termine und Treffpunkte;
- Unterstützer und Persönlichkeiten in diesen Gruppen, die als Multiplikatoren wirkten;
- Persönliche politische Einstellungen dieser Leute, vorgetäuschte oder verinnerlichte Loyalität zum Staat;
- Zuzieher der BRD;
- Kontakte zu Ausländern, insbesondere private Übernachtungen;
- Postsendungen, v.a. alles Gedruckte;
- Vermutete Vorbereitung zur „Republikflucht“.

Wie Detlev Blanke für Esperanto tätig wurde

Nach eigenen Angaben lernte Detlev Blanke (1941-2016) Esperanto in den Jahren 1957/58, also im Alter von 16-17 Jahren kennen. Erstens habe ihn interessiert, dass man die Sprache leicht erlernen kann, zweitens hätten ihn internationale Verbindungen angezogen. Er habe per Esperanto eine internationale Korrespondenz mit Leute aus etwa 40 Ländern aufgebaut. Dabei habe ihn besonders ein gewisser Arbeiter-Esperantist namens Franz Tischer inspiriert, der aus der sozialdemokratischen Richtung kam und noch den österreichischen Politiker Franz Jonas aus den 20er Jahren gekannt habe, der selbst ein Esperantist gewesen war. In den 50ern sei Blanke als Student sehr oft zwischen Rostock und Berlin und durch ganz Polen durch die Lande getrampt und habe dabei Esperantisten besucht. Esperanto sei damals im Osten zwar noch nicht offiziell anerkannt, aber auch nicht direkt illegal gewesen. Er habe trotzdem Kurse gegeben sowohl in seiner Oberschule in Neukloster als auch im Studentenwohnheim in Rostock. Dort habe er diverse Arbeiter-Esperantisten kennengelernt. Ferner sei er zum „Krause-Klub“ nach

²⁵ Zur Bedeutung und Rolle des MfS und zur Beurteilung seiner Arbeit durch ehemalige Spitzenfunktionäre des MfS s. Großmann, Werner; Schwanzitz, Wolfgang: Fragen an das MfS. Auskünfte über eine Behörde. Berlin 2010. In diesem zweifelhaften Frage- und Antwortbuch gaukeln die Autoren, zwei ehemalige hochrangige Offiziere des MfS, dem Leser vor, die DDR sei ein ganz normaler Staat gewesen, der sich in seiner speziellen Lage als Zwilling der BRD und wegen der systematischen politischen Angriffe des Westens auf den Sozialismus so habe verhalten müssen, wie er sich verhalten hatte, Dabei seien die Rechtsnormen angewendet worden, die in der DDR gültig waren. Die DDR habe daher kein Unrechtsstaat sein können. Eine selbstkritische und -einsichtige Analyse ist nur in Ansätzen vorhanden, die sich vor allem auf technische Fragen der Führung des militärisch organisierten Ministeriums bezieht. Es ist im Falle dieser hochrangigen ehemaligen Stasibeamten nachvollziehbar, dass sie die BRD nicht als ihren geliebten Staat ansehen konnten und wollten.

²⁶ Zur Bedeutung s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Reisekader>, <http://www.ddr-wissen.de/wiki/ddr.pl?Reisekader>.

²⁷ Es ist nicht bekannt, ob Bendias die Stasi-Unterlagen zu Blanke kennt, denn in seinem Buch wird Blanke (der sein „Mentor“ gewesen war) als IM „Ulo“ nicht erwähnt.

Leipzig gefahren. Es sei eine sehr schöne Zeit gewesen. An der Uni Rostock sei es ihm gelungen, bei Sprachwissenschaftlern ein gewisses Interesse für Esperanto zu wecken. Er sei auch von einem gewissen Willen angetrieben worden, dass man etwas tun müsse, um den Leuten zu zeigen, dass Esperanto etwas Gutes sei und zu beweisen, dass sie bei ihren (Vor-)Urteilen gegen Esperanto unrecht hätten. Blanke gab zu, dabei mit einer gewissen jugendlichen Naivität vorgegangen zu sein. Er habe sich aber nicht auf die reine Nutzung der Esperanto-Sprache beschränken, sondern sich auch für die Idee engagieren wollen. Er sei damals zur richtigen Zeit gekommen, um sich mit Esperanto zu befassen, das nach der Unterdrückung durch die Regime Hitlers und Stalins allmählich rehabilitiert wurde. Von 1964 bis 1968 war er Lehrer in Dorf Mecklenburg und leitete Esperanto-Kurse in Rostock und Wismar. Blanke wurde dann einer der seltenen Fälle, die auf dem Spezialgebiet Esperanto und Plansprachen promoviert wurden und sich habilitieren liessen. Blanke legte Wert darauf zu betonen, dass er gleichzeitig auch ein bewusster DDR-Bürger gewesen sei und für die DDR etwas habe tun wollen. So sei er der jüngste Abteilungsleiter im Bundessekretariat des Kulturbunds geworden, zuständig für die Abteilung Esperanto, sei also in einem „Kaderförderungsalter“ gewesen. Er habe das Organisieren gerne gemacht. Er sei auch gerne in die Bezirke gefahren, wo es immer interessante Begegnungen gegeben habe. Ohne die vielen Ehrenamtlichen hätte er ja überhaupt nichts machen können. Seine Aufgabe habe darin bestanden, Organisatorisches zu lösen und die fachliche Arbeit zu betreuen, was ein Sekretär so mache. In der ersten Phase seines Wirkens sei die Haltung in den oberen Gremien des Kulturbunds nicht etwa der Wunsch gewesen, viel für die weitere Verbreitung des Esperanto zu tun, sondern eher zu sichern, dass die Sache nicht ausufere. Man sei noch misstrauisch gewesen. Dabei rühmte Blanke seine Rolle als Diplomat auf der unteren Ebene, um etwa ausländische Teilnehmer für irgendwelche Esperanto-Treffen zu bekommen. Was die Jugendarbeit anbelangte, sei diese zwar durchaus erwünscht und zu unterstützen gewesen, aber nur im Rahmen des Kulturbunds und nicht ausserhalb. Eine eigene Jugendsektion sei zu verhindern gewesen. DDR-spezifisch sei gewesen, dass man die Jugend ziemlich gegängelt habe, und auch er habe im KB keine Ausnahme gemacht. Auch die FDJ hätte es nicht gerne gesehen, wenn ausserhalb dieser Organisation auf einmal selbständige Jugendverbände entstanden wären. So seien Blanke und der Zentralvorstand des KB nicht daran interessiert gewesen, eine Jugendsektion ausserhalb der Strukturen des KB zu haben. Innerhalb des KB hätten solche Strukturen jedoch durchaus existiert und funktioniert. Eine selbständige Jugendeinheit hätte der KB jedoch niemals genehmigt. Man habe auch nichts Unnötiges provozieren wollen, denn man habe die Geschichte der Verfolgung der Esperantisten ziemlich genau gekannt.²⁸

Was war ein IM und was sollte er tun ?

„Inoffizieller Mitarbeiter“ (IM), bis 1968 „Geheimer Informator“ (GI)²⁹ genannt, war in der DDR die MfS-interne Bezeichnung für eine Person, die dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) verdeckt Informationen lieferte ohne formal für diese Behörde zu arbeiten.³⁰ Mit anderen Worten: Als inoffizieller Mitarbeiter galten Personen, die mit der Staatssicherheit (Stasi) eine in der Regel schriftliche Vereinbarung getroffen hatten, konspirativ, d.h. verdeckt und geheim, für sie zu arbeiten. Ihre Tätigkeit sollte aus MfS-Sicht also dazu dienen, allerlei Informationen zu sammeln, um die „Feindbekämpfung“ logistisch zu unterstützen oder steuernd Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklungen (z.B. die Esperanto-Bewegung) oder einzelne Personen zu nehmen. Der Begriff des „Inoffiziellen Mitarbeiters“ suggerierte zudem eine enge, formalisierte und annähernd gleichrangige Kooperation zwischen dem „hauptamtlichen Führungsoffizier“, meist einem Unter- oder Oberleutnant, und seinen Informanten, auf die ein solcher Mitarbeiter stolz sein durfte. Diese Kooperation wertete den Zuträger zum anerkannten Partner des MfS „im Dienste der Werktätigen“ ungemein auf. Im Statut des MfS von 1969, das vom Nationalen Verteidigungsrat verabschiedet wurde, erschien die Befugnis zur IM-Arbeit in Paragraph 4, demzufolge das MfS seinen Kampf gegen die Feinde „in enger Zusammenarbeit mit den Werk-

²⁸ S. Bendias, ebd., S. 67-70.

²⁹ S. <https://www.bstu.de/mfs-lexikon/detail/geheimer-informator-gi>.

³⁰ Gemäss dem Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik („Stasi-Unterlagen-Gesetz“, s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Stasi-Unterlagen-Gesetz>), § 6, (4), 2, waren „Inoffizielle Mitarbeiter“ des MfS „Personen, die sich zur Lieferung von Informationen an den Staatssicherheitsdienst bereiterklärt haben“.

tätigen (...) auf der Grundlage des Vertrauens und der bewussten Verantwortung der Bürger“, im Geiste der „revolutionären Massenwachsamkeit“ führe. Was hier mit Code-Floskeln, die alle ihre konkrete Bedeutung hatten, als Vertrauensbeziehung suggeriert wurde, verwischte in der Realität die qualitative Differenz zwischen den hauptamtlichen Mitarbeitern und ihren Helfershelfern. Die Beziehung war insofern nicht gleichberechtigt, als der IM dem operativen Führungsoffizier volles Vertrauen entgegenzubringen hatte, während dieser „in seinem Verhältnis zum IM den Sicherheits- und Kontrollaspekt nicht ausser acht lassen darf“, wie es im „Wörterbuch für die politisch-operative Arbeit“ hiess. In der Tat waren die IM, die zwar ohne Zweifel eine zentrale Bedeutung für die Stasi hatten, nicht mehr und auch nicht weniger als ein Instrument, das für die Geheimdienstarbeit missbraucht werden konnte.³¹

Die „Karriere“ des IM begann in der Regel mit dessen operativen Auskundschaftung und Eignungsbeurteilung. Bei einer positiven Prognose gab es grünes Licht für den vorsichtigen Erstkontakt. Nach alter Geheimdienstmanier wurden danach entweder Zufallsbegegnungen inszeniert oder unverfängliche Gespräche geführt, in denen die konkrete Bereitschaft zu einer Kooperation ausgelotet wurde. War die Zielperson an einer solchen Kooperation nicht interessiert und winkte ab, versandete der Versuch und die Person wurde sozusagen aufgegeben, denn die Zusammenarbeit sollte im Prinzip freiwillig sein. Bei positiven Signalen wurde ein „Vorschlag zur Anwerbung“ ausgearbeitet und die Kontakte wurden dichter. Erst in dieser Phase der Beziehung enthüllte sich der MfS-Offizier mit seiner wahren Absicht der Zielperson gegenüber. Stimmt die angeworbene Zielperson einer Zusammenarbeit mit dem MfS (bzw. der VP) zu, hatte sie eine handgeschriebene Selbstverpflichtung zu Händen der VP bzw. des MfS zu schreiben. Das abgegebene Einverständnis zur Zusammenarbeit enthielt unter anderem eine Schweigeverpflichtung des angehenden IM.

Wie Bendias in seinem Buch berichtete, seien zum Jahr 2011 aus den bisher vorliegenden Stasiakten unter Esperantisten etwa 15 IM aktenkundig geworden. Solche Informanten seien ganz unauffällig etwa im Umfeld der Esperanto-Gruppen eingeschleust oder in Esperanto-Kurse geschickt worden. Über diese Kurse hätten sie schnell den Weg in die Esperanto-Bewegung gefunden, wobei die ahnungslosen, begeisterten und vertrauenswürdigen Gemeinschaftsmitgliedern, die auf Nachwuchs angewiesen waren, diese neuen Leute mit Handkuss und vorbehaltlos in ihre Reihen aufgenommen hätten. Der IM sei entweder schon vor der Anwerbung von Esperanto überzeugt gewesen oder sei durch sein Eintauchen in die entsprechende Szene ein Esperanto-Fan geworden. In einem Fall habe ein Führungsoffizier die Dienstanweisung erhalten, selbst Esperanto zu lernen, um das Vertrauensverhältnis zu seinem IM zu stärken. Bei dieser Sorte IM sei zu bemerken, dass ihr Einsatzgebiet nicht auf Esperanto allein begrenzt war, sondern es sich auch auf andere Bereiche erstreckt habe. Hatte ein IM sich also verpflichtet, zu berichten, so habe er dies turnusgemäss mit seinem Führungsoffizier an einem geheimen Ort, z.B. in einer „konspirativen“ Wohnung getan, die seine eigene sein konnte, und habe zwischendurch auch konkrete Aufträge ausgeführt. So sollte ein IM beispielsweise an einem Esperanto-Treffen bestimmte Personen „kennlernen“, unauffällig mit ihnen ins Gespräch kommen und vor allem ihre politischen Meinungen erkunden. Auch gab es gezielte Anweisungen, das Vertrauen bestimmter Zielpersonen zu erlangen, sogar bei ihnen zu übernachten und dabei die Existenz weiterer Kontaktpersonen in Erfahrung zu bringen. Von Interesse seien auch Ausländer gewesen, wenn es sich etwa um ein westdeutsches oder internationales Esperanto-Treffen handelte. So konnten ganze Gruppen von Menschen ins Visier des MfS geraten, wie unten anhand der Akten Blanke noch zu zeigen sein wird.

Bei den Treffs zwischen Führungsoffizier und IM wurden handschriftliche Protokolle erstellt, längere Gespräche manchmal auf Tonband aufgezeichnet und davon eine Abschrift angefertigt.

Bei den Informanten habe es sich oft um unauffällige Bürger gehandelt, die weder Mitglied der SED waren noch durch ein besonders hartes Auftreten auffällig wurden. Es sei so gewollt gewesen, dass die IM im Hintergrund bleiben und keine wichtigen öffentlichen Funktionen im Kulturbund oder im Esperanto-Verband übernehmen sollten.³² So sei auch keiner der alten Arbeiter-Esperantisten der Wei-

³¹ S. Gieseke, Jens: Die Stasi 1945-1990. 2011. S. 112ff.

³² Es sollten schon von Anfang an möglichst wenige oder keine SED-Mitglieder zur inoffiziellen Zusammenarbeit gewonnen werden. Für die meisten geheimpolizeilichen Aufgaben waren sie „verbrannt“, weil ihre Gesinnung durch die Parteimitgliedschaft, „den sozialistischen Staat zu schützen“ usw., öffentlich bekannt war und weil sie „auf Grund ihrer Stellung in der Regel bereitwillig helfen, die politisch-operativen Aufgaben zu erfüllen, so dass eine Anwerbung von SED-Mitgliedern als IM

marer Zeit als MfS-Informant aktiv geworden. Es sei die jüngere Generation gewesen, die die meisten IM stellte. Etwa 120 DDR-Esperantisten seien von der Bespitzelung betroffen gewesen. Dazu seien Esperantisten aus dem Westen und einigen sozialistischen Ländern gekommen, während Sowjetbürger offenbar unbehelligt blieben. Das Niveau der Information über die Esperanto-Bewegung schätzte Bendias als lasch und wenig tiefgründig ein (man könnte sie auch als banal bezeichnen). Aber aufgrund der Personenkenntnisse konnte das MfS jedoch die Einreise bestimmter Personen in die DDR unterbinden, die Ausreise von DDR-Bürgern verhindern oder berufliche Karrieren für immer vereiteln. Im Grunde genügte ein Name, der Verdacht schöpfte, um der Sache nachzugehen. Viele Esperanto-Aktivitäten hätten das MfS wahrscheinlich gar nicht interessiert, so dass das (Un)Wissen, über das es verfügte, keine Folgen zeitigte.

Verärgert sei das MfS gewesen, wenn es die Esperanto-Sprache nicht verstand und es in den Bezirksverwaltungen keine Mitarbeiter gab, die des Esperanto mächtig waren, um die Kontrolle der Post zu bewerkstelligen. Auch sei für die Stasi nicht klar gewesen, inwieweit die Esperanto-Anhänger im allgemeinen überhaupt bearbeitet werden können.

Eine Verschärfung erfuhr in den 1960er Jahren die Beobachtung von Aktivisten des tschechoslowakischen Esperanto-Verbands, und spätestens seit dem „Prager Frühlings“ des Jahres 1968 war das „Bruderland“ Tschechoslowakei sowieso nicht minder ins Visier der Stasi von Ost-Berlin geraten.³³ Auch Polen, wo der Sozialismus diskreditiert war und jederzeit „konterrevolutionäre“ Unruhen ausbrechen konnten, war den Funktionären des MfS alles andere als geheuer.

* * *

2. Teil: Die Stasi-Akten des IM „Ulo“ alias Detlev Blanke

2.1. Formale und sonstige Voraussetzungen im Umgang mit Stasiakten, Rechtfertigung und Methodik der Studie

a) Rechtliche Aspekte

Der Umgang mit Stasiakten und die Beschreibung ihres Inhalts, zumal eine öffentliche Publikation mit Fragmenten aus diesen Akten geplant ist, sind mit Regeln und Pflichten der besonderen Art verbunden und erfordern von den Benutzern höhere Vorsicht und Sorgfalt.

In Bezug auf die Rechtfertigung und Methodik, die diesem Teil der Studie zugrunde liegen, sind folgende Erläuterungen vorzuschicken.

Als verbindliche Grundlage für die Ausarbeitung dieses Teils der Abhandlung der entsprechenden Thematik ist das bundesdeutsche **Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz – StUG) vom 20. Dezember 1991 (mit späteren Änderungen)** zu betrachten. An dieses Gesetz hat sich jegliche Recherche- und Forschungsarbeit, die mit Stasi-Unterlagen befasst ist, strikt zu halten, zumal sie auch eine entsprechende Publikation vorsieht. Dieses Gesetz regelt nicht nur die Erfassung, Erschliessung, Verwaltung und Verwendung der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und seiner Vorläufer- und Nachfolgeorganisationen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR), sondern ermöglicht auch dem einzelnen Bürger Zugang zu diesen Unterlagen, die in Bezug auf das Schicksal von Betroffenen oft von äusserster Brisanz sind.

Zu den Rechten des Einzelnen schreibt das Gesetz vor: (1) Jeder Einzelne hat das Recht, vom Bundesbeauftragten Auskunft darüber zu verlangen, ob in den erschlossenen Unterlagen Informationen

nicht mehr notwendig erschien. Dennoch war ihr Anteil sehr hoch, etwa die Hälfte bestand aus SED-Mitgliedern. (s. Kowalczyk, S. 218.)

³³ Bendias, ebd., S. 262-273.

zu seiner Person enthalten sind. Ist das der Fall, hat der Einzelne das Recht auf Auskunft, Einsicht in Unterlagen und Herausgabe von Unterlagen nach Massgabe dieses Gesetzes. (2) Jeder Einzelne hat das Recht, die Informationen und Unterlagen, die er vom Bundesbeauftragten erhalten hat, im Rahmen der allgemeinen Gesetze zu verwenden. (3) Durch die Auskunftserteilung, Gewährung von Einsicht in Unterlagen oder Herausgabe von Unterlagen dürfen überwiegende schutzwürdige Interessen anderer Personen nicht beeinträchtigt werden.

Ferner können die Stasi-Unterlagen durch öffentliche und nicht öffentliche Stellen sowie für die **wissenschaftliche Forschung**, durch Presse und Rundfunk zur **historischen Aufarbeitung** der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes (umgangssprachlich: Stasi) bzw. der Herrschaftsmechanismen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) sowie für Zwecke der politischen Bildung verwendet werden.

Da die Stasi-Unterlagen auch heikle und sensible personenbezogene Angaben und Daten über Betroffene und Dritte³⁴ enthalten, die bei öffentlicher Bekanntmachung die Betroffenen in Verlegenheit bringen, ihren Ruf oder ihr Ansehen schädigen können, werden nur Unterlagen zur Verfügung gestellt, bei denen die personenbezogenen Informationen unkenntlich gemacht, bzw. Duplikate von Originalunterlagen ausgehändigt, in denen die personenbezogenen Informationen anonymisiert (geschwärzt) wurden, es sei denn, die Informationen sind offenkundig.³⁵ Dies gilt auch für verstorbene Personen und insbesondere für nahe Verwandte von Betroffenen. Ausserdem können Unterlagen mit personenbezogenen Informationen über Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes zur Verfügung gestellt werden, soweit es sich nicht um Tätigkeiten für den Staatssicherheitsdienst vor Vollendung des 18. Lebensjahres gehandelt hat, oder über Begünstigte des Staatssicherheitsdienstes. Dies erklärt, warum die Namen der Stasioffiziere, die die Unterlagen angezeichnet haben, freigegeben werden. Insbesondere können Unterlagen mit personenbezogenen Informationen über Personen der Zeitgeschichte, Inhaber politischer Funktionen oder Amtsträger zur Verfügung gestellt werden, soweit es sich um Informationen handelt, die ihre zeitgeschichtliche Rolle, Funktions- oder Amtsausübung betreffen.

Wer nach dem besagten Gesetz geschützte Originalunterlagen oder Duplikate von Originalunterlagen mit personenbezogenen Informationen über Betroffene oder Dritte ganz oder in wesentlichen Teilen im Wortlaut öffentlich mitteilt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Dies gilt nicht, wenn der Betroffene oder Dritte eingewilligt hat. (§ 44)³⁶ Die Benachrichtigungspflicht kann entfallen, wenn die Benachrichtigung von Betroffenen nicht mehr möglich ist (§ 32a, 2).

Was im Übrigen das Urheberrecht Dritter anbelangt, sind die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (welche der BStU gemäß §§ 32 bis 34 StUG herausgibt) ungeachtet der Zweckbindung und des Weitergabeverbotes nach § 33 Abs. 4 StUG nur im Rahmen der allgemeinen Gesetze zu verwenden. Stasi-Berichte eines Inoffiziellen oder offiziellen Mitarbeiters sind davon ausgenommen, da sie die Arbeitsweise der Geheimpolizei widerspiegeln. Bei ihnen ist lediglich die BStU-Quelle anzugeben.

In vorliegender Studie werden alle geschützten Informationen und Rechte ausnahmslos respektiert. Offiziell herausgegebene Duplikate dürfen vom Empfänger nicht an Dritte weitergegeben werden (§ 33, 4).

Die Einsichtnahme in Original-Stasiakten – eine emotionale Erfahrung der besonderen Art – und deren Verwertung im Rahmen einer wissenschaftlichen oder journalistischen Studie kann nur nach einer langwierigen Prozedur erfolgen, die mit einem von der Behörde des BStU zu akzeptierenden Forschungsantrag, längeren Warte- und Bearbeitungszeiten, einem anspruchsvollen Aktenstudium und Kosten (Gebühren) verbunden sind, den Aufwand für die etwaige schriftliche Erstellung einer entsprechenden Dokumentation mit Zitaten aus diesen Unterlagen nicht mitberücksichtigt.

³⁴ Das Stasi-Unterlagengesetz verwendet die Termini „Täter“ und „Opfer“ für die Benennung dieser Kategorien von Betroffenen nicht. Bezügl. der Begriffsbestimmungen der Begünstigten, Dritten und Betroffenen des MfS s. Stasi-Unterlagengesetz, § 6 (6-8).

³⁵ Offenkundig im Sinn von allgemein bekannt, öffentlich zugänglich und für jeden erkennbar oder sichtbar, kein Geheimnis.

³⁶ Den gesamten Text des Stasi-Unterlagengesetzes s. unter https://www.bstu.de/assets/bstu/de/Publikationen/StUG_Deutsch_2018_02_Inhalt_Internet_barrierefrei.pdf.

Unter diesen strengen formalen Bedingungen und rechtlichen Aspekten wird in der vorliegenden Studie der thematische Fokus methodisch vor allem auf den Schwerpunkt gerichtet werden, welche Art von Daten und Informationen von der Stasi im vorliegenden Fall erfasst und verarbeitet und welche Informationen und Angaben ihr von Seiten des hier zu behandelnden „Inoffiziellen Mitarbeiters“ (IM/GMS) des MfS im Zusammenhang mit Esperanto übermittelt wurden. Dabei soll bei der Präsentation des gesichteten relevanten Materials chronologisch gemäss der verfügbaren Aktenbestände vorgegangen werden, um die Entwicklung des Vorgehens und der Arbeitsweise der Stasi aufzuzeigen.

Als langjähriger führender und einflussreicher Vorsitzender und Überwacher der Esperanto-Bewegung der DDR, als leitender Angestellter einer Abteilung des Kulturbunds der DDR, ehemaliger Honorarprofessor (Dr. sc. habil.) an der Humboldt-Universität zu Berlin und langjähriger Vorsitzender der „Gesellschaft für Interlinguistik e.V.“ (Berlin), als Publizist, Redakteur und relevanter öffentlicher Meinungsträger sowie als bedeutender Aktivist und Ehrenmitglied des Esperanto-Weltbunds (UEA) war der IM „Ulo alias Detlev Blanke“ (1941-2016 auch eine öffentliche Person und als solche von öffentlichem Interesse.

Es geht in dieser Studie in keiner Weise darum, den IM „Ulo“ alias Detlev Blanke als „Täter“ (im Sinne H. Knabes) öffentlich anzuprangern oder zu diskreditieren. Es geht vielmehr um die Aufarbeitung der historischen Vergangenheit anhand der Stasiakten zum IM „Ulo“ alias Detlev Blanke, um exemplarisch die Methodik der „operativen Bearbeitung“ eines künftigen IM/GMS zu rekonstruieren sowie die Art und Weise der Informationsbeschaffung und Datenverarbeitung und die Handhabung der Esperanto-Bewegung in der DDR durch die Stasi zu widerspiegeln. Der „Stasi-Fall Blanke“ soll objektiv, neutral, fair und gerecht behandelt werden. Damit verbunden ist die Absicht, bisher unbekannte Dokumente, die von DDR-Organen produziert wurden, der interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, um zur Klärung und zum besseren Verständnis eines bestimmten Sachverhalts beizutragen.

b) Bedenken des Historikers

Im Zusammenhang mit der Verwendung und Auswertung von Stasiakten seien noch folgende Überlegungen angebracht. Es sollen einige Probleme der Stasiunterlagenforschung angedeutet werden, ohne sich in diese Problematik zu vertiefen. Ist es überhaupt sinnvoll und statthaft, juristisch und moralisch vertretbar, Stasi-Unterlagen zur Behandlung des Verhaltens eines IM heranzuziehen, um die Wahrheit herauszufinden, zumal die Betroffenen nicht befragt wurden oder nicht mehr befragt werden konnten oder können? Ausser des Problems der Unvollständigkeit der Unterlagen stellt sich die Frage nach der Authentizität (Echtheit), Aussagekraft, Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit des Inhalts dieser Akten. Darüber wurde in der Tat viel diskutiert und gestritten. So wurde etwa darauf hingewiesen, dass die Autoren der zahllosen Berichte, Protokolle und Einschätzungen unter dem Druck ihrer Abhängigkeit von den Umständen und Vorgesetzten diese so verfassten, wie sie sie vom vorgegebenen Schema her verfassen mussten. Unter den Bedingungen eines von Grund auf durch und durch verlogenen, zynischen und suggestiv-manipulativen, ja als kriminell zu betrachtenden politischen Regimes wie es das sowjetkommunistische war, das auch der DDR eingepflanzt wurde, sind Verzerrungen, Manipulationen, ja sogar Fälschungen dieser Schriftstücke nicht auszuschliessen, ganz zu schweigen vom vermuteten Druck, unter dem ein IM stand. Unter Umständen hat ein Informant etwas anderes zu Protokoll gegeben als es dort wortwörtlich in formalisierter Diktion festgehalten wurde. Ferner wurde den Verfassern Inkompetenz unterstellt. Ausserdem ist davon auszugehen, dass viele Vorgänge gar keinen schriftlichen Niederschlag gefunden haben, weil die fraglichen Angelegenheiten von den zuständigen Entscheidungsträgern selbst auf persönlicher Ebene informell geregelt wurden, ohne dass Rücksprache mit den Betroffenen genommen worden wäre. Sind also Darstellungen, Aussagen, Einschätzungen und Schlussfolgerungen, die auf der Grundlage von einigen offiziellen Dokumenten zustande kommen, nicht von vornherein fragwürdig, zumal auch politisch-ideologische Vorurteile, Vereinnahmungen und Vorbehalte bestehen? Die Berücksichtigung des Zeitkontextes ist zudem von überragender Bedeutung. Ein (ehemaliger) Stasi-Mitarbeiter, ein damals direkt Betroffener (z.B. IM) und ein (nichtkommunistischer) Historiker, der die DDR nicht von innen kannte und sich erst nach der Wende mit dieser Materie befasste, können zu verschiedenen Beurteilungen und Meinungen gelangen, die sich durch ihre Semantik grund-

legend voneinander unterscheiden. Eine ultimative Objektivität ist vermutlich nicht zu erreichen, da verschiedene Sichtweisen koexistieren, die im harten Wettbewerb um die Wahrheit stehen.

Nun sollte man sich als Historiker von diesen grundlegenden Fragen und Problemen der Geschichtsschreibung nicht zermürben lassen, denn die durchaus berechtigten Einwände sind nicht nur DDR-spezifisch, sondern betreffen prinzipiell jegliches Quellenmaterial und -studium. Wie bereits angesprochen, ist es bei der Auswertung von historischen Quellen überaus wichtig, ihren Entstehungskontext mit zu berücksichtigen, welchen Zweck ein bestimmter Text erfüllen soll und welche Personen mit welcher Funktion in welcher Situation und mit welcher Absicht an der Korrespondenz und Kommunikation beteiligt sind. Wollte man also aufgrund der geschilderten methodischen Probleme auf die Interpretation der DDR-Quellen verzichten, müsste man dasselbe konsequenterweise wohl bei jeglicher Geschichtsschreibung tun, weil diese sich immer auf überlieferte Quellen stützt. Bei der Rekonstruktion vergangener Ereignisse, Vorfälle und Abläufe ist man häufig auf vorhandene Schriftstücke angewiesen, deren Wahrheitsgehalt meist nur angenommen werden kann. Durch Zweitquellen verschiedener Art könnte die Authentizität von Sachverhalten sogar plausibel bestätigt oder bewiesen werden. Auch bei den Stasi-Unterlagen gibt es solche Zweitquellen, aber nicht in jedem Fall. Um eine unzulässige Verallgemeinerung zu vermeiden, kann und soll die Beurteilung von Quellen der Diskussion durch Dritte und der Nachwelt überlassen werden. Eine rechtliche Beurteilung wäre wohl Juristen, Anwälten und Gerichten anzuvertrauen, die entscheiden müssten, ob eine Straftat vorliegt. Die Arbeit des Historikers, der versucht, die Vergangenheit zu rekonstruieren, kann also höchstens einen erkenntnistheoretischen Zweck erfüllen, denn alles übrige bliebe unzulässige Spekulation, die die Glaubwürdigkeit des Historikers und seiner Historiographie untergraben würde.

Wie einige Autoren (z.B. Wilke und Kubina) im Fall der DDR darauf hingewiesen haben, war die Führungsspitze des hierarchisch-bürokratischen, zentralistisch organisierten und an strikte Konventionen gebundenen Partei- und Staatsapparates der DDR durchaus daran interessiert, einen möglichst realitätsgetreuen Informationsfluss von unten nach oben zu gewährleisten, um dadurch eine verlässliche Basis für eigene Entscheidungen und Direktiven zu erlangen, um die eigene Machtposition zu festigen. Für diese Annahme spreche auch die Tatsache, dass die SED-Partei sich oft aus mehreren Quellen informieren liess, was der Kontrolle der Qualität dienen sollte. Von dem Prinzip, möglichst viele Akten aus unterschiedlichen Beständen heranzuziehen und zu vergleichen, habe sich auch die Stasi leiten lassen. Dadurch sei es den Rechercheuren teilweise möglich gewesen, gewisse Informationen bestätigt zu erhalten. Dieser Fall trifft vor allem bei Betroffenen zu, bei denen umfangreiche Aktenbestände zur Verfügung stehen. Allerdings ist noch zu berücksichtigen, dass bei den Informationen, Angaben und Daten oft nur dies thematisiert wurde, was an höherer Stelle als relevant definiert wurde und im Hinblick auf die (politische) Zielsetzung des Apparats von Interesse war. Dieses Material sei in der Regel dann somit auch quasi aktenkundig geworden. Im Übrigen seien zahlreiche Briefe und Schriftstücke, die letztlich in den Akten des MfS landeten, gar nicht an die Stasi adressiert gewesen oder per Kopie dorthin gesandt worden, sondern vom MfS abgefangen worden. Wie Beate Müller wörtlich schrieb, besteht eine Besonderheit vieler genuiner MfS-Archivalien in ihrer 'Staffelung' von Verfasserrollen, d.h. es handelt sich beispielsweise um Aufzeichnungen eines hauptamtlichen Mitarbeiters des MfS über ein Gespräch mit einem Informanten. Während der Informant die eigentliche Informationsquelle darstellt, sind dessen Angaben vermittelt durch den Angestellten des Geheimdienstes, der sich vom Zuhörenden zum Autor wandelt und den IM zum Objekt für eigene Kommentare macht. Die hier zum Tragen kommende Vertextungsstrategie scheine vor allem der Verschleierung von Aussagequellen und Identitäten zu dienen. Dabei konnte der Verfasser von Berichten und Gutachten in einem gewissen Abschnitt durchaus auch einen Spielraum für die Ausgestaltung des Textes ausreizen,³⁷ wenn es in den Blanke-Akten etwa hiess, dass die Person XY, mit der ein Gespräch stattgefunden hat, „sinngemäss folgende Ausführungen machte“.³⁸ Hierzu sei auch die Frage nicht uninteressant, durch wessen Hände ein Dokument gegangen ist und wer es abzeichnet hat. Im Verlauf des Studiums einer ganzen Aktenserie fällt auch der hohe Grad der Redundanz der Aussagen auf, wobei sich hier automatisch auch die Kohärenz- bzw. Kohäsionsfrage sowie die Frage nach der Sinnkontinuität stellt. Dies lässt auch den Eindruck aufkommen,

³⁷ Eine solche Art Beispiel von Sekundärquellendokumenten ist m.E. der Bericht vom GHI „Turm“ vom 28.9.65, der von Leutnant Olschewski gezeichnet wurde, und bei dem die primäre Quelle verschleiert wurde.

³⁸ Wie z.B. im unten angeführten Protokoll vom 7.3.66.

dass die Stasi die von ihr engagierten Informanten wiederholt durchleuchtete und auf Herz und Nieren auf ihre Zuverlässigkeit überprüfte. Es ist bekannt, dass die extreme und kaum noch kontrollierbare Informationsflut bei der Stasi zum Verlust der Informationsqualität und zu einem gewissen Textidiotismus geführt hatte, was unter den Bedingungen einer grotesken Geheimhaltungspraxis wiederum zu reduzierten sinnvollen Entscheidungs- und Handlungschancen, zu einer untauglichen Kommunikation und zur Isolation der Mitarbeiter und Entscheidungsträger der Stasi, die nach einschlägigen Aufrufen Mielkes flächendeckend und lückenlos alles an Wissen sammeln und in Erfahrung bringen sollten, geführt haben muss. Die Ironie des Schicksals der Stasi, die sich unter der Regierung von Hans Modrow noch rettend in „Amt für Nationale Sicherheit“ (AfNS)³⁹ umbenannt hatte, bevor diese unsägliche Behörde aufgelöst wurde, war, bestand darin, dass sich in Zweit- oder Reservearchiven des MfS Massen von Doubletten von Originalakten befanden, bei denen die Stasileute anno 1989/90 nicht mehr dazu kamen, sie zu vernichten.

Aus Platz- oder anderen Gründen werden meist nur kurze Passagen aus den Stasiakten zitiert und oft weniger wichtig erscheinende Absätze ausgelassen. Freilich besteht bei diesem selektiven Verfahren das Risiko, dass der Text nur unvollständig reproduziert wird, sodass einige wertvolle Informationen verloren gehen können. Das Übersichtsvermögen und das Gesamtverständnis eines Schriftstücks können darunter leiden, und es soll dann dem Leser überlassen werden, mit den vorhandenen Informationen etwas Sinnvolles anzufangen. Auch ist dabei die Gefahr fehlerhafter Darstellungen, von Missverständnissen und Fehlinterpretationen nicht gebannt. Um den Kontext zu erhalten und überhaupt zu verstehen, um welche Thematik es sich handelt, ist es aber unerlässlich, ganze Teile vollständig zu zitieren. In dieser Studie wurde daher mit Zitaten nicht gespart, wobei die geschwärzten Stellen, wie gesagt, natürlich aussen vor bleiben mussten. Normalerweise sollten diese Texte und Informationen oft auch mit erläuternden Begleitkommentaren versehen werden, um dem unkundigen Leser zu vermitteln, mit was für einem Sachverhalt er es überhaupt zu tun hat. Das herbe bürokratische Kauderwelsch der Stasi mit seinen spezifischen sprachlichen und semantischen Merkmalen (Isoglossen, Metaphern usw.) als ist oft eine krasse Zumutung für den ungeübten Benutzer, diese proprietäre Sprachform verstehen soll. Nun kann der Verfasser oder Historiker, der die entsprechenden Textfragmente zusammenstellt, mit einer gewissen Entlastung seiner Pflichten auch auf die Selbsterklärungskraft der Aktenauszüge hoffen und vertrauen.⁴⁰

Bezüglich der Stasi-Unterlagen zum IM „Ulo“ alias Detlev Blanke stammen sämtliche im Folgenden *kursiv* angeführten Auszüge, Zitate, Informationen und Angaben sowie erwähnten Beilagen ausschliesslich aus der Dokumentensammlung, die in den folgenden vier Dossiers der Behörde des BStU, enthalten ist:

MfS AIM 3176/71 A, Bd. I (1966-1970; 148 Seiten);
MfS AIM 3176/71 P (eigentliche Personalakte des IM; 1966-1971; 123 Seiten);
MfS Allg. P 13401/73 (1966-1973, 21 Seiten);
MfS HA III Nr. 5711 (1978; 66 Seiten).

Diese Dossiers, deren Inhalt nach Seiten nummeriert und überschaubar ist, können nach Bedarf im entsprechenden MfS-Archiv der Behörde des BStU zu Berlin wieder kompakt gefunden werden.

2.2. Biographisches

Nach eigenen Angaben in diversen Lebensläufen (v.a. mit Datum vom 28.11.63 und 4.11.65) zu Händen der Stasi wurde *Peter Detlev Blanke* am 30.5.1941 in der holsteinischen Stadt *Neumünster* geboren. Sein Vater war Arzt, seine Mutter Bibliothekarin. Seine Kindheit verlebte er jedoch in *Blowitz* bei Wis-

³⁹ S. <https://www.bstu.de/mfs-lexikon/detail/amt-fuer-nationale-sicherheit-afns>.

⁴⁰ Nach: Müller, Beate: *Stasi - Zensur - Machtdiskurse: Publikationsgeschichten und Materialien zu Jurek Beckers Werk*. Tübingen 2006. Kap. 1.5. S. 27-36.
(https://books.google.fr/books/about/Stasi_Zensur_Machtdiskurse.html?hl=fr&id=hhdtgR61WfMC&output=html_text).

mar/Rostock (Mecklenburg-/Vorpommern/).⁴¹ 1947 wurde er in die Zentrale Schule von *Dreveskirchen* eingewiesen. Dort trat er 1950 dem Verband der Jungen Pioniere⁴² bei. 1955 wurde er in die Oberschule von *Neukloster* aufgenommen, wo er auch in die FDJ⁴³ eintrat. Im Internat dieser Oberschule wohnte Blanke vier Jahre. Das Abitur bestand er 1959 mit dem Prädikat „gut“. Auf seine Bewerbung hin wurde er noch im gleichen Jahr an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität *Rostock* immatrikuliert, um das Studium der Volkswirtschaft aufzunehmen, wobei er nach einem Monat zur Fachrichtung Industrieökonomie wechselte. Er habe dieses Studium gewählt, da ihn besonders gesellschaftswissenschaftliche Fragen interessiert hätten. Am Ende des 1. Studienjahres legte er alle Prüfungen ab. Da ihm klar geworden sei, dass sein Interesse für einen derartigen Beruf nicht ausreichte, beantragte er den Wechsel zur Philosophischen Fakultät. Dieser wurde ihm von der Universität 1960 dann auch gewährt. Dort belegte Blanke die Fächer Deutsch und Geographie, um Lehrer der Allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule zu werden. 1964 legte er die Staatsexamen mit dem Gesamtprädikat „sehr gut“ ab und erwarb die Qualifikation als Fachlehrer für Deutsch und Erdkunde bis zur 10. Klasse. Während des Studiums in Rostock wohnte er im Studentenheim. Vom 1.8.1964 an war er dann an der Polytechnischen Oberschule in *Dorf Mecklenburg* (Bezirk Rostock) als Fachlehrer tätig. Ausser der FDJ, der Blanke, wie erwähnt, seit 1955 angehörte, schloss er sich auch der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF, 1956), dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB, Sektionen Metall und Wissenschaft, 1961) und dem Deutschen Kulturbund (DKB) an, im Rahmen dessen er für die Reorganisation der Esperanto-Bewegung im Bezirk Rostock verantwortlich war.

2.3. Erste Beurteilungen und Beobachtungen des Studenten und künftigen IM durch die Stasi (ab 1963)

Die frühesten verfügbaren Stasiakten zu Detlev Blanke gehen in die Jahre 1963/64 zurück. Damals studierte Blanke an der Universität Rostock.

Am 14.12.1963 wurde vom zuständigen Seminargruppensekretär eine „Beurteilung“ des Studenten Blanke abgefasst, die sehr positiv ausfiel, was die Studienarbeit Blankes betraf, und die ihn als „*aufgeschlossenen*“, „*kritischen*“, „*offenen*“ und hilfsbereiten, aber auch diskutier- und kontaktfreudigen Menschen mit umfangreichem Wissen auswies, mit dem man „*gut zusammenarbeiten*“ könne. Diese Notiz landete bei der Bezirksbehörde Deutsche Volkspolizei⁴⁴ Rostock, Abtl. K, Dezernat I.

Am 6.2.1964 lieferte ein Professor der Universität Rostock ein „Protokoll“ ab, das die Arbeitsweise und die Leistungen des „*vielseitig interessierten*“ Studenten Blanke erneut positiv einschätzte.

Am 16.3.1964 verfasste der Fachrichtungsleiter am Germanistischen Institut der Universität Rostock eine weitere „Beurteilung“ des Studenten Blanke, die seine aussergewöhnlichen Fähigkeiten lobte und die die BDVP Rostock erhielt.

Diese Mitteilungen wurden am 26.5.66 und am 23.2.78 von der Stasi als Abschrift wiederholt und waren von einem Oberleutnant (Schuster) und einem Unterleutnant d. K.⁴⁵ (Bünger) abgezeichnet worden.

Wie bekannt ist, wurde in der DDR der internationale Postverkehr vermutlich flächendeckend überwacht und fast lückenlos kontrolliert. Detlev Blanke fiel der Stasi wegen seiner Bücherbestellungen im Ausland bald auf, bei denen die Stasi besonders allergisch reagierte und hellhörig wurde, wenn die Post aus dem Westen, v.a. aus der BRD, stammte.

Einmal im Visier der Stasi, sollten in der Folge über Detlev Blanke umfassende Abklärungen und Ermittlungen durchgeführt werden. In diesem Zusammenhang ist eine interessante Stasi-Akte vom 30.7.65

⁴¹ 1945 kamen diese Ortschaften zur Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Die DDR wurde am 7. Oktober 1949 gegründet. 1952 wurde das Land Mecklenburg-Vorpommern wie auch die anderen Länder der Ostzone abgeschafft und in Bezirke aufgeteilt. Durch die zentralistische Verwaltungsreform wurden Rostock zur Bezirks- und Wismar zur Kreisstadt. (S.

<https://de.wikipedia.org/wiki/Blowatz>, https://de.wikipedia.org/wiki/Bezirk_Rostock).

⁴² S. https://de.wikipedia.org/wiki/Pionierorganisation_Ernst_Thälmann.

⁴³ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Freie_Deutsche_Jugend.

⁴⁴ Abk. BDVP. S. Fussnote 20.

⁴⁵ K. bedeutet Kriminalpolizei.

erhalten geblieben, die von der Kreisdienstst[elle] Wismar, Arbeitsg[e]b[iet](?) Landwirtsch[aft] handschriftlich angefertigt wurde und unter dem Titel „Maßnahmeplan“ den folgenden Inhalt aufweist:

„Zur operativen Bearbeitung der Person BLANKE, Detlev, geb. am 30.5.41 in Neumünster, tätig als Lehrer, wohnhaft in Df. [Dorf] Mecklenburg, Krs. [Kreis] Wismar.

Durch einen M-Hinweis⁴⁶ wurde bekannt, dass B[lanke] Bücher vom Esperanto-Verlag Limburg-Lahn (WD)⁴⁷ (...Adresse) bestellte und sich von dort weitere schon zuschicken liess. Die Paketsendungen wurden über der [sic] VR Polen geleitet, wobei die Bezahlung durch die Person (...⁴⁸) aus WD erfolgt. Blanke wird unter operativer [sic] Kontrolle genommen.

Dazu ergeben sich folgende Maßnahmen:

1.) Blanke ist in der KLK der KD⁴⁹ zu erfassen und in der Abt. XII⁵⁰ zu überprüfen.

Termin: 7.8.65

verantwortl[ich]: Ofw.⁵¹ Radner

2.) An Hand eines Komplexauftrages wird die GHI-Gruppe „Turm“⁵² zur Aufklärung dieser Person nach den vorhandenen Möglichkeiten eingesetzt.

Termin: 28.8.65

Verantw.: Ofw. Radner

3.) Über B[lanke] ist eine Postumleitung einzuleiten, damit seine derzeitigen Verbindungen nach WD unter Kontrolle gehalten werden können.

Termin: 7.8.65

Verantw.: Ofw. Radner

4.) Über B[lanke] wird eine Handakte angelegt.

Termin: 7.8.65

Verantwortl.: Ofw. Radner

5.) Zur weiteren Aufklärung der Person wird in Richtung 5/II⁵³ für den Gen[ossen] Ltn [Name ?] ein Auftrag ausgearbeitet.

Termin: 14.8.65

Verantwortl.: Ofw. Radner.“

(gez. Radner, Ofw.)

Ein Monat später, am 30.8.65, folgte in Wismar ein „Auftrag“ *„Bitte über die angeführte Person [d.h. Blanke, Detlev in Df. Mecklenburg] Ermittlungen führen. Es werden folgende Angaben benötigt:*

- *Was ist über die politische und fachliche Vergangenheit dieser Person bekannt.*
- *Wie löst er die übertragenen Aufgaben und wie ist seine gesellschaftliche Arbeit in der Gemeinde.*
- *Wie steht er zu unserer Gesellschaftsordnung und wie kommt dieses in seinen Meinungen zum Ausdruck.*
- *Welche Verbindungen sind in seinem Wohngebiet bekannt.*
- *Welche Verbindungen unterhält er zum kapital[istischen] und sozial[istischen] Ausland, welchen Charakter haben diese.*
- *Welches sind seine besonderen Interessengebiete.*
- *Wie ist sein Leumund in der Gemeinde.*
- *Wie sind seine häuslichen Verhältnisse.“*

⁴⁶ Es handelte sich um einen Hinweis von Seiten der „Abteilung M“, Postfahndung (s. <https://www.bstu.de/mfs-lexikon/detail/abteilung-m-postkontrolle>).

⁴⁷ Westdeutschland.

⁴⁸ Es handelte sich um einen Verwandten von Blanke, der in der BRD lebte.

⁴⁹ Gemäss MfS-Handbuch bedeutet KLK „Kfz-Lehrkompanie“ und KD „Kreisdienststelle“. Zur Bedeutung dieser Stelle s. <https://www.bstu.de/mfs-lexikon/detail/kreisdienststelle-kd>.

⁵⁰ Die „Abt. XII“ stand beim MfS für „Abteilung zur Speicherung und Verwaltung von Informationen zu Personen“ (s. <https://www.bstu.de/mfs-lexikon/detail/abteilung-xii-zentrale-auskunft-speicher>).

⁵¹ Wohl Oberfeldwebel.

⁵² GHI bedeutete „Geheimer Hauptinformator“ (s. <https://www.bstu.de/mfs-lexikon/detail/geheimer-hauptinformator-ghi>).

⁵³ Vermutlich handelt es sich bei dieser Abkürzung um eine Sektion der Abteilung II, die für Spionageabwehr zuständig war.

Die Informationen waren bis zum 18.9.65 zu ermitteln. Abgezeichnet war das Schriftstück von einem Oblt. der VP.⁵⁴

Der angeforderte „Ermittlungsbericht“ des Volkspolizeikreisamts Wismar, Abschnitt Dorf Mecklenburg, kam prompt und war am 14.9.65 parat. Auszugsweise hiess es dort:

„Blanke ist seit September 1964 an der Polytechnischen Oberschule Dorf Mecklenburg als Lehrer tätig. Seit dieser Zeit ist er auch in Dorf Mecklenburg wohnhaft. Blanke kam zu dieser Zeit von der Universität Rostock, wo er sein Studium als Oberstufenlehrer absolviert hatte. Blanke ist als eine sehr gute Fachkraft bekannt. Bei den Schülern und auch bei den Eltern ist er sehr beliebt. Blanke stammt aus bürgerlichen Kreisen.

(...)

In der Gemeinde Dorf Mecklenburg leistet Blanke eine gute gesellschaftliche Arbeit. Er ist Mitglied der Schiedskommission der Gemeinde Dorf Mecklenburg. An der Schule ist er FDJ-Sekretär der FDJ-Gruppe Lehrer, als welcher er auch gut die FDJ-Gruppe der Schüler anleitet.

Blanke ist Experte in der Esperandosprache [sic]. Er gehört einer internationalen Kommission an.⁵⁵ Als solcher hat er Verbindungen zu vielen Ländern der Erde. Er führt eine rege Korrespondenz mit Experten vieler kapitalistischer, sozialistischer und Nationalstaaten. In den Ferien besucht er Freunde in den sozialistischen Ländern. (...) Sein Interessengebiet ist ausschliesslich die Esperandosprache [sic].“

Ferner stand dort noch geschrieben, dass „Blanke ein [sic] moralisch einwandfreien Lebenswandel führt“, „in der Gemeinde einen guten Leumund“ und in ihr keine „Verbindungen zu anderen Bürger[n] auf freundschaftlichem Gebiet“ hat, also keine besonderen Freundschaften pflegt. „Ob er Verbindungen zu seinem Vater in Westdeutschland hat, konnte nicht ermittelt werden.“⁵⁶ (gez. Gand, Ultn. d. VP)

In einer anderen Akte wurde die Beschäftigung mit Esperanto als sein „Hobby“ genannt, in dem er „auch als Experte bezeichnet“ wurde. (gez. Ultn. Radner, Hptm. Busch)

Dann trat von Seiten der Gruppe GHI „Turm“ ein Leutnant Olschewski in Aktion und verfasste am 28.9.1965, 16 Uhr, einen „Bericht“ über „Koll[ege] Detlev Blanke“. Es ist nicht klar, aus welcher Primärquelle diese Zeilen entnommen wurden.⁵⁷ In diesem „Bericht“ wurden die Angaben und Informationen, die der VP bez. der Stasi über Blanke schon bekannt waren, im wesentlichen bestätigt. Dieser sei „bestrebt, seine[n] ihm übertragenen Aufgaben möglichst einwandfrei gerecht zu werden, was ihm auch gelingt“. „Nach der Bildung des Zirkels für Esperanto“ sei er „durch den Bezirkskulturbund als 1. Sekretär des Bezirkes für Esperanto vorgeschlagen und bestätigt“ worden. Blanke „vertritt eine klare und konsequente Haltung“. Sein „Verdienst“ sei es, „dass die FDJ-Arbeit in den letzten Jahren einen Aufschwung nahm“. Auch hier interessierte wieder die Frage, ob er mit seinem Vater im „kap[italistischen] Ausland Verbindung hat“, was „nicht bekannt“ sei. „Fest steht jedoch, daß er aus diesen Staaten (auch USA) Literatur – vor allem Esperanto – erhält.“

Sodann hatte Blanke einen „Lebenslauf“ zu verfassen, der mit dem 4.11.1965 datiert ist und aus dem die Angaben für den Abschnitt 2.2. Biographisches entnommen sind.

Am 18.2.66 folgte von Seiten der Bezirksbehörde Deutsche Volkspolizei Rostock, Abt. K, Dezernat I, ein „Antrag auf Bearbeitung eines IM Kandidaten“. Darin hiess es, dass „beabsichtigt“ sei, „den Bürger Blanke, Detlef [sic], geb. am 30.5.1941 in Neumünster, wohnhaft und Oberstufenlehrer in Dorf Mecklenburg, Bürger der DDR, ledig, nicht vorbestraft, FDJ Sekretär der Oberschule, Vorsitzender des Bezirksausschusses 'Esperanto'“ usw. usf. „für die operative Zusammenarbeit zu werben“.

Als Begründung wurden die folgenden interessanten Angaben gemacht:

⁵⁴ Zur Bedeutung der VP s. Fussnote 18.

⁵⁵ Wahrscheinlich war Blanke damals Mitglied des Komitees des Esperanto-Weltbunds (UEA).

⁵⁶ Der Vater lebte in Schleswig-Holstein (BRD), die Mutter in der DDR.

⁵⁷ S. Fussnote 37.

„Im Sommer 1965 wurde in der DDR die Vereinigung der ‚Esperantisten‘ offiziell zugelassen. Hierauf bildeten sich in den Bezirken dann Bezirksausschüsse dieser Vereinigung. Z.Zt. wird angestrebt, auch auf Kreisebene solche Sparten zu bilden. Die Mitglieder der ‚Esperanto-Vereinigung‘ streben umfangreiche Verbindungen zum sozialistischen und kapitalistischen Ausland an. Die bisher bekanntgewordenen Mitglieder entstammen in der Mehrzahl aus bürgerlichen Kreisen. Es ist zu vermuten, dass in diesen Kreisen Bestrebungen vorhanden sind, sich von der jetzigen Dachorganisation, dem Kulturbund, zu lösen. Solche Hinweise wurden bereits bekannt. Seitdem die ‚Esperanto-Vereinigung‘ offiziell in der DDR zugelassen wurde, ist festzustellen, dass sehr viele Bürger einen Antrag auf Mitgliedschaft [in] dieser Vereinigung stellen. Um eine laufende [sic, laufende], ständige Übersicht über die Vereinigung ‚Esperanto‘ zu gewährleisten, wird vorgeschlagen, den Blanke als IM zu werben.“ (gez. Bünger, Untln. d.K.; Heinrich, Major d. K.)

Was den Bezug von Büchern aus besagtem westdeutschen Verlag über die VR Polen anbelangte, wurde von der Kreisdienststelle Wismar am 25.2.66 in einem „Aktenvermerk“ bestätigt, dass bei einer „operativen Kontrolle festgestellt“ worden sei, dass diese Bücher „legal von diesem Verlag“ bezogen worden seien. Da in Bezug auf die Person Blanke „keine negativen Verbindungen festgestellt“ und das „Auftreten, Verhalten und die Einstellung“ von Blanke „in der Gemeinde positiv“ eingeschätzt worden seien und auch sonst „keine negativen Merkmale vorliegen“, werde „die oper[ative] Bearbeitung dieser Person eingestellt und das vorhandene Material in der KLK der KD abgelegt“. Auch die „eingeleitete Postumleitung“ habe „keine negativen Merkmale gezeigt“, zumal der Mann nur „wenige Verbindungen unterhält“. (gez. Ultn. Radner)

In der gleichen Zeit drohte aber Ungemach von einer ganz anderen Seite – China.

Die Stasi hatte herausgefunden, dass Blanke plus eine weitere, in Wismar wohnhafte Person Empfänger chinesischer Esperanto-Drucksachen waren. Bekanntlich hatte Nikita Chruschtschow anlässlich des XX. Parteitags der KPdSU im Februar 1956 die Verfehlungen des Stalinismus angeprangert und setzte auch an, einige Hauptthesen der marxistisch-leninistischen Lehre etwa über den unvermeidbaren bewaffneten Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu revidieren. Mao Tsetung, der chinesische Kommunistenführer, war mit dieser neuen Interpretation, die nach seiner Ansicht die Potenz des Kommunismus schwächte, nicht einverstanden und begann, eigene Theorien zu entwickeln, um China ohne die Sowjetunion zum Kommunismus zu führen. In der Folge wandte sich Chruschtschow von China ab und die beiden kommunistischen Mächte entfremdeten sich voneinander. Es ging auch um die Entwicklung von Atomwaffen, wobei Mao von Moskau als Risiko betrachtet wurde. Die Krise in den sowjetisch-chinesischen Beziehungen eskalierten immer mehr und gipfelten in gegenseitigen Beschimpfungen und Diskreditierungsversuchen durch die beiden kommunistischen Parteien. Der Ausbruch der sogenannten Kulturrevolution in China (1966-77) unterbrach die Kontakte zwischen den beiden Ländern endgültig. China war isoliert.⁵⁸

Bei diesem historischen Zerwürfnis zwischen der Sowjetunion und China stand die DDR stramm auf der Seite Moskaus. Unter diesen Bedingungen betrachtete die DDR Publikationen aus China als hetzerische Propaganda und wies die Organe der DDR an, den Bezug von politischer Literatur aus China durch DDR-Bürger zu unterbinden.

So hielt die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Rostock, Abteilung XX, in einem Schreiben vom 1.5.66 fest, dass Blanke plus eine Person in Wismar

„laufend chinesische Literatur⁵⁹ auf dem Postwege empfangen“ und bat, „da diese umfangreiche Hetze gegen die soz[ialistischen] Länder beinhalten“, um Ermittlungen nach folgenden Kriterien:

- welche Verbindungen bestehen nach China, zur chinesischen Botschaft in der DDR und nach Wd. [Westdeutschland]? Wie ist diese Verbindung zustande gekommen?

⁵⁸ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Chinesisch-sowjetisches_Zerwürfnis.

⁵⁹ Vermutlich handelte es sich um die chinesische Esperanto-Zeitschrift *El Popola Ĉinio* sowie um weitere Propagandaschriften politischen Charakters. Die Chinesen vertrieben ihre Broschüren und Periodika an alle möglichen Esperanto-Verbände im Ausland, auch ohne dass diese angefordert oder abonniert wurden. In den Stasi-Unterlagen findet sich für das Jahr 1968 ein „Beschlagnahmzettel“ für Lieferungen des Buchdienstes der Chinesischen Esperanto-Liga mit dem Vermerk „verbleibt beim zuständigen Aufgabepostamt Dorf Mecklenburg“. Im Übrigen ist das hier zitierte Schreiben vom 15.3.66 in einer Abschrift der Abtl. III/FK (Berlin) vom 23.2.78 im entsprechenden Dossiers wiederzufinden.

- wie ist die politische Einstellung dieser Personen, welchen Einfluss üben sie auf ihre Umgebung aus?
- diskutieren und verbreiten sie chinesische Argumente und Broschüren?
- diskutieren sie darüber, daß sie die bestellten Sendungen nicht erhalten?
- kurze Einschätzung der Personen.

Da die Ermittlungsergebnisse von der HA XX benötigt werden, bitten wir um schnellste Erledigung.“ (gez. Major Scherwinski, Leiter der Abteilung XX⁶⁰)

In einer von Untln. Radner und Hptm. Busch von der Stasi Rostock, Kreisdienststelle Wismar, abgezeichneten Akte vom 15.3.66 hiess es zu diesem Thema: „Bei einer operativen Bearbeitung des B[lanke] im Jahre 1965 wurde nicht festgestellt, dass er irgendwelche Verbindungen nach China, zur chinesischen Botschaft in der DDR [unterhält], oder über andere Staaten chinesische Literatur empfängt (...) und bei Gesprächen chinesische Argumente verbreitet.“ Zum persönlichen Verhalten des Blanke stand dort noch geschrieben, dass er „im Kollektiv hierzu eine positive Meinung vertritt und auch nicht versucht, anderen Personen seine Meinung aufzuzwingen“.

Noch 1970 stand in einer „Einschätzung“ der Kreisdienststelle Mitte [von Berlin-Ost] geschrieben, dass „über den B[lanke] 1966 bekannt wurde, daß er negative Briefverbindungen zu einem USA-Bürger unterhielt.“⁶¹ Und „1968 wurden durch die Zollverwaltung Hefte eingezogen, die an den B[lanke] adressiert waren und in China hergestellt wurden. Diese Hefte hatten hetzerische Äußerungen gegenüber dem soz[ialistischen] System zum Inhalt.“ Sonst seien „negative Hinweise über den B[lanke] nicht bekannt“ geworden. Es wurde „vorgeschlagen, das vorhandene Material in der zentralen Ablage KK der KD Mitte abzulegen“ und eine Information an die HA XX/7 zu schicken. (gez. Utln. Dugge, Berlin, den 28.7.70)

Vom 7.3.66 existiert über Blanke ein umfangreiches Protokoll-Material, das von der Bezirksbehörde Deutsche Volkspolizei, Abt. K, Dezernat I, betreffend „Rücksprache mit dem Vorsitzenden der Esperantisten des Bezirks Rostock“ ausgearbeitet wurde.

Gemäss diesem Protokoll fand „durch telefonische Vereinbarung“ am 1.3.66 um 15 Uhr „eine Aussprache“ mit Blanke in seiner Wohnung in Dorf Mecklenburg statt. Darin heisst es unter anderem, Blanke habe „zu Beginn des Gesprächs zum Ausdruck gebracht, dass er erfreut ist, dass Vertreter der Volkspolizei ihn aufsuchen und mit ihm über Fragen der Tätigkeit und Zielstellung der Esperantisten sprechen wollen.“ Denn „bisher“ habe „sich noch keine Person von einem Sicherheitsorgan bei ihm sehen lassen und Interesse an der Arbeit der Esperantisten gezeigt.“ Im Gespräch habe Blanke dann „sinngemäss folgende Ausführung gemacht“: Im Bezirk Rostock gäbe es ca. 80 Esperantisten, die alle Mitglieder des Kulturbundes seien. 15 von ihnen seien für die Teilnahme am Esperanto-Weltkongress in Budapest im Sommer [d.J.] nominiert worden, aber nur 8 Personen hätten dafür Interesse gezeigt, wohl weil die Reise dorthin zu teuer war. Die Frage, wie Blanke in den Besitz von Presseerzeugnissen aus dem Ausland gekommen sei, beantwortete dieser, dass er „manches durch die Post übersandt bekomme und einiges auch durch Tausch erworben habe“. Im Gespräch habe man feststellen können, dass Blanke ein „aufgeschlossener Charakter“, ein „überzeugter Anhänger der Esperanto-Bewegung“ und „mit allen Fragen“, auf die er „sofort Antwort“ gegeben habe, „vertraut“ sei. Ferner sei „festzustellen“ gewesen, dass „er eine fortschrittliche Einstellung⁶² zu unserem Arbeiter[-] und Bauernstaat“, „aber noch nicht alle Probleme klar erfasst“ habe. So habe er „die Meinung vertreten, dass der englische Sprachunterricht an den einzelnen Schulen in der DDR noch stärker gefördert werden müsse und die russische Sprache nicht als Weltsprache anzusehen ist. Englisch würde auch in der Zukunft an erster Stelle stehen“. (...) ⁶³ „Abschliessend wurde vereinbart, dass einmal im Monat jeweils eine Aussprache

⁶⁰ Zur Bedeutung der Hauptabteilung XX bei der Stasi s. unter <https://www.bstu.de/mfs-lexikon/detail/hauptabteilung-xx-staatsapparat-kultur-kirchen-untergrundha-xx>.

⁶¹ Name unbekannt.

⁶² D.h. eine fortschrittlich Einstellung im Sinne des Sozialismus.

⁶³ Diese so geäußerte Meinung ist in doppelter Hinsicht interessant: Erstens widersprach sie dem Geist der sowjetkommunistischen Ideologie, wonach die russische Sprache Priorität habe. Zweitens wurde dem Geist des Esperantismus widersprochen, der sich im Prinzip gegen die Hegemonie der englischen Sprache wendet.

stattfindet. Dieses wurde von Blanke begrüsst. “ An der zweistündigen Aussprache nahm der Genosse Schmidt, Hauptmann d. K., teil. Der Bericht wurde von Untln. d. K. Büniger abgezeichnet.

Diesem Protokoll lag ein zweieinhalb Seiten umfassender Bericht zum Thema „*Möglichkeiten und Grenzen des Esperanto*“ bei. Es ist unklar, wer diesen Text verfasst hat. Wahrscheinlich handelte es sich um einen Input von Blanke, der von den Stasileuten in ihrem Geiste und für ihre Zwecke zusammengefasst wurde. Darin hiess es unter anderem:

„Die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse forderte um die Jahrhundertwende mit der Phase des Imperialismus besonders in Europa eine enorme Ausweitung internationaler Kontakte“. (...) Alle Bemühungen, die Aneignung von Fremdsprachenkenntnissen zu erleichtern, wurden daher mit besonderem Interesse verfolgt.“ Es folgten einige Angaben über die Weltsprache Volapük, bevor der Autor auf Esperanto einging: *„Dr. Zamenhof (...) sah in den Sprachschwierigkeiten den Hauptgrund für die Feindschaft zwischen den Menschen, ja, für die Entstehung von Kriegen. (...) Die ersten Anhänger der Esperanto-Bewegung waren fortschrittliche bürgerliche Pazifisten (...), die sich der Illusion hingaben, dass eine weltweite Einigung auf eine Weltverkehrssprache (...) Kriege verhindern könne. Der Beginn des ersten Weltkrieges zeigte dann vielen, dass imperialistisches Profitstreben stärker war als die gut gemeinten Bemühungen vieler tausender Esperantisten. (...) Die Rolle des Esperanto darf daher nicht idealisiert werden. Zamenhofkult und Mystizismus, verbunden mit der sogenannten ‘interna ideo’ (das Esperanto sei eine Ideologie der Völkerverbrüderung), kann oft gut gemeint, der Verbreitung des Esperanto als seriöses und hervorragendes Arbeitsmittel nur hinderlich sein. (...)“*⁶⁴ *Die praktische Bedeutung des Esperanto für die Gegenwart wird leider noch oft unterschätzt. Esperanto habe sich nicht durchsetzen können, da es ja keine richtige Sprache sei, hört man noch heute. Nun, der praktische und theoretische Beweis, das [sic, dass] Esperanto an Ausdruckskraft den Nationalsprachen in nichts nachsteht, sie an Präzision oft noch übertrifft, haben die Esperantisten schon lange angetreten.*⁶⁵ *(...) Die historischen Bedingungen (2 Weltkriege, Faschismus, Kampf zweier Weltsysteme mit entgegengesetzten Gesellschaftsordnungen⁶⁶) ließen nicht zu, die allgemeine Einführung einer Weltverkehrssprache endgültig zu diskutieren. (...) Erst wenn die akute Kriegsgefahr gebannt ist, können solch großartige Projekte verwirklicht werden. Das Ziel der Esperantisten muss es daher vornehmlich sein, im Kampf gegen Militarismus und Imperialismus eine Welt ohne Krieg mitaufzubauen.*⁶⁷ *(...) Die Nationalsprachen dürfen und können durch keine Weltsprache ersetzt werden. (...) Eine neutrale Sprache (...) wie das Esperanto gewinnt daher ständig an Bedeutung, kann aber nur dann gebührend wirksam werden, wenn die Möglichkeiten und Grenzen des Esperanto bekannt sind und jeder Esperantist seine Sprache realistisch würdigt, nämlich als ein Mittel zur Veränderung der Welt.“*

Offenbar sollte eine (höchst bizarre) Darstellung wie diese wohl die Grundlage einer ungefähren Vorstellung der Stasi über den Sinn und Zweck des Esperanto bilden.

2.4. Bamberg: Eine Prüfung für Detlev Blanke zur deutschen Frage

Von nun an hatte Detlev Blanke der Deutschen Volkspolizei (VP) über bestimmte Esperanto-Treffen im In- und Ausland und vor allem auch über konkrete Personen regelmässig und vertraulich Bericht zu erstatten. Bei einem der „Kontakttreffen“ mit der VP schilderte er auch, *„welche Mängel es noch in organisatorischer Hinsicht auf Bezirksebene in der Esperanto-Vereinigung gibt und was er für dieses Jahr noch geplant hat“.*

^Eine weitere Akte weist ein *„durchgeführtes Gespräch mit dem Oberlehrer Blanke, Vorsitzen-der der ‘Esperantisten’ im Bezirk Rostock“* für den 28. 3. 66, 15 Uhr, aus, wo er in seiner Wohnung in Dorf Mecklenburg wohl von Untln. d. K. Büniger von der Bezirksbehörde Deutsche Volkspolizei Rostock, der das Protokoll unterschrieben hatte, aufgesucht wurde. Blanke habe *„auch an diesem Tage während*

⁶⁴ Viele Esperantisten sind in diesem Punkt anderer Ansicht. Gerade die sogenannte „interna ideo“ („innere Idee“ des Esperanto) machen sie für den relativen Erfolg des Esperanto als Plansprache verantwortlich.

⁶⁵ Freilich wird diese Behauptung vor allem von den Esperantisten selbst vertreten.

⁶⁶ Von der Verfolgung des Esperanto unter dem Stalinismus im Ostblock war natürlich keine Rede.

⁶⁷ Diese umstrittene Antikriegsrhetorik war mit ihren zweifelhaften Aussagen in unterschiedlicher Intensität integraler Bestandteil der Esperanto-Propaganda der sozialistischen Länder und hallt in der allgemeinen Esperanto-Propaganda teilweise bis heute nach.

der geführten Unterhaltung ein aufgeschlossenes Wesen gezeigt“. Bei dieser Gelegenheit zeigte er Esperanto-Zeitschriften wie *Paco* (Frieden) und erklärte seinem Besucher zur Lage des Esperanto in der DDR, dass es „in der DDR im Moment keinerlei Lehrunterlagen über die Esperanto-sprache zu kaufen“ gäbe, dass es „z.Zt. auch schwierig“ sei, „gute Kursarbeit zu leisten“, dass es in der DDR „nach seiner Kenntnis ca. 90 Esperantogruppen mit ca. 1000 Mitgliedern“ gibt usw. Es fehl-ten Kräfte, die als Kursleiter eingesetzt werden könnten. Ferner wurde der Name des Esperanto-Kreis-arbeitsgruppenleiters von Rostock genannt, während Blanke erwähnte, den entsprechenden Arbeitskreis in Wismar selbst zu leiten. Blanke habe dann noch „darüber gesprochen, dass nach seiner Meinung sehr viel Schriftmaterial der Esperantisten aus anderen Ländern verloren geht [,] weil die Zollorgane der DDR bei Stichproben nicht genau wissen [,] was in den Materialien drinn [sic] steht, da sie ja nicht Esperanto lesen können, und es daher einfach vernichten. Er bat darum [,] ob die VP nicht darauf Einfluss nehmen [sic, nehmen] kann, dass solche Materialien von einem vertrauenswürdigen Esperanto-freund gesichtet werden kann [sic, statt können]. Hierzu wurde keine Zusage gemacht.“ Das nächste Treffen wurde für den 26.4.66 wieder in seiner Wohnung in Dorf Mecklenburg vereinbart.

Am nächsten Tag, dem 29.3.66, schrieb Untltn. Bünger noch ein Protokoll „Betr.: Ermittlungen zur Person Blanke Detlev in Dorf Mecklenburg“. Darin wurden die altbekannten Wahrheiten über die berufliche, gesellschaftliche und persönliche Tätigkeit Blankes wiederholt und mit einigen neuen Sätzen politischer Natur wie die folgenden ergänzt:

„In politischer Hinsicht gab es in keiner Weise Beanstandungen zum Gesamtverhalten des Blanke. (...) In gesellschafts-politischen Diskussionen vertritt er die Politik unserer Partei und Regierung und zeigt immer eine Positive [sic] Haltung. (...) Obwohl er bürgerlicher herkunft [sic] ist [,] wird eingeschätzt, dass er fest zum Arbeiter[-] und Bauernstaat steht.“ Ferner wurde ausser seinem „stark ausgeprägten“ „Hobby“ Esperanto auch erwähnt, dass er ein Moped besitze und mit ihm manchmal zu seiner Mutter fahre, die in N. lebe.

An anderer Stelle wurde basierend auf den Wertungen aus der Studienzeit die Einschätzung wiederholt, dass „der Kandidat eine sehr gute Auffassungsgabe hat, intelligent ist, über ein umfangreiches Wissen verfügt, geistig sehr beweglich und sprachlich sehr gewandt ist. Liest sehr viel, alle einschlägige Literatur und auch ständig gesellschafts-politische Veröffentlichungen. (...) Auch zum jetzigen Zeitpunkt wird der Kandidat als ein immer ständig hilf[s]bereiter Kollege eingeschätzt. (...) Zu seinen persönlichen Bedürfnissen ist zu sagen, dass er immer einen sauberen und gepflegten Eindruck macht, gut gekleidet ist und auch in seinem Zimmer eine ordentlich Wohnkultur herrscht.“

Einen ersten wichtigen, praktischen und interessanten Auftrag erhielt Blanke probeweise anlässlich eines Pfingsttreffens der Aktivisten des Deutschen Esperanto-Bunds (DEB) in Bamberg, Westdeutschland, von 1966, wohin die DDR ihre offiziellen Vertreter des „Zentralen Arbeitskreises Esperanto“ (ZAKE), wie die offizielle Esperanto-Organisation der DDR hiess, entsandte. Dort ereignete sich offenbar ein Zwischenfall politischer Natur, der der Stasi durchaus hochinteressant erschien. Aus dem Protokoll des Treffens mit dem Mann von der VP vom 8.6.1966 geht hervor, dass Blanke den Eindruck gewann, dass er und seine beiden Begleiter vom westdeutschen Verfassungsschutz beschattet worden seien. Denn gleich bei ihrer Ankunft am Bahnhof seien sie von einer ihnen unbekanntem Person angesprochen und gefragt worden, ob sie die Delegierten aus der Zone seien und zum Esperanto-Kongress gehen wollten. Als sie diese Person gefragt hätten, was sie von ihnen wolle und wer sie überhaupt sei – sie möchte sich bitte ausweisen – sei diese abgezogen. Dadurch aufmerksam geworden, hätten die DDR-Vertreter dann in den nächsten Tagen bemerkt, dass immer irgendwelche Personen hinter ihnen hergingen, wenn sie in der Stadt unterwegs waren. Weiter heisst es, dass die Esperanto-Freunde aus der DDR politischen Diskussionen ausgewichen seien und dies mit der Feststellung begründet hätten, dass sie neutral wären. Dasselbe Protokoll hielt fest, dass Blanke es begrüßen würde, wenn sich ein Genosse von der BDVP des öftern (1 Mal im Monat) bei ihm sehen lässt. Er sei der Meinung, dass er bei unklaren Problemen dann immer sofort jemanden habe, den er um Rat fragen könne. Im weiteren heisst es bei der Einschätzung der Zuverlässigkeit des Informanten wörtlich, dass Blanke „von sich aus über alle interessierenden Fragen freimütig Auskunft gibt“ (gez. Untltn. d. K. Bünger, Dezernat I)

Obwohl den deutschen Esperantisten (nicht allen) auf der westlichen wie der östlichen Seite zweifellos sehr daran gelegen war, mit den Gesinnungsfreunden und Kollegen des jeweils anderen Teils

Deutschlands eine positive und konstruktive Beziehung aufzubauen, wurde dieses Begehren von Seiten des Vorstands des Deutschen Esperanto-Bunds (DEB) offenbar strikt zurückgewiesen. In einer Abschrift vom 8.6.1966 eines Artikels, der in der westdeutschen Zeitung *Fränkischer Tag* (Bamberg) erschien (und den Stasiakten beigelegt war), hiess es zu dem Bericht über das Treffen in Bamberg unter anderem: „Die Jahreshauptversammlung [des DEB] in Bamberg lehnte offizielle Kontakte und den Austausch von Delegationen mit dem zentralen Arbeitskreis der Esperantofreunde im Deutschen Kulturbund der Zone ab. Das wurde dem Leiter der dreiköpfigen Delegation unmissverständlich erklärt. Mehr Erfolg hatten die Delegierten aus der Zone bei der deutschen Esperanto-Jugend, deren Vorsitzender schriftlich fixierte, die begonnenen Kontakte fortzusetzen und zu intensivieren.“

Die Geschichte mit den Kontakten zu den westdeutschen Esperantisten floss unmittelbar in die Begründung der Werbung Blankes als IM ein. Blanke war in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Esperanto-Vereinigung in Rostock nicht nur in dieser Hinsicht von „*operativem Interesse, da durch ihn in der operativen Zusammenarbeit die Gewähr gegeben ist, eine ständige allseitige und reale Übersicht über die Ziele, Entwicklung und den [sic] inter[e]ssanten Verbindungen der Esperantisten zu erhalten*“. Wie es in einer Akte aus dieser Zeit heisst, sollte auch der „*Komplex*“ der Erfahrungen, die Blanke in Bamberg gemacht hatte, wo er die Aufgabe hatte, „*offizielle Kontakte zu der westdeutschen Esperanto-Vereinigung herzustellen*“ und angeblich vom Verfassungsschutz verfolgt wurde, „*bei dem stattfindenden Werbegespräch mit als Diskussionsgrundlage dienen*“. In der von Bünger, Untln. d. K., und Heinrich, Major d. K., abgezeichneten Akte heisst es zu diesem Thema in schlechtem Deutsch etwas unständlich:

„Es soll aufgezeigt werden, mit welchen Mitteln und Methoden die Verständigungsversuche auf allen Bereichen des Lebens der Bonner Seite gestört werden. In diesem Zusammenhang aufzeigen, dass eine Wiedervereinigung die ganze Anstrengung aller fortschrittlichen Kräfte bedarf. Das[s] eine ständige Informierung zu solchen Problemen eine gute und reale Einschätzung der Lage ergibt und somit die von ihm hierzu gemachten Informationen in der Endkonsequenz[statt z] auch der Wieder-vereinigung dienen. Zeigt der Kandidat zu diesem Problem eine positive Einstellung, wird darauf eingegangen, dass es gut und zweckmässig sei, aus diesem Grunde auch in der Zukunft sich ständig über solche Probleme zu unterhalten. Da er durch sein bisheriges Leben seine fortschrittliche Einstellung bewiesen hat und jetzt als Kandidat der SED sich für den einzigen richtigen Weg seiner weiteren Entwicklung entschieden hat, setzen wir voraus, dass er auch die Fragen der Sicherheit unserer Republik vom richtigen Standpunkt einschätzt und bereit ist, der [sic, die] VP bei der Lösung ihrer Aufgabenstellung zu unterstützen. Wird Einverständnis vom Kandidaten gezeigt [,] wird zur Werbung übergegangen und erläutert, dass die Absicherung von Abwerbungen unserer Bürger durch seine Mithilfe mitgelöst werden kann. Als Beispiel der Abwerbungsversuche kann dann auf seine eigene Feststellung, Überwachung durch den Verfassungsschutz usw. eingegangen und begründet werden. Sollte der Kandidat wider erwarten [sic] keine positive Haltung zum aufgeworfenen Problem zeigen, wird das Gespräch so gelenkt [,] als wenn wir vorbeugend ihn aufklären wollen über Abwerbungsmethoden unserer west-deutschen Gegner. Bei positiven [sic] Verlauf des Werbegesprächs wird als Abschluß die schriftliche Verpflichtung zur operativen Zusammenarbeit durchgeführt. Der Kandidat wird dann mit einigen Grundzügen der Zusammenarbeit vertraut gemacht. Das Werbegespräch soll am 16.7.1966 um 10.00 Uhr in der BDVP Rostock erfolgen. Diese Zusammenkunft wurde bereits mit dem Kandidaten abgesprochen und festgelegt.“

2.5. Die Schweigeverpflichtung (Juli 1966)

Am 19.7.1966 hatte Blanke noch den Termin zum „Verpflichtungsgespräch“ mit einem Vertreter der VP von Rostock wahrzunehmen. Dieses fand wiederum in der Wohnung Blankes in Dorf Mecklenburg statt. In der entsprechenden Aktennotiz steht geschrieben, dass Blanke „*in der Oberschule Dorf Mecklenburg ein selbst möbliertes Zimmer mit weiterem Nebengelass hat. Dieses Zimmer ist in der Schule so gelegen, dass andere Personen Gespräche, die in seinem Zimmer geführt werden, nicht mithören können. Aus diesem Grund wurde das Verpflichtungsgespräch auc[h] in seinem Zimmer geführt. Wie vereinbart erwartete der Blanke den Gen[ossen] Bünger in seiner Wohnung. Er zeigte wie immer ein aufgeschlossenes Wesen. (...)“*

Weiter heisst es: „Auf Grund seiner positiven Einstellung wurde er dann angesprochen, ob der bisherige Kontakt zwischen ihm und der Volkspolizei nicht noch weiter gefestigt werden könne und eine Zusammenarbeit auf Vertrauensbasis nicht gegeben wäre. Hierzu hatte der Blanke keine Einwände und sagte, dass er bereit ist, auch in vertraulicher Form mit der DVP zusammenzuarbeiten. Ihm wurde Sinn und Zweck der Zusammenarbeit an Hand Freiwilliger Helfer der VP erläutert und die Frage einer schriftlichen Verpflichtung seiner Seite gestellt. Er erklärte sich ohne Zögern hierzu bereit und führte in diesem Zusammenhang an, dass er seit kurzer Zeit Kandidat der SED⁶⁸ ist und es als seine Pflicht als Genosse ansieht, der Volkspolizei in jeder Hinsicht Unterstützung zu geben. Der Blanke schrieb dann die Schweigeverpflichtung für eine konspirative Zusammenarbeit. Er wurde hiernach über seine konspirative Zusammenarbeit belehrt. Als ersten Auftrag erhielt er die Aufgabe, nach Rückkehr vom Esperanto-Weltkongress [von Budapest, Sommer 1966] hierzu zu berichten. Er war hiermit einverstanden und versprach insbesondere darauf zu achten, welche Stellung und Haltung die westdeutschen Esperantofreunde in Budapest beziehen und wie sie sich gegenüber den Esperantofreunden aus der DDR zeigen werden. Es wurde festgelegt, dass die erste Zusammenkunft in der operativen Zusammenarbeit am 16.8.1966 um 9.00 Uhr in seiner Wohnung erfolgt. (...)“ (gez. Bünger, Ltn. d. K.)

Die handschriftlich erstellte und standardmässig formulierte Schweigeverpflichtung, die Detlev Blanke wie alle IM/GMS gegenüber der Volkspolizei zu unterschreiben hatte, datiert ebenfalls mit 19.7.1966 in Dorf Mecklenburg und hatte folgenden Wortlaut:

„Ich verpflichte mich auf freiwilliger Grundlage für eine Zusammenarbeit mit der deutschen Volkspolizei. Alle mir zur Kenntnis gelangenden Hinweise auf strafbare Handlungen verpflichte ich mich, mündlich bzw. schriftlich mitzuteilen. Die Berichte werde ich mit dem Pseudonym „ULO“ unterzeichnen. Ich wurde belehrt, dass ich über die Zusammenarbeit mit der DVP zu keiner Person sprechen darf und bei Bruch des Schweigeversprechens strafrechtlicher Bestimmungen unterliege.“

**Detlev Blanke
(ULO)⁶⁹**

Nach dieser formellen bürokratischen Prozedur als Resultat der „operativen Bearbeitung“ und „Anwerbung“ wurde Detlev Blanke als IM „Ulo“ für aufgenommen und für die VP/Stasi für voll funktionsfähig erachtet.

In der Folge erstellte die VP Rostock einen „Perspektivplan für den IM ‘ULO’ Reg. Nr. 210/66“ (gez. von Ltnd. d. K. Bünger am 19.7.1966). Für die „operative Zusammenarbeit“ mit ihm „sah“ er folgende Aufgaben für ihn „vor“, um den IM „Ulo“ „in folgender Richtung zu steuern“:

- Durch operative Zusammenarbeit einen ständigen Überblick über die Mitglieder der Esperanto-Vereinigung im Bezirk Rostock haben;
- wie verhalten sich die einzelnen Mitglieder der Esperantobewegung im Bezirk Rostock zur Politik unserer Partei und Regierung;
- wie vertreten die Esperantomitglieder des Bezirks Rostock unseren Staat in ihren Kontakten zu ausländischen Esperantisten;
- welche Esperantomitglieder treten in negativer Hinsicht bei auswärtigen Tagungen bzw. Veranstaltungen im Ausland in Erscheinung;
- Können Hinweise erarbeiten [sic] werden [,] die darauf schliessen lassen [,] dass durch den Klassengegner ein bestimmter Einfluss auf Esperantisten ausgeübt wird;
- Versuchen Agentenzentralen des westlichen Geheimdienstes Kontaktaufnahme zu Esperantisten in der DDR unter bestimmten Momenten der Esperantobewegung;
- ständige Informationsgebung zu allgemeinen politischen Tagesereignissen in positiver und negativer Hinsicht [,] die in seinem Wohnbereich auftreten können;
- allseitige Ausnutzung zu Fragen der allgemeinen Kriminalität;
- welche Probleme werden unter den Lehrkräften diskutiert (an der Schule [,] wo er tätig ist).

⁶⁸ Blanke war seit Mai 1966 Kandidat der SED.

⁶⁹ „Ulo“ bedeutet im Esperanto „Kerl, Mann, Typ, Mensch“.

Weitere Perspektive wird nach Lösung dieser Aufgabenstellung festgelegt. “

Wie wenn nicht schon genug Ermittlungsberichte und einschlägige Informationen über Blanke vorliegen würden, startete jetzt die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Rostock, Abteilung XX, eine neue Recherche über den IM „Ulo“. Eine Akte vom 21.7.66 hielt vier Punkte fest, nach denen zu Blanke „Ermittlungen geführt“ werden sollten:

- *Wie ist sein politisches Auftreten und seine gesellschaftliche Mitarbeit;*
- *Welche Meinung vertritt er zur Entwicklung unserer Kulturpolitik in der DDR;*
- *Wie ist sein persönliches Auftreten, sein Familienleben und sein Leumund;*
- *Was für Verbindungen bestehen zu anderen Personen und nach Westdeutschland.“*

Die Akte war von Major Scherwinski, Leiter der Abteilung XX der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Rostock, abgezeichnet.⁷⁰

Erhalten ist auch ein entsprechender „Ermittlungsbericht“ aus dem Jahr 1968, der aber ohne Angabe des Verfassers vorliegt und die obigen Fragen teilweise beantwortet:

„Bl[anke] ist Genosse (...). Im Haus tritt er jederzeit als Genosse auf, unterstützt die WPO⁷¹ in ihrer politischen Arbeit und ist politisch zuverlässig. Im Haus hat er einen guten Leumund, er ist höflich und hilfsbereit, zu den anderen parteilosen Hausbewohnern besteht ein guter Kontakt. Bl[anke] ist von Beruf Lehrer, in diesem Beruf aber nicht mehr tätig. Er arbeitet auf dem Gebiet der Kultur. Die genaue Arbeitsstelle – Ministerium für Kultur oder Magistratsabteilung – ist nicht bekannt.⁷² Westverwandtschaft oder Verbindungen sind nicht bekannt. Westbesuche wurden nicht festgestellt. (...) Zwischen Bl[anke] und dem Gen[ossen] Beer⁷³ besteht ein sehr guter Kontakt. Umgang mit negativen Elementen hat Bl[anke] nicht. Sein Lebenswandel ist solide und einwandfrei, die familiären Verhältnisse sind sehr ordentlich.⁷⁴ Negativ ist er bisher nicht in Erscheinung getreten.“

Für die Jahre 1966-67 liegen weitere „Treffberichte“ vor. Eher anekdotischen Wert hat die amüsante Information, dass Blanke „erst nach mehrmaligem Klopfen“ im „Bademantel“ bekleidet an der Tür erschienen sei, als Lt. Bünger ihn eines verabredeten Tages um 10 Uhr morgens aufsuchte. Es sei aber durchaus „glaubhaft“ gewesen, dass der IM den „Termin verschwitzt“ hatte. Man habe einige Worte über „seine Ungarnreise zum Weltkongress“ gewechselt und den Termin dann verschoben. Dieses (vergleichsweise harmlose) Beispiel soll an dieser Stelle zeigen, wie tief die Stasileute in ihren Berichten auch in die Privatsphäre ihrer ‚Klienten‘ eingedrungen sind.

Im Folgenden werden auszugsweise einige aufschlussreiche Passagen politischer Natur wiedergegeben, die entsprechende Themen des „Perspektivplans“ abdecken sollten:

„Der IM gab den Hinweis, dass in der westdeutschen Esperantozeitschrift ein Artikel erschienen ist, der sich damit befasst, wie die DDR[-]Teilnehmer am Bamberger Esperantokongress vom Verfassungsschutz der BDR [sic] beschattet wurden. Diese Zeitschrift hatte der IM im Besitz. Er überließ dieselbe dem Unterzeichnenden. Diese Zeitschrift wurde dem Dezernatsleiter I übergeben. Weiterhin übergab der IM ein Informationsblatt der ‚Deutschen Esperanto-Jugend‘ aus Nürnberg. Hiervon ist eine Abschrift gefertigt und an das MDI,⁷⁵ Abt. I/E zur Kenntnisnahme übersandt [worden].“ (gez. Bünger, Lt. d. K., Rostock, den 7.9.66).

Dies war übrigens das letzte Treffen mit Bünger gewesen. Da dieser eine neue Funktion erhielt, wurde der IM „Ulo“ an Ofw. Hagemann übergeben.

⁷⁰ Zum Archiv der MfS-Aussenstelle Rostock s. <https://www.bstu.de/archiv/standorte/rostock/#c2237>.

⁷¹ Abkürzung für „Wohnparteiorganisation der SED“.

⁷² Im Verlauf des Jahres 1968 zog Blanke nach Berlin, um im dortigen Bundessekretariat des Kulturbunds zu arbeiten (s. im Text weiter unten).

⁷³ Person unbekannt. Vermutlich wurden die Informationen vom „Hauswart“ bzw. dem Hausbuchführenden, der das Verhalten der Bewohner zu beobachten hatte, der Stasi via VP zugetragen.

⁷⁴ Weitere diesbezügliche Informationen s. an anderer Stelle unter <http://www.blanke-info.de/de/biografie.html>.

⁷⁵ Wohl Ministerium des Innern.

In seinem ersten (handschriftlich verfassten) „Treffbericht“ vom 29.9.66 hielt Hagemann fest, dass „*der IM aufgeschlossen und mit der zukünftigen Arbeit grundsätzlich einverstanden war*“. Der IM sei nach der Werbung „*3x getroffen*“ worden, „*sodaß sich notwendig machen wird, ein exaktes Gespräch über die Bedeutung und die Regeln der Konspiration sowie der Zusammenarbeit insbesondere zu führen*“.⁷⁶ *Der IM ist ein Fanatiker des Esperanto und beschäftigt sich forschend auf dem Gebiet der Esperantobewegung. Er hat umfangreiche Verbindungen persönlicher Art zu Personen des soz.[ialistischen] und kap.[italistischen] Auslands, mit denen er im ständigen Briefwechsel steht.*“ Ausserdem „*har er in unserem Bezirk zu vielen Kunst- und Kulturschaffenden Verbindungen. Beim nächsten Treffen ist mit dem IM ein grundsätzliches Gespräch über die zukünftige Zusammenarbeit zu führen*“. (gez. Ofw. Hagemann, unter der Mitarbeit von Gen. Bünger, Abt. XX/I, Rostock. Das Treffen fand in Wismar statt.)

Im Treffbericht vom 20.10.66 wurde Blanke als „GI“ bezeichnet. Bis 1968 wurde neben der Bezeichnung „Inoffizieller Mitarbeiter“ (IM) auch der Begriff „Geheimer Informator“ (GI) verwendet.⁷⁷ Bei dieser Sitzung, die wohl in seiner Wohnung in Dorf Mecklenburg stattfand, wurde mit dem GI also „*ein grundsätzliches Gespräch über die Bedeutung der Zusammenarbeit und die Einhaltung der Regeln der Konspiration geführt*“, wobei der GI „*in seinen Bemerkungen zum Ausdruck brachte, dass die Einhaltung der Konspiration sehr wichtig ist und er auch selbst daran interessiert ist. Der GI sprach alle Probleme offen an und zeigte ein bestimmtes Vertrauensverhältnis zu unserem Organ.*“ Ferner „*brachte er zum Ausdruck, dass er in WD einen Onkel hat, der ihm bestimmte Zeitschriften über Esperanto schickt, die oftmals vom Zoll beschlagnahmt werden, aber braucht, weil er wissenschaftlich auf diesem Gebiet arbeitet. Ihm wurde empfohlen, sich an das Ministerium für Kultur zu wenden, um sich die Genehmigung der Einfuhr derartiger Schriften zu erwirken. Da der GI umfangreiche Verbindungen nach WD und in das kap[italistische] Ausland hat, wurde er darum gebeten, eine Aufstellung über seine Verbindungen anzufertigen, womit der GI einverstanden ist.*“ Ausserdem hatte „*der GI eine Liste über die Mitglieder der Esperantisten übergeben, bringt aber zum nächsten Treff noch die fehlenden Listen mit.*“ Als Auftrag erhielt der GI also, eine „*Aufstellung über die Mitglieder der Esperantisten*“ zu machen. (gez. Ultn. Hagemann, Rostock). Das nächste Treffen wurde für den 14.11.66, 10 Uhr, vereinbart, es ist davon jedoch kein Bericht vorhanden.

2.6. Reise an Esperanto-Treffen nach Münster (WD)

Vom 27.12.66 bis 3.1.67 fand in Münster (Westfalen) ein Internationales Seminar der Deutschen Esperanto-Jugend statt. Dorthin wurde der GI „Ulo“ alias Detlev Blanke gemeinsam mit zwei anderen DDR-Delegierten gesandt. Beim Besuch des Ultn. Hagemann bei Blanke in Dorf Mecklenburg habe „*der GI in Auswertung dieser Reise einen umfassenden schriftlichen Bericht übergeben*“. Ferner heisst es im Bericht des Treffens vom 31.1.67, dass, „*so schätzt der GI ein, insgesamt festzustellen war, dass man von Seiten Westdeutschlands versuchte, die DDR-Delegation zu isolieren, was ihnen teilweise gelungen ist. Der GI vermutet, dass der westdeutsche Geheimdienst aktiven Einfluss bei o.g. Treffen ausübt. Es gab Anzeichen dafür, dass man versuchte, zu der DDR-Delegation Kontakt herzustellen, wo wahrscheinlich der Geheimdienst diese Kontaktaufnahmen organisierte.*“ Am 3.2.67 sollte ein erneutes Treffen stattfinden, „*um die Reise umfassend auszuwerten*“. Der Bericht war an einen Genossen Grebe „*zur Kenntnisnahme*“ zu leiten.

Die Stasi pflegte, wie erwähnt, auch umfangreiche **Tonbandabschriften** von Gesprächen bei Treffen mit dem IM/GI zu erstellen. Eine entsprechende „Abschrift“ zu einer solchen Tonbandaufnahme ist im vorliegenden Fall über das Neujahrstreffen der Esperantisten in Münster von 1966/67 erhalten, erstellt am 7.3.67 in Bearbeitung von Ultn. Hagemann. An diesem Seminar nahmen von DDR-Seite Emil Rechtsiedler, Dr. der Wirtschaftswissenschaften, Mitarbeiter am Deutschen Wirtschaftsinstitut und Spezialist für westdeutsche Landwirtschaft, Hans Eichhorn, Student der Medizin, und Detlev Blanke teil. Was den Empfang, die Wahrnehmung oder Behandlung der DDR-Delegation durch den Oberbürgermeister der Stadt Münster anbelangt, heisst es im Bericht, dass er die Anwesenden aus 11 Ländern allgemein und ohne einzelne Länder zu nennen begrüsst habe, d.h. dass auch „*die DDR also nicht erwähnt wurde*“. Die DDR-Delegation sei im Rahmen dieses Empfangs also „*weder diskriminiert noch*

⁷⁶ Zu den Regeln der konspirativen Arbeit s. <https://www.bstu.de/mfs-lexikon/detail/konspiration>.

⁷⁷ S. Fussnote 29.

herausgestellt“ wurde. Im Verlauf einer Fernsehaufnahme seien auch DDR-Teilnehmer gefilmt worden. Die Kameraleute hätten allerdings nicht gewusst, dass es sich um DDR-Bürger handelte. Anschliessend hätten sich sämtliche Teilnehmer des Seminars in das Gästebuch des Oberbürgermeisters eingetragen, auch die DDR-Bürger. Im Rahmen dieses Empfangs sei es also zu *„keinerlei Diskriminierung oder anderen Zwischenfällen“* gekommen.

Von Seiten Westdeutschlands nahmen an diesem Seminar bekannte Esperanto-Aktivistinnen und -Vereinsfunktionäre der Esperanto-Jugend wie Ludwig Pickel, Uwe Joachim-Moritz, Peter Kühnel, Reinhard Hauptenthal, Ulrich Lins, Günter Becker, Hermann Behrmann u.a. teil,⁷⁸ die für einen Stasi-Agenten, der die Aufgabe hatte, diese Leute zu beobachten und einzuschätzen, ein gefundenes Fressen gewesen sein mussten.

Im Wesentlichen enthält der Tonbandbericht ausführliche Inhaltsangaben und Einschätzungen einzelner Vorträge, die an diesem Seminar gehalten wurden, und einzelner Personen, die dort anwesend waren und solche Vorträge hielten oder dazu Stellung nahmen. So ging es in einem Vortrag etwa um das damals aktuelle Thema der Kybernetik, wobei der Referent (Name geschwärzt) *„dazu bemerkte, dass die Kybernetik unter dem Druck der Parteioligarchie – wie er sich ausdrückte – in der Sowjetunion sich in den ersten Jahren nicht entwickeln konnte, weil die Parteioligarchie angeblich fürchtete, durch die Kybernetik würde der dialektische Materialismus in einigen Grundprinzipien angegriffen und gefährdet“* werden. Der Referent habe *„dann weiterhin einen Widerspruch zwischen Kybernetik und dialektischem Materialismus herausgestellt“* und damit *„die sowjetische Wissenschaft als dogmatisch verunglimpft“*.

Im Verlauf der Diskussion habe dann Prof. Dr. Ivo Lapenna (1909-87) aus England, der damalige Präsident des Esperanto-Weltbunds (UEA), einer der fähigsten Theoretiker und Rhetoriker der internationalen Esperanto-Bewegung, Stellung genommen. Lapenna, Spezialist für internationales und sowjetisches Recht, sowjetische Diplomatie und Kriminologie, stammte aus Jugoslawien, das er am Internationalen Gerichtshof von Den Haag vertreten hatte und wo er unter Tito als Partisan gegen die Faschisten gekämpft haben soll. Allerdings sei Lapenna heute *„Antikommunist“*. Blanke habe dann auch selbst Stellung genommen und darauf hingewiesen, dass in der DDR wichtige Grundlagen zur Kybernetik geschaffen worden seien, die auch international anerkannt seien.

„Außer den antikommunistischen Tendenzen, die in der Vorlesung zum Ausdruck kamen“, heisst es im Bericht weiter, habe Lapenna *„zu beweisen versucht, dass die Sowjetunion [danach strebe], die Vorherrschaft im Weltraum zu erobern und dass es der Sowjetunion um imperialistische Ziele ginge“*. *„Diese Auffassungen“* seien *„allerdings in der Vorlesung von Prof. Peevski⁷⁹ über die friedliche Nutzung der Satelliten zum Teil zurückgewiesen worden“*.

Auch Dr. Wim de Smet (1932-2012), ein flandrischer Zoologe aus Belgien, habe in seinem Beitrag *„über das naturwissenschaftliche Weltbild in der Biologie“* versucht, *„die sowjetische Biologie zu verunglimpfen“* und *„sich über [die Dogmatik der Sowjetwissenschaft und der sozialistischen Länder] lustig zu machen“*. Die Teilnehmer aus diesen Ländern hätten als Antwort aber *„darauf hingewiesen, dass diese Erscheinungen schon längst überwunden seien“*. Der Berichterstatter zog die Schlussfolgerung, dass *„die ganze Haltung der Seminarteilnehmer zu diesen Ausführungen von diesem De Smet, wie auch zu den Ausführungen Lapennas durchaus antikommunistisch war, d.h. man lachte beifällig oder verächtlich“*. Da ausser Blanke und dem Bulgaren auch der Medizinstudent Hans Eichhorn zu den verschiedenen Vorträgen Stellung nahm, schien immerhin eine lebhafte Diskussion zwischen Teilnehmern aus Ost und West abgewickelt worden zu sein.

Zur politischen Haltung der Seminarteilnehmer heisst es, dass *„bei einem sehr grossen und sogar überwiegenden Teil der Seminarteilnehmer sich gewisse Einflüsse einer antikommunistischen Propaganda bemerkbar gemacht“* hätten. In einer Diskussion über Vietnam habe eine als *„auffallend rechts-extrem“* wahrzunehmende *„englische Gruppe“⁸⁰* *„in direkt provokatorischer Form zum Ausdruck gebracht, daß die Amerikaner das Recht hätten, sich in Vietnam für ihre Verluste [an den Kommunisten] zu rächen“*. Der Autor des Berichts befand, dass *„die Leitung des Seminars nicht genügend gegen gewisse Erschei-*

⁷⁸ Diese Namen mit ihren Adressen sind in den Duplikaten der Stasiakten freigegeben. Allerdings sind sie an diesen Stellen geschwärzt, wo sie im Zusammenhang mit einer Einschätzung durch den IM genannt werden.

⁷⁹ Vasil Peevski (1905-92) war ein bekannter bulgarischer Esperantist und renommierter Fachmann für Geodäsie.

⁸⁰ Die Namen dieser drei Engländer wurden im Bericht genannt, sind im Duplikat jedoch geschwärzt.

nungen, beispielsweise Beleidigung der Kommunisten, wie auch gegen speziell auf uns gezielte Beleidigungen aufgetreten“ sei, sondern „man“ habe „eben nur allgemein daraufhin gewiesen, daß natürlich jeder das Recht hätte, seine Meinung zu äußern“.

Während des Seminars „hatte die DDR-Delegation ständigen Kontakt mit den ausländischen Teilnehmern, auch mit den Westdeutschen“, so dass Blanke genug Stoff vorfand, diese Leute zu beobachten und „einzuschätzen“. Diese Einschätzungen sind in den Stasiakten mit vollem Wortlaut aufgezeichnet. Da in den Duplikaten die Namen geschwärzt wurden, ist eine Zuordnung der personenbezogenen Aussagen zu einigen dieser Namen nicht möglich. Die Einschätzungen sind jedoch ziemlich harmlos und beziehen sich vor allem auf die politische Gesinnung dieser Leute, die Blanke meinte, richtig einschätzen zu können.

So heisst es im Fall eines Teilnehmers lapidar, dass seine „politischen Meinungen bisher bürgerlich-progressiv erscheinen“, bei einem anderen, dass er in „seinen Auffassungen ziemlich oberflächlich war“. Wiederum ein anderer habe „eigentlich keine politischen Interessen, obwohl seine Meinungen auch gewisse antikommunistische Auffassungen ausdrücken, denn er ist sonst rein wissenschaftlich, esperantistisch interessiert.“ Einer von den Studenten, der Kontakte zwischen der westdeutschen Esperanto-Jugend und der Esperanto-Jugend der DDR durchaus befürwortete, habe „einen sehr interessanten und sehr kritischen antifaschistischen Artikel (...) geschrieben“. „Seine Gesinnung scheint progressiv zu sein.“ Es sei der Eindruck entstanden, dass er „sich wohl einem gewissen Druck gebeugt haben muss, wir nehmen an, vom Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen“. Bei einer anderen Person hiess es psychologisierend, dass ihre „Rolle sehr schwer einzuschätzen“ sei, „weil sie selber außerordentlich widersprüchlich auftrat“, „denn auch in der Diskussion waren ihre Meinungen sehr unterschiedlich, so daß wirklich die Vermutung naheliegt, daß sie in Widerspruch zu ihrer eigenen und zu der als taktisch klug gewählten Meinung des öfteren stand“. Bei zwei Teilnehmern ging der Berichterstatter ihrem Benehmen nach soweit zu vermuten, dass sie „eventuell auch Verbindungen zum Verfassungsschutz haben (wollten)“. Einer von ihnen sei Brillenträger und fahre einen dunkelgrünen Ford. Die meisten Anwesenden seien aber „vorsichtig genug“ gewesen, „sich uns gegenüber zu äussern“. Auf beiden Seiten schien es Berührungsängste gegeben zu haben. Was die Zusammenarbeit in der Esperanto-Bewegung betraf, sah Blanke „eine zum Ausdruck kommende Tendenz“, dass „einige Führer der westdeutschen Esperantobewegung durchaus eine Perspektive in unser[er] Entwicklung in der Republik“ sehen, „was die Esperantobewegung betrifft und sie hoffen eventuell auch später einmal davon zu profitieren“.

Diese Einschätzung mögen aus heutiger Sicht lächerlich und trivial erscheinen, aber man muss sich dabei vorstellen, dass diese Berichte, die mit vollem Namen der Betroffenen versehen waren, von der VP/Stasi in der DDR gelesen wurden! Ohne dass die Betroffenen auch nur die leiseste Ahnung davon hatten, dass über sie beim feindlichen Geheimdienst von Esperanto-Kollegen aus dem Osten berichtet wurde. Was die Organe mit diesen streng geheimen Informationen anfangen konnten oder sollten steht allerdings auf einem anderen Blatt und ist nicht mehr nachvollziehbar.

Zu Günther Becker (1930-2008), Generalsekretär des Esperanto-Weltbunds (UEA), wurde vermerkt, dass er „ein wirklich sehr starker Antikommunist ist, der sich allerdings in Diskussionen sehr stark zurückhält“. Becker schien unter „sehr starkem Einfluss von Prof. Dr. Ivo Lapenna zu stehen (...) und kosmopolitische Ansichten zu vertreten“. Beim nächsten bedauerte Blanke, „dass er in Münster zu wenig gegen die antikommunistischen Tendenzen auftrat und in seiner Diskussionsleitung häufig selber antikommunistische Auffassungen in seinem Schlußwort zum Ausdruck brachte“, „obwohl er bei uns in Bamberg als kritisch und oppositionell galt“. „In seinen Gesprächen mit uns versuchte er möglichst wenige Verpflichtungen einzugehen, sich den Rücken möglichst freizuhalten, aber auch wiederum die Kontakte nicht abreißen zu lassen.“ In Bamberg seien ja „die beiden Delegationen übereingekommen, die Kontakte zwischen der westdeutschen Esperantojugend und den Esperantofreunden im Deutschen Kulturbund der DDR fortzusetzen“. Diese Haltung schien bei den Verantwortlichen der westdeutschen Esperanto-Jugend prinzipiell den Vorrang gehabt zu haben, solange es unter ihnen nicht Esperantisten gab, die grosse Vorbehalte gegenüber der Esperanto-Bewegung in der DDR hatten. So wurde „beschlossen“ den gegenseitigen „Austausch“ von „Büchern“ und den „Vereinsorganen der esperantist (DDR) und Germana Esperantisto (BRD)“ „weiter vorzunehmen“ und auch „Delegationen zu gegebenen Zeitpunkten auszutauschen“. Und für das „Jahr 1967 wollte man gegenseitige Vorschläge für eine weitere

Zusammenarbeit unterbreiten“. Blanke hielt aber auch fest, dass es bei einem geplanten Esperanto-Seminar in der DDR „*vor allen Dingen um Esperanto*“ gehen müsse, während „*erst in zweiter Linie ein gesamt-deutsches Gespräch folgen könne*“. Und: „*Wir waren immer bemüht, das gesamtdeutsche Gespräch in den Vordergrund zu stellen und das Esperanto eben als ein Mittel zu charakterisieren.*“ Blanke schien aber die Diskussion über Demokratie und Freiheit zu scheuen, die bei solchen Seminaren unweigerlich aufkommen könnte. Man könne „*zusammenfassend feststellen, daß das Interesse an einer politischen Diskussion durchaus vorhanden war und unsere Meinung im Prinzip akzeptiert als Meinung, aber die bekannten Argumente vorgebracht wurden wie keine Freiheit, die Mauer sei unmenschlich und ähnliches*“. Freilich gab es von Seiten einiger westdeutscher Esperantisten „*einen Anstrich von Kritik an einigen Erscheinungen unseres Staates*“, v.a. „*Vorbehalte zur Demokratie und zur Berlinfrage*“, selbst wenn deren „*Auffassungen progressiv*“ waren. Aus diesem Grund „*empfahl*“ er, „*daß bei einer Delegation der westdeutschen Esperantojugend*“ nur „*ausgesuchte Funktionäre der Esperantobewegung unserer Republik dabeisein sollten und man kein öffentliches Forum zur Verfügung stellen sollte*“. Blanke echauffierte sich dennoch, weil an dem Esperanto-Treffen das Buch „*Tatsachen über Deutschland*“ in der Esperanto-Ausgabe („*Faktoj pri Germanio*“) verkauft wurde. Es sei „*ausserordentlich reaktionär*“, weil es Deutschland in den alten Grenzen darstelle, und enthalte „*eine ungeheure Hetze gegen die DDR, Grenzen von 1936, Mauer, sowjetische Besatzungszone und ähnliches*“. Im Unterschied zu Bamberg sei aber das „*offensichtliche Auftreten des Verfassungsschutzes in Münster nicht zu beobachten*“ gewesen, aber „*wir vermuten eben nur, dass (...) einige (...) vielleicht im Auftrag des Verfassungsschutzes gearbeitet hätten*“.

Obwohl Blanke in einem Teil des Berichts schrieb, dass er „*keine genaueren Angaben über Verbindungen zwischen DDR-Bürgern und verdächtigen westdeutschen Personen machen*“ könne, gab er in einem anderen Teil ausführlich Auskunft über „*[ihm] bekannte Westverbindungen*“ von einigen Esperantisten aus dem Bezirk Rostock (vielleicht handelte es sich um zwei verschiedene Dinge). So habe jemand von ihnen etwa „*Kontakt zu Hamburger Esperantisten aufgenommen, den dortigen Klub besucht und den stellvertretenden Vorsitzenden des westdeutschen Esperantobundes kennengelernt*“. Offenbar handelte es sich um einen Rentner aus Wismar, der in Hamburg Verwandte besuchte. Ein anderer habe sich in Westdeutschland, wo er sich offenbar dienstlich vier Wochen lang aufgehalten hatte, Esperanto-Wörterbücher besorgt und diese an den Deutschen Kulturbund in Rostock gesandt. An dieser Stelle heisst es ferner: „*Es ist anzunehmen, dass er auch Kontakt mit Esperantisten aufgenommen hat. (...) Er ist, was die politische Meinungsäusserung betrifft, relativ passiv. Es sind mir keine negativen Äusserungen oder Haltung bekannt.*“ Am Ende seines nicht enden wollenden Berichts (es handelte sich offenbar um dieselbe Tonbandaufnahme) warnte Blanke vor einigen Zeitschriften, die entweder als „*reaktionär*“ (wie die chinesische Esperanto-Zeitschrift *El Popola Ĉinio*) oder „*neofaschistisch*“ (wie *Lanterno*, die von einem Exiljugoslawen in München herausgegeben wurde) charakterisiert wurden, und vor *Okcidentgermana Revuo*, eine Zeitschrift, „*die sich auch einer gewissen Hetze gegen die DDR nicht enthält*“.

Bei einem weiteren Treffen mit Ultn. Hagemann habe der GI am 15.2.67, 9 Uhr, über die „*Vorbereitung der Ostsee-Woche 1967 durch den Bezirksarbeitskreis der Esperanto-Freunde und über die Veranstaltung der Esperanto-Freunde in Stralsund*“ berichtet. Zur Ostseewoche⁸¹ sollten auch junge Westdeutsche eingeladen werden. An dieser Sitzung scheint sich Blanke darüber beschwert zu haben, „*dass die Unterstützung der Esperantofreunde durch den Staat völlig unzureichend ist*“ und „*dass bezweifelt wird, dass der Staat die Esperantosprache ernst nimmt*“. Es bestehe „*Unklarheit über die Rolle des Esperanto und über die historischen Begebenheiten und Perspektiven*“.

Des weiteren findet man in den erwähnten Stasi-Unterlagen zu Detlev Blanke diverse Abhandlungen über die Bedeutung des Esperanto, eine ausführliche und detaillierte „*Analyse*“ der „*Verlagstätigkeit der Esperantisten in der VR China*“ für den Zeitraum 1952-1966 (dat. Dorf Mecklenburg 1968), einen Bericht über die Ido-Bewegung⁸² in der DDR (Treffbericht vom 7.8.67) und einen längeren Bericht von

⁸¹ Nach der Leipziger Messe war die Ostseewoche von Rostock die wichtigste Grossveranstaltung der DDR mit internationalem Flair.

⁸² S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Ido_\(Sprache\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Ido_(Sprache)).

Rudi Graetz, dem Vorgänger Blankes im Amt des „Chefs“ des Esperanto-Arbeitskreises der DDR, über die Esperanto-Bewegung Polens.

Nach seiner Übersiedlung nach Berlin (1968) wurde Blanke an der Rheinsberger Strasse als wohnhaft gemeldet.⁸³ In Berlin begann er als Mitarbeiter im Bundessekretariat des Kulturbunds der DDR, Berlin, dann (ab 1970) als Leiter der dortigen Abteilung Esperanto an der Charlottenstrasse 60, später an der Otto-Nuschke-Strasse 1⁸⁴ zu arbeiten. Inzwischen war er Mitglied der SED geworden.⁸⁵

2.7. Vom IM zum GMS

Am 10.7.68 wurde der GI Detlev Blanke der Zuständigkeit der HA [Hauptabteilung] XX/2 des MfS übergeben.⁸⁶

Bei diesem Wechsel wurde eine neue „Einschätzung“ der Person vorgenommen, die schon fast etwas ironisch wie ein Arbeitszeugnis anmutete und in Auszügen folgenden Wortlaut hatte:

„Der GI war in Dorf Mecklenburg Kreis Wismar als Lehrer tätig und in Rostock beim Deutschen Kulturbund Vorsitzender der Bezirsk[sic]arbeitsgemeinschaft Esperantot [sic]. Als Lehrer wie auch in der Funktion als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Esperanto leistete der GI eine ausgezeichnete Arbeit. Aufgebund [sic, wohl aufgrund] seiner guten fachlichen und gesellschaftlichen politischen Fähigkeiten wurde der GI zum Vorsitzenden des Zentralen Arbeitskreis[es] Esperanto nach Berlin berufen.

Der GI besitzt eine überdurchschnittliche Allgemeinbildung und gut fundiertes Grundlagenwissen. Der GI ist Mitglied der SED und besitzt einen festen Klassenstandpunkt. Sein Charakter ist ruhig und ausgeglichen. Er ist sehr darauf bedacht, sich ständig zu qualifizieren und ist gegenwärtig dabei [,] Vorberreitungen zu treffen für eine Promevur [sic, Promotion].⁸⁷ Der GI zeigte in der bisherigen operativen Arbeit eine hohe Einsatzbereitschaft und Einsatzfreudigkeit. Aufgaben [,] die ihm übertragen wurden, löste er stets zur vollsten Zufriedenheit. Bei der Lösung von Aufgaben insbesondere bei Einschätzungen [,] die der GI gab, zeigten sich Tendenzen von Absolutierungen und eine sehr stark subjektiv asugeprägte [sic, ausgeprägte] Meinung, die er dann auch so in Berichten und Einschätzungen formulierte bzw. zum Ausdruck brachte.

Aufgrund seiner umfangreichen Verbindungen nach WD, WB⁸⁸ und in das kap.[italistische] Ausland hat der GI sehr gute Möglichkeiten, die durchaus operativ nutzbar sind.

Der GI kam stets pünktlich zum Treff und berichtete un [sic, in] der bisherigen Zusammenarbeit mündlich, schriftlich und sprach [sic, sprach] auf Tonband.

Insgesamt kann man einschätzen, dass der GI ein durchaus entwicklungsfähiger Mensch ist, der in der Perspektive auch für die Lösung komplizierter operativer Aufgaben in der Lage ist.

Anzeichen der Unehrllichkeit bzw. einer Dekonspiration⁸⁹ wurden nicht bekannt. “ (gez. von Utl. Hagen und Obltn. Schuster, Rostock, den 25.7.1968, und Abschrift, Berlin, den 23.2.78).

Am 19.2.1969 wurde der IM bzw. GI „Ulo“ Detlev Blanke neu als „GMS“ registriert. Die IM-Akten seien „zur Ablage in das Archiv gekommen“. (gez. Hptm. Rudolph)

Bemerkung: GMS bedeutet „Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit“. Ein GMS war in leitender Position in der Wirtschaft oder Verwaltung tätig und sollte offen „parteilich“ und „staatsbewusst“ auf-

⁸³ Die Hausnummer kann nicht genannt werden. Diese Adresse befand sich ganz in der Nähe der Mauer an der Bernauer Strasse bzw. der entsprechenden U-Bahnstation, die damals geschlossen war.

⁸⁴ Heute Jägerstrasse.

⁸⁵ Biographisches zur beruflichen Karriere s. noch einmal unter <http://www.blanke-info.de/de/biografie.html>. S. auch Eintrag Detlev Blanke im Linguisten-Handbuch von Wilfried Kürschner, Tübingen 1994, Bd. 1, S. 80.

⁸⁶ Zur Bedeutung dieser Hauptabteilung bei der Stasi s. noch einmal unter <https://www.bstu.de/mfs-lexikon/detail/hauptabteilung-xx-staatsapparat-kultur-kirchen-untergrundha-xx>.

⁸⁷ Blanke wurde 1976 an der Humboldt-Universität zu Berlin zum Dr. phil. promoviert und habilitierte sich 1985 für das Fach Interlinguistik.

⁸⁸ Westdeutschland, Westberlin.

⁸⁹ Zum Begriff s. <https://www.bstu.de/mfs-lexikon/detail/dekonspiration>.

treten. Er (oder sie) wurde in der Informationsbeschaffung eingesetzt und sollte andere Inoffizielle Mitarbeiter entlasten. Wenngleich ein GMS zum Teil wie ein IM arbeitete, wurde er vom MfS nicht als IM eingestuft und in der Regel nicht zur direkten „Bearbeitung“ von „feindlich-negativen Personen“ eingesetzt. Gegen Ende des MfS gab es etwa 33'300 GMS. GMS-Vorgänge unterlagen anderen Richtlinien.⁹⁰

Auf Blanke war hundert Prozent Verlass. Bei seiner Einschätzung vom 26.2.1970 durch die VP als geheimer Mitarbeiter hiess es in einer von Hptm. Rudolph abgezeichneten Aktennotiz: *„Der GMS ist Mitglied der SED und vertritt konsequent die Politik von Partei und Regierung. In der bisherigen Zusammenarbeit berichtete der GMS ehrlich über die die Esperantobewegung der DDR interessierenden Fragen. Der GMS gab in der bisherigen Arbeit von sich aus Hinweise über im internationalen Maßstab negativ in Erscheinung tretende Esperantisten. In der bisherigen Zusammenarbeit war der GMS zuverlässig und ehrlich. Sein Vertrauensverhältnis zum MfS ist gut.“*

Laut Treffbericht vom 9.3.70 wurde *„mit dem GMS dann über das Problem der Kontaktschaffung und der Informationsabschöpfung gesprochen. In diesem Gespräch gab es von Seiten des GMS einige objektiv begründete Einwände.“* Welcher Art diese Einwände gewesen waren geht aus dem Bericht nicht hervor. Der nächste Treff wurde für den 25.6.70, 8 Uhr, anberaumt.

Als sog. „Reisekader“⁹¹ hatte Detlev Blanke im Unterschied zu vielen 'gewöhnlichen' DDR-Bürgern seines Alters die Gelegenheit, des öfters (auch) ins (westliche) Ausland zu gelangen. Diese Reisen mussten freilich von der VP genehmigt werden. So lautete ein entsprechender Reisevermerk vom 2.6.71 etwa wie folgt: *„Der Blanke ist für unsere Dienstseinheit positiv erfasst. Gegen die Reise bestehen keine Einwände.“*

Nach 1970 erscheinen die Protokollaufzeichnungen kaum noch von Belang. Es handelte sich um eine gewisse Routine der Berichterstattung technischer Art, die vor allem Esperanto-Anlässe betraf, und *„das nächste Treff wurde telefonisch vereinbart“* (15.2.71). Treffs seien nur in *„grösseren Zeitabständen“* durchgeführt worden.

Als sich 1972 die Zuständigkeit der MfS-Abteilung XX/2, bei der die Beobachtung von Leuten wie Detlev Blanke und seiner Esperanto-Bewegung angesiedelt war, änderte, sei die inoffizielle Verbindung zu Blanke vom MfS abgebrochen worden. Blanke war nun als offizieller Angestellter im Kulturbund in Berlin beschäftigt, wo zu ihm von Amtes wegen nun offizielle Stasi-Kontakte bestanden. In der Stasi-Sprache hiess das, dass Blanke *„aufgrund seiner gesellschaftlichen Funktion und seiner Bestätigung als Reisekader durch die HA XX offiziell genutzt“* wurde.

Wie erstmals in der Arbeit von Andreas Zimmer über den Kulturbund der DDR darauf hingewiesen wurde, habe das MfS 1978 zwar erneut eine IM-Tätigkeit Blankes in Betracht gezogen, aber der Plan sei aufgrund der Befürchtung fallen gelassen worden, dass im Fall einer „Dekonstruktion“⁹² Blankes der Kulturbund, mit dem die Stasi *offizielle* Beziehungen unterhielt, als Spitzelorganisation hätte dargestellt werden können.⁹³ (s. weiter unten)

2.8. Offizielle Verbindungen zum MfS - die Akten des Jahres 1978

Eine „F 10-Überprüfung“⁹⁴ vom 5.1.1978 durch die Abt. III/FK des MfS zur Person Dr. Blanke, Detlev, geb. 30.5.1941, wohnhaft an der Wollinstrasse in 102 Berlin

„erbrachte, daß sie [d.h. diese Person] für die HA XX/I Archiv erfasst ist. Dementsprechend erfolgte am 14.02.1978 bei der HA XX, Gen[osse] Reinhard, eine mündliche Absprache zur Führung von Ermitt-

⁹⁰ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Gesellschaftlicher_Mitarbeiter_Sicherheit. Der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk plädierte 2013 dafür, die GMS statistisch nicht als IM zu erfassen.

⁹¹ S. Fussnote 26.

⁹² S. Fussnote 88.

⁹³ S. Zimmer, Andreas: Der Kulturbund in der SBZ und in der DDR. 2018. S. 524 f.. Die entsprechende Passage ist in Google Books unter Eingabe der Stichwörter „Zimmer Ulo Blanke Kulturbund“ zu finden.

⁹⁴ Zur Bedeutung von F 10 s. http://www.runde-ecke-leipzig.de/sammlung/pop_zusatz.php?w=w00255.

lungen und anderer Überprüfungsmaßnahmen im Bereich des Kulturbunds der DDR, wo der B[lanke] beschäftigt ist.

Von Gen. Reinhard wurde dargelegt, dass der B[lanke] Reisekader ist und zu B[lanke] offizielle Kontakte bestehen, die einen ehrlichen und vertraulichen Charakter besitzen. Der B[lanke] wird auf Grund dieser Eigenschaften nur offiziell auf dieser Basis genutzt.

Außerdem wäre zu prüfen, ob der Dr. Blanke für eine inoffizielle Arbeit geeignet sei, da er besonders als Reisekader im NSW⁹⁵ für den imperialistischen Geheimdienst sehr interessant sei und bei Anzeichen der Dekonspiration ein grösserer politischer Schaden, für den Kulturbund der DDR, indem diese Organisation als 'Spionageorganisation' eingestuft wird, und für seine Person selbst entstehen kann. (...)

Gen. Dr. Blanke kann off[i]ziell zu F[r]agen, die dem [sic] MfS interessieren, befragt werden. Es wird durch Gen. Reinhard eingeschätzt, daß ein gutes Verhältnis zwischen MfS und der Person Dr. Blanke besteht und er dem [sic] MfS bisher stets ehrlich und zuverlässig unterstützte. Dr. Blanke [sic] könnte zu interessierende[n] Fragen abgeschöpft und genutzt werden.

Es wurde vom Gen. Reinhard vorgeschlagen, mit Gen. Dr. Blanke, zu einem vereinbarten Zeitpunkt, eine gemeinsame Aussprache durchzuführen und wir in diesem Zusammenhang mit Gen. Dr. Blanke bekanntgemacht werden. Nach Absprache am gleichen Tag mit Gen. Hauptmann Hedwig wurde der Vorschlag der HA XX akzeptiert und Gen. Dr. Blanke offiziell zur Klärung unserer Probleme genutzt. Die Kontaktnahme wird durch Gen. Obltn. Schuster zu Gen. Dr. Blanke erfolgen. (...) (Aktenvermerk gez. Obltn. Schuster, Berlin, den 15.2.1978).

Bei dieser Überprüfung wurden Abschriften der Ermittlungsberichte und Lebensläufe zur Person Blankes, die aus den 60er Jahren stammten und die wir hier von oben schon kennen, angefertigt und den Akten des Jahres 1978 beigefügt, sodass sie an dieser Stelle nicht zu wiederholen sind.

Es lohnt sich zum Abschluss dieser Studie, Teile der beiden längeren „Ausspracheberichte“ des Jahres 1978 wiederzugeben, die vor allem kennenswerte Erläuterungen zur Esperanto-Bewegung der DDR und des Auslands durch Blanke enthalten, die die Stasi befähigen sollten, diese Bewegung richtig einzuschätzen. Die Art der Vermittlung des Bildes und der Charakteristik der Esperanto-Bewegung durch Blanke an die Stasi dürfte in erster Linie vor allem für die heutigen Esperantisten selbst von einem gewissen Interesse sein.

Aussprache vom 12.4.1978

So fand am 12.4.1978 mit Detlev Blanke auf dessen Arbeitsstelle in Berlin, Charlottenstrasse 60, eine „Aussprache“ statt, bei der die folgenden Themen erörtert werden sollten:

- *allgemeine Fragen zur Esperanto-Bewegung in der DDR*
- *Fragen zur internationalen Esperantobewegung*
- *welche Clubs und Vereine sind bekannt und welche Bedeutung habe diese*
- *welche Kontakte auf dem Gebiet Esperanto werden vom Kulturbund der DDR unterhalten und welche Methoden werden angewandt*
- *gibt es Hinweise, daß sich Personen an den KB der DDR wandten, um Unterstützung bei der Gründung eines Club[s] oder Verein[s] zu erhalten und welche Methode wurde bekannt (besonders schriftliche Verfahrensweise)*
- *wo werden Druckmaterialien der Fachgruppe Esperanto hin versandt, welche Personen und Institutionen sind dazu bekannt*
- *Informationen zur Jugend-Esperantobewegung in der DDR und International zu erarbeiten*
- *welche Verbindungen sind im KB der DDR hierzu bekannt*
- *personelle Probleme der Esperanto-Bewegung in der DDR, welche Kontakte in das NSW sind bekannt und wie werden diese durch den KB der DDR eingeschätzt*

⁹⁵ Nicht-Sozialistisches Wirtschaftsgebiet (s. <http://www.ddr-wissen.de/wiki/ddr.pl?NSW>).

„Weiterhin sollte ein persönliches Kennenlernen des Gen. Dr. Blanke erfolgen, sowie zu prüfen, wie Gen. Dr. Blanke zum Anliegen des MfS steht und ob mit ihm eine weitere Aussprache vereinbart werden kann.

Die Aussprache erfolgte durch Gen. Hauptmann Hedwig und Gen. Oberleutnant Schuster. Der Aussprachetermin wurde mit dem Gen. Dr. Blanke am 04.04.1978 telefonisch vereinbart. Beide Genossen wiesen sich mit dem Dienstaussweis des MfS gegenüber dem Gen. Dr. Blanke aus. Die Aussprache erfolgte in der Zeit von 09.00 Uhr bis gegen 11.15 Uhr.

Es kann eingeschätzt werden, daß Gen. Dr. Blanke während der Gesprächsführung sehr aufgeschlossen und sicher auftrat und er zum Ausdruck brachte, daß er an einer weiteren Verbindung zum MfS Interesse habe.

Es muß erwähnt werden, daß Gen. Dr. Blanke bereits von 1966 bis 1970 Kontakt zum MfS hatte und auf Grund seiner Versetzung zum Bundesvorstand des Deutschen Kulturbundes der DDR, Arbeitsbereich Esperanto, offizieller Kontakt zum MfS besteht.

Gen. Dr. Blanke wurde vor Beginn des Gesprächs zur Frage der Geheimhaltung belehrt und daraufhingewiesen, daß dieses Gespräch sehr vertrauensvoll sei und er mit keiner weiteren Person seiner Arbeitsstelle und seines Vorgesetzten über das heutige Gespräch sprechen darf. Alle ihm bekanntwerdenden Informationen sind streng geheim zu behandeln.

Gen. Dr. Blanke gab eine mündliche Erklärung ab, daß er über das heutige und weitere Gespräche mit keiner Person sprechen werde.

Zu Beginn des Gespräches wurden dem Gen. Dr. Blanke dargelegt, warum mit ihm eine Aussprache zur Esperantobewegung geführt wird.“ [Diese Gründe sind in dem Bericht jedoch nicht erwähnt].

„Gen. Dr. Blanke gab zunächst einen kurzen Überblick über die Entstehung und der [sic] Entwicklung der Esperantobewegung in der DDR. (...) [Es handelte sich mehr oder wenig um die bekannten Fakten, die oben erwähnt wurden, so dass sie hier nicht wiederholt werden müssen].

Zur Genese der Esperanto-Bewegung in den 1930er Jahren in Deutschland machte Blanke die folgenden Angaben, die klar klassen- (und rassen-) mässig begründet wurden:

„Die Entwicklung der Esperantobewegung geht bis in der [sic] Zeit vor 1933 zurück und wurde auch von der Arbeiterklasse betrieben. Es bildeten sich vereinzelt bürgerliche und faschistische Gruppen in der Esperantobewegung. Während der faschistischen Zeit wurden [sic] die Esperantobewegung in Deutschland verboten. Hierbei spielte die 'Rassenfrage' bei den deutschen Faschisten eine bedeutende Rolle, da im damaligen Deutschland viele jüdische Bürger die Esperantosprache zur Verständigung anwandten. Nach dem Jahre 1945 entwickelte sich die Esperantobewegung in der BRD verstärkt. So entstanden zwei Richtungen, die bürgerliche[n] Esperantisten mit pazifistischen [sic] Charakter und die Arbeiteresperantobewegung mit überwiegend internationalen [sic] Charakter, sowie vereinzelt Splittergruppen, die eine trotzkistische Linie betreiben.“⁹⁶

Im krampfhaften Bemühen, die Kontakte zu westdeutschen Esperantisten zu legitimieren, heisst es:

„Von Gen. Dr. Blanke wird eingeschätzt, daß durch den Arbeitsbereich Esperanto und durch die BAK (Bezirksarbeitskreise) keine konkreten Hinweise über bestehende Kontakte zu BRD-Esperantisten oder anderen operativ interessanten Personen und Einrichtungen vorliegen.“ „Die bestehenden Kontakte zu BRD-Esperantisten“ beruhten „überwiegend aus [sic] der Zeit vor 1933 aus Tradition der Arbeiteresperantobewegung. Die vermuteten Verbindungen“ würden „überwiegend durch ältere Esperantisten gehalten“. „Weiterhin entstanden“ seien „diese Kontakte nach der BRD auch dadurch, daß in unserer

⁹⁶ Auffallend bei solchen Charakterisierungen sind Reizworte wie „bürgerlich“, „faschistisch“, „jüdisch“, „pazifistisch“, „trotzkistisch“, an anderer Stelle wie „antifaschistisch“, „antikommunistisch“, „westlich orientiert“, „rechte/linke Kräfte“, „positive Esperantisten“ und „negative Elemente“, usw., usf, die in der DDR zur Klassifizierung, Diffamierung und Diskreditierung von Personen und Organisationen verwendet wurden. Da solche politisch-ideologische Abgrenzungen in Blankes esperantologischem Werk eigentlich kaum in dieser Art zu finden sind, stellt sich die Frage, ob diese Terminologie tatsächlich von ihm stammte oder vom Protokollschreiber der Stasi gewählt wurde, um sie für die Stasi kompatibel zu machen, wie man annehmen kann.

Republik keine Lehrmaterialien für das Erlernen von Esperanto gedruckt [worden] bzw. erschienen“ seien. „Bedingt durch den Druck von Materialien in der BRD und die damaligen offenen Grenzen“ seien „dann auch weitere Kontakte entstanden, zum Teil auch in persönlicher Hinsicht“.

„In den Jahren 1965/66“ habe „der Arbeitsbereich Esperanto der DDR versucht, Kontakte zu westdeutschen Jugend-Esperantogruppen herzustellen, die eine antifaschistische Einstellung besaßen“. Aber „Zu festen Kontakten“ sei „es nicht gekommen“, denn „seitens des Kulturbunds der DDR“ sei „man zur Einsicht gekommen“, dass es „mit einer gemeinsamen Sprache keine Grundlagen zum Verkehr (...)“ gäbe. Dem Gen. Dr. Blanke sei „keine Jugendgruppe in der DDR bekannt, die Kontakte zu einer westdeutschen Jugendesperantogruppe unterhält“.

„Zur Versendung von Fachzeitschriften nach der BRD“ bestehe „seitens des Kulturbunde der DDR wenig Interesse.“⁹⁷

Zur Haltung des BRD-Esperantoverbandes gab Blanke folgende Einschätzung:

„Zum überwiegenden Teil sind in den Leitungen 'realistische' Kräfte. Bei der Aufnahme des Kulturbundes der DDR in den Esperanto-Weltverband⁹⁸ gab es seitens der BRD-Vertretung keine Versuche, diese Aufnahme zu verhindern oder zu stören. Dem Kulturbund der DDR wurden bisher keine Argumente oder Hinweise bekannt, daß der BRD-Verband im Weltbund ein Alleinvertretungsrecht in Anspruch⁹⁹ genommen hat.“ Der Esperanto-Verband der BRD würde sich auch zu keiner parteipolitischen Linie festlegen. Dennoch dürfe seitens des Kulturbunds der DDR „nicht übersehen“ werden, dass „trotzdem durch den Esperantoverband der BRD versucht wird, daß dem Kulturbund der DDR bei internationalen Veranstaltungen weniger Möglichkeiten gegeben werden, um geplante Veranstaltungen zu organisieren und durchzuführen“, eine Einschätzung, die auf die Diskriminierungsthese hinauslief. „Vom Arbeitskreis Esperanto wird dargelegt, daß es ihm klar ist, daß die bestehenden Verbindungen zwischen Esperantisten der DDR und der BRD für andere Probleme benutzt werden könnten.“¹⁰⁰ „In diesem Zusammenhang wurde von Gen. Dr. Blanke dargelegt, daß es nützlich wäre, gewisse Informationen über bestehende Verbindungen nach der BRD durch die zuständigen Stellen im MfS zu erhalten, um von Seiten des Arbeitskreises Esperanto die offizielle Kontrolle führen zu können und gegebenenfalls diese Kontakte zu unterbinden.“

Was die Situation der Esperanto-Bewegung in den westlichen Ländern betraf, gab Blanke zu Protokoll, dass die westlichen Esperanto-Verbände weitgehend von der finanziellen Zuwendung durch gesellschaftliche Organisationen oder Einzelpersonen abhängig seien und keine staatliche Unterstützung genossen. Die Aktivitäten des Esperanto-Verbands der BRD seien in erster Linie als „Ausdruck der Durchsetzung ihrer Europapolitik gegenüber den westlichen Ländern“ zu verstehen. Es sollten hierbei zwei Ziele verfolgt werden:

1. „Es soll versucht werden, über Esperanto die Frage der Verständigung, im Sinne der Politik der BRD-Regierung, mit zu realisieren und besonders in den Beziehungen zu den östlichen Verbände [sic] mit einfließen zu lassen.
2. Zusammenschluß der westlichen Ländern [sic] in der sogenannten 'Europäischen Organisation', mit Sitz in Brüssel. In dieser Organisation tritt der Esperantoverband der BRD und Belgien[s] stark in Erscheinung, um ihre Interessen gegenüber den anderen westlichen Mitgliedsländern durchzusetzen.“¹⁰¹

⁹⁷ Offenbar handelte es sich hierbei um gewisse DDR-Propagandaschriften wie „Die DDR stellt sich vor“ u.ä.

⁹⁸ Nicht der Kulturbund der DDR, sondern der „Arbeitskreis Esperanto“ (später umbenannt in „Esperanto-Verband im Kulturbund der DDR“, Esp.: GDREA) wurde (1976) in den Esperanto-Weltbund (UEA) aufgenommen.

⁹⁹ Es handelt sich um den sog. *Alleinvertretungsanspruch* für das gesamte deutsche Volk, der von der BRD vor allem in den Jahren 1955 bis 1969 erhoben wurde, aber im Prinzip bis 1990 weiterhin galt.

¹⁰⁰ Z.B. für feindliche Propaganda, Beihilfe zur Republikflucht u.ä., wie man annehmen kann.

¹⁰¹ Diese fragwürdige Formulierung der DDR-Seite, die schon an Bosheit grenzte, scheint den wahren Absichten des westdeutschen Esperanto-Bundes von damals nicht gerecht zu werden. Es ist richtig, dass die sehr europäisch eingestellten westdeutschen Esperantisten den Europagedanken früh verinnerlichteten und verfochten und sich an der Europabewegung aktiv beteiligten, aber nicht, um bei anderen Ländern oder Verbänden ihre (wohl politischen) Interessen durchzusetzen.

Das Ziel der Kontakte des Kulturbunds zu den westlichen Esperanto-Verbänden bestünde im Übrigen weitgehend darin, um „gewisse Informationen über das Wirken und den [sic] Aktivitäten dieser Verbände zu erhalten“.¹⁰²

Es folgte eine Einschätzung des Esperanto-Weltbunds (UEA), die wie folgt lautete:

„Gen. Dr. Blanke (...) hob hervor, daß der Weltbund aus zwei größeren Gruppierungen besteht, eine größere Gruppe unter Einfluß des sozialistischen Lagers und eine Gruppe der Linkskräfte. Weiterhin besteht eine kleinere Splittergruppe, die man als antikommunistisch einstufen muß. Die Gruppe um die Vertreter des sozialistischen Lagers haben auf die Arbeit des Weltbundes einen positiven Einfluß.“

Als Hauptvertreter dieser „Splittergruppe“ wurde der „Exilkroate“ Ivo Lapenna¹⁰³ genannt, der ein „Berater von Präsident Titow“ [sic] gewesen sei. Der Weltbund habe unter seiner Führung „eine sterile Neutralitätspolitik“ betrieben und sei „sehr passiv auf politischen [sic] Gebiet“ gewesen. Unter Lapennas Einfluss sei auch die Aufnahme der Esperanto-Sektion im Kulturbund der DDR in den Esperanto-Weltbund „gebremst“ worden.¹⁰⁴ Nach der Ablösung Lapennas als UEA-Vorsitzender habe der Weltbund „eine politische Plattform bezogen, die die Beschlüsse von Helsinki¹⁰⁵ unterstützt und entsprechend seinen Möglichkeiten einen politischen Einfluß auf seine Mitgliedsländern [sic] ausgeübt“ habe. In der Folge habe sich eine Gruppe von ca. 50 Mitgliedern gebildet, die sich als „Neutrale Esperantisten“ bezeichne und in „ihrer politischen Orientierung gegen die Arbeit des Esperanto-Weltbundes gerichtet“ sei. Diese Leute würden „hierzu Massenmedien nutzen und selbst Presseerzeugnisse mit hetzerischen [sic] Inhalt gegen den Weltbund vertreiben“. Es sei auch „zu verzeichnen, daß sich rechte Kräfte von Esperantisten um diese Splittergruppe gruppieren“.¹⁰⁶ Diese Gruppe habe ein eigenes „Manifest des Esperanto“ verfasst, mit dem sie sich für eine weitere „freie Betätigung“ der Esperantisten in den sozialistischen Ländern einsetzten und die „Freilassung angeblicher inhaftierter Esperantisten in der Sowjetunion forderten“. Die Tätigkeiten dieser Gruppe würde bei den Konsultationen der Esperanto-Verbände der sozialistischen Länder¹⁰⁷ „stets analysiert“. Aber die „Vertreter des sozialistischen Lagers im Weltbund“ hätten „einen Einfluß gegenüber dieser Splittergruppe“ und verstünden „es immer, durch pa[r]lamentarische [sic] Möglichkeiten die Aktivitäten dieser Gruppe im Weltbund einzuengen“.¹⁰⁸

¹⁰² Versteht man unter der Haupttätigkeit des Esperanto-Verbands der DDR das Sammeln von Informationen über das Wirken anderer Verbände, kann der DDR-Verband im Unterschied zu anderen, v.a. westlichen Esperanto-Verbänden geradeweg als Spionageorganisation betrachtet werden.

¹⁰³ 1909-1987; 1955 bis 1964 Generalsekretär und von 1964 bis 1974 Vorsitzender des Esperanto-Weltbunds (s. <http://www.ivolapenna.org>). Im Stasibericht wurde der Name fehlerhaft mit „Lappuna“ wiedergegeben.

¹⁰⁴ Die Esperanto-Abteilung im Kulturbund der DDR wurde in der Tat erst 1976 nach dem „Sturz“ Lapennas in den Esperanto-Weltbund (UEA), den nun die „Linkskräfte“ beherrschten, als DDR-Landesverband aufgenommen.

¹⁰⁵ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Konferenz_über_Sicherheit_und_Zusammenarbeit_in_Europa. Der Helsinki-Prozess wurde von Breschnew und den sozialistischen Staaten gefördert. Aber auch diese Behauptung ist in ihrer Absolutierung so nicht zutreffend. Die Beschlüsse von Helsinki waren im Grunde kein wesentlicher Bestandteil der Esperanto-Propaganda.

¹⁰⁶ Wer damals die sozialistischen Kräfte oder Länder kritisierte, galt als Antikommunist und Feind des Sozialismus und wurde von gewissen Ideologen des Ostblocks als „rechte Kräfte“ in die Nähe des Faschismus gestellt. Lapenna war (ursprünglich wahrscheinlich) selbst ein Kommunist (oder zumindest Mitglied der KP). Als Jurist hatte er sich erlaubt, in seinen Werken das sowjetische Recht zu kritisieren. Aus der Sicht Lapennas wurde er 1974 von den „Linkskräften“ und mit der Hilfe der sozialistischen Landesverbände als UEA-Vorsitzender „gestürzt“.

¹⁰⁷ Es handelt sich hierbei um das (die) legendäre(n) Konsultativtreffen der Esperanto-Verbände der sozialistischen Staaten, das jedes Jahr in einem anderen sozialistischen Land stattfand. Da Beobachter aus dem „NSW“ nicht zugelassen waren und kein Protokoll veröffentlicht wurde, wurde diese Veranstaltung im Westen als „Geheimtreffen“ dieser Verbände apostrophiert. Detlev Blanke war vom Anfang bis zum Ende regelmässiger Teilnehmer dieser Treffen, bei denen er mit streng kommunistischen Hardlinern der Esperanto-Bewegung aus SU und BG teilweise den Ton angab.

¹⁰⁸ Es besteht hier gar nicht die Gelegenheit, diese ziemlich einseitig verzerrte Einschätzung der damaligen Verhältnisse im Esperanto-Weltbund (UEA) durch Blanke zu kommentieren, obwohl dies eigentlich notwendig wäre. Gut informierte Esperantisten, die zur fraglichen Zeit in diesem Weltbund aktiv waren, werden verstehen, um welche Probleme es sich dabei handelte. Die Esperanto-Verbände der damaligen sozialistischen Staaten versuchten, den Esperanto-Weltbund auf die eigene Seite zu ziehen, was jedoch misslang, da diese Organisation politisch neutral war, obwohl man ihre Sympathie für diverse kommunistische Länder (wie Polen, Ungarn und Bulgarien), in denen Esperanto eine gewisse Popularität genoss, nicht verbarg. Es ist richtig, dass die Esperanto-Bewegung wegen ihrer ideologischen Anliegen im Prinzip eine eher linksorientierte Bewegung darstellt, obwohl sie sich als politisch neutral versteht, und dass die Regierungen in den kommunistisch regierten Ländern, die Esperanto unterstützten, von Warschau bis Sofia und von Kuba bis China von ihr einen gewissen Bonus erhielten. Eine Kritik der prekären Menschenrechtslage in all diesen und noch vielen anderen Ländern kam für die Esperanto-Bewegung, v.a. für die politisch neutrale UEA, nicht in Frage, da diese die betroffenen Regierungen provozieren und die Esperanto-Bewegung in diesen Ländern in Gefahr bringen könnte. In den sozialistischen Ländern waren die Esperanto-Verbände

Dann machte Blanke ein paar Angaben über die zahlenmässige Stärke des Esperanto-Weltbundes, der etwa 34 Tausend Mitglieder umfasse, wobei es in den westlichen Ländern nur etwa 8000 Esperantisten gebe. Im Esperanto-Verband des Kulturbunds der DDR seien etwa 1500 Esperantisten organisiert und erfasst. Was die Esperanto-Tätigkeit der VR China anbelange, habe „*Radio Peking seine Sendungen in Esperanto aktiviert, um in den sozialistischen Ländern mehr ideologischen Einfluß zu erreichen*“.

Während die Esperanto-Tätigkeit in der Sowjetunion und der Tschechoslowakei sowie in Bulgarien und Ungarn von Blanke gelobt wurde, bestanden gegenüber Polen, dessen Esperantisten in der DDR als politisch unzuverlässig eingeschätzt wurden, erhebliche Vorbehalte:

„*Zur Esperantotätigkeit in der VR Polen wird durch Gen. Dr. Blanke eingeschätzt, daß es große Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit innerhalb der sozialistischen Ländern [sic] mit der VR Polen gibt, da sie ihren eigenen Stil und eine politisch undurchsichtige Orientierung einnehmen. Es wird eingeschätzt, daß der polnische Esperantoverband stark westlich orientiert ist, was sich besonders in den Treffen mit BRD-Esperantisten zeigt. Weiterhin zeigt sich auch, daß durch den polnischen Esperantoverband eine politische Unzuverlässigkeit bei der Mitarbeit in der Konsultationsarbeit der sozialistischen Ländern [sic] abzeichnet. Dies drückt sich darinn [sic] aus, daß die polnischen Vertreter verspätet zu den vereinbarten Konsultationen erscheinen und dann nur ihre Probleme der Touristik im [sic] Vordergrund stellen.*“¹⁰⁹ Dann fügte er noch hinzu, dass „*in der VR Polen sehr stark Esperanto-Zeitschriften aus der VR China vertrieben werden*“. Aber seitens des Arbeitskreises Esperanto bestünden sonst durchaus „*gute Kontakte zu einzelnen Esperantisten des Vorstandes*“ [der polnischen Esperanto-Vereinigung]; für Blanke waren dies die „*positiven*“ Esperantisten. Besonders gefördert werde der Kontakt zu den Jugendesperantoclubs – eine überraschende Feststellung!

Im letzten Teil der Aussprache gab Blanke einige Informationen über die Esperanto-Aktivitäten einzelner Esperantisten in den DDR-Bezirken zum Besten, wobei unter dem Aspekt der „Clubbildung“ einige kuriose Erscheinungen aus den Bezirken Erfurt, Suhl, Potsdam und aus der Kreisstadt Neuruppin gemeldet wurden. Einer von den verhaltensauffälligeren DDR-Esperantisten war demnach ein gewisser „*alter Anarchist*“, der Kontakte mit Frankreich unterhielt. Man habe mit diesen Personen das Gespräch gesucht und sie so „*unter die Kontrolle*“ des Zentralverbandes gebracht. Eine Frau sei sogar „*wegen laufende [sic] Verstöße gegen das Statut und wegen aktive [sic] Verbindungen zu westlichen Esperantisten aus dem Kulturbund der DDR ausgeschlossen*“ worden.

In der Gesamtbeurteilung der Unterredung hiess es, dass „*Gen. Dr. Blanke während des Gesprächs einen offenen und ehrlichen Eindruck machte*“. „*Auf alle gestellten Zwischenfragen unsererseits*“ habe „*er eine klare Aussage gegeben*“. Bei der nächsten sich bietenden Aussprachegelegenheit wolle man sich den Themen Jugend, Clubbildung, Verbindungen zwischen DDR- und BRD-Esperantisten annehmen sowie sich der Einschätzung weiterer DDR-Esperantisten widmen.

Aussprache vom 10.7.1978

Am 10.7.1978 erfolgte in der Zeit von 9 Uhr 50 bis gegen 11 Uhr 30 eine neue Aussprache mit dem Genossen Blanke „*zur weiteren Klärung von Teilproblemen zum operativen Material 'Clique'*“, gemäss folgenden Fragestellungen:

- *gibt es Hinweise zur Clubbildung in den Bezirken;*
- *sind weitere DDR-Esperantisten bekannt geworden, die enge Verbindungen nach der BRD zu Esperantisten unterhalten;*
- *gibt es neue Informationen zur Carl Duisburg Gesellschaft;*

jedoch nichts anderes als ein Anhängsel der kommunistischen Parteien bzw. des kommunistischen Regimes. Jegliche Opposition wurde in diesen Verbänden von vornherein im Keim erstickt, die öden Parteiparolen wurden in Esperanto nachgesungen.

¹⁰⁹ Polen war aus der Sicht der DDR ein ewiger Problemfall innerhalb des „sozialistischen Lagers“. Während Blanke die stramm systemkonformen Führungsfiguren der Esperanto-Bewegung in anderen sozialistischen Ländern lobte und unterstützte, bestand zwischen ihm und einigen polnischen Esperantisten, die im Ruf standen, der politischen Opposition nahezustehen, ein abgrundtiefes gegenseitiges Misstrauen, ja eine gewisse Feindschaft und Verachtung, die sich in der gegenseitigen Vermeidung, Ignorierung und Kritik manifestierte.

- *Durcharbeitung der Jugendkartei des KB;*
- *welche andere[n] Informationen gibt es im Zusammenhang mit der Clubarbeit in den Bezirken.*

Zum Punkt über die Clubbildung habe Blanke zum Ausdruck gebracht, dass er bisher keine Gelegenheit gehabt habe, die Jugendvorsitzenden über eine Clubbildung zu befragen. Informationen zur Clubbildung lägen beim Kulturbund der DDR sowieso nicht vor. Und die Einsicht in die Jugendkartei habe nicht durchgeführt werden können, da sich diese zur Zeit beim Vorsitzenden der Jugendkommission befinde. Sobald diese Kartei zurückgegeben worden sei, werde Blanke eine Einsicht in diese Kartei gewähren. Zur Zeit seien im Kulturbund ca. 150 Jugendliche „organisatorisch erfasst“. Was die Verbindungen von DDR-Esperantisten nach der BRD betreffe, sei von Blanke eingeschätzt worden, dass im Kulturbund „keine genaue Übersicht“ darüber bestehe. Blanke habe vermutet, dass „die bestehenden Verbindungen überwiegend auf der Grundlage von verwandtschaftlichen Beziehungen bestehen und diese zum Austausch von Literatur genutzt werden.“

Im Übrigen habe der Kulturbund der DDR „kein Interesse, enge Verbindungen zum Esperantoverband der BRD herzustellen.“ Es bestünden „Verbindungen dahingehend, daß an verschiedene Adressen Esperantoliteratur versandt“ werde. Diese Verbindungen seien überwiegend in den Bezirken vorhanden, sozusagen ausserhalb der Kontrolle der Berliner Zentrale. Es sei auch durchaus möglich, dass „ältere Esperantisten der DDR im Rahmen des Reiseverkehr[s] diese Verbindungsart nutzen, die aber nicht vom KB der DDR beeinflusst werden kann.“ Als der Esperanto-Weltkongress im Jahr 1974 in Hamburg stattfand, seien Rentner aus der DDR ausserhalb der offiziellen DDR-Delegation hingefahren. Einer „Umfrage durch den KB der DDR“ zufolge unterhielten ca. 80% der erfassten Esperantisten der DDR postalische und persönliche Verbindungen mit dem sozialistischen Ausland, ein Fünftel davon mit der Sowjetunion. Von den ca. 1400 organisierten DDR-Esperantisten habe jeder etwa 8-10 Kontakte ins Ausland. Angaben über Kontakte zum westlichen Ausland wurden in dem Bericht nicht gemacht.

Die „Carl Duisburg Gesellschaft“ sei eine Organisation, die internationale Kontakte, besonders in den Entwicklungsländern, pflege und bei Kongressen versuche, Verbindungen zu den Teilnehmern aus der DDR herzustellen. Blanke habe entsprechende Anfragen von Seiten dieser Gesellschaft unbeantwortet gelassen. Ihm sei auch nicht bekannt geworden, dass Tagungsteilnehmer aus der DDR auf Angebote von Seiten dieser Gesellschaft eingegangen wären. (Aussprache vom 12.4.). Der Vertreter dieser Gesellschaft würde jeweils „sehr freundlich und zum Teil auch schmeichelhaft in Erscheinung treten“.

Da in diesem Monat Juli der Esperanto-Weltkongress in Varna (Bulgarien) bevorstand, habe auch ein Genosse Müller bei Blanke vorgesprochen, um ebenfalls Informationen zu Fragen des Esperanto einzuholen. Dieser sei vom Genossen Reinhard geschickt worden, um sich mit Blanke über Probleme der Vorbereitung zum Weltkongress von Varna zu beraten. Der Aussprachebericht hinterlässt ein wenig den Eindruck, als ob Blanke leicht gereizt auf die Fragen der aufsässigen Stasileute reagierte und bei diversen Themen wie der Westverbindungen von DDR-Esperantisten auf Distanz ging.

Der folgende Auszug aus dem Bericht über die Tätigkeit des Detlev Blanke für die VP und das MfS mit einer Einschätzung der Persönlichkeit des Informanten durch diese Organe aus dem Jahr 1978 ist an dieser abschliessenden Stelle als Zusammenfassung der Stationen seiner „Stasi-Karriere“ geeignet:

„Wie aus den Archivunterlagen ersichtlich ist, wurde der Kandidat am 19.7.1966 durch das Dezernat I der BDVP Rostock für eine inoffizielle Tätigkeit geworben und durch die Abteilung XX/1 der BV Rostock übernommen. Aufgrund des Einsatzes des Kandidaten im Zentralen Arbeitskreis Esperanto im Kulturbund der DDR erfolgte im Jahre 1969 die Übergabe an die HA XX/2. Im Jahre 1972 wurde der Kandidat durch die HA XX/2 archiviert, da das Gebiet Esperanto nicht mehr in das [sic] Zuständigkeitsbereich der Dienstseinheit XX/2 gehörte. Der Kandidat wird aufgrund seiner gesellschaftlichen Funktion und seiner Bestätigung als Reisekader durch die HA XX offiziell genutzt.“

* * *

Persönliche Schlussbemerkungen: Es ging in dieser Darstellung nicht darum, Detlev Blanke im kriminellen Sinn als Stasi-„Täter“ an den Pranger zu stellen oder als Verräter der eigenen Leute zu diskreditieren. Man muss diese Person und ihre Tätigkeit für den Esperanto-Verband im Kulturbund der DDR zwischen 1966 und 1990 im historisch-politischen Kontext des DDR-„Unrechtsstaats“¹¹⁰ sehen, analysieren und verstehen. Auch wenn viele Menschen unter den Bedingungen des stalinistisch-kommunistischen Systems zu Tätern (im Sinne Hubertus Knabes¹¹¹) geworden waren, wurden sie oft gleichzeitig auch zu Opfern der besonderen Art. Obwohl das Ministerium für Staatssicherheit (MfS, Stasi), das als Teil dieses „Unrechtsstaats“, in dem die Bürger- und Menschenrechte systematisch mit Füßen getreten worden sein sollen bzw. wurden, m.W. von keiner Bundesregierung als kriminelle Organisation eingestuft wurde, war jemand, der dieser Organisation als hauptamtlicher oder inoffizieller Mitarbeiter mit Funktionen zu Lasten oder zum Schaden Dritter (zudiente, im Sinne von Hubertus Knabes Definition als „Täter“ zu bezeichnen, auch wenn viele dieser Personen wohl keine direkten Menschenrechtsverletzungen begangen haben dürften.¹¹² Blanke war in dieses System auf der Seite der Täter zumindest verwickelt und mit ihm integral verbandelt und verbündet. In diesem Sinne sind auch die entsprechenden IM-Akten als „Täterakten“ zu betrachten.¹¹³

Es besteht also kein Zweifel mehr, dass Detlev Blanke ein Zuträger der Stasi gewesen war. Wie aus den vorliegenden MfS-Unterlagen selbst hervorgeht, wurde von Seiten der Stasi mehrmals betont, dass *„ein gutes Verhältnis zwischen MfS und der Person Dr. Blanke“* bestand und dass *„sein Vertrauensverhältnis zum MfS gut“* war.

Die Frage, ob Detlev Blankes Berichtstätigkeit zu Handen der Stasi anderen DDR-Bürgern substantiell und nachhaltig geschadet hatte, ist schwer zu beantworten und kann im Rahmen dieser Studie nicht geklärt werden, da konkretes Wissen dazu fehlt. Gehen wir davon aus, dass dies nicht der Fall war. Auch wenn es sich bei Detlev Blanke wohl um einen „kleinen Fisch“ im System der Stasi und bei den Stasi-Notizen meist um ziemlich banale Informationen handelte, hat man es bei vorliegendem Beispiel eines IM/GI/GMS dennoch mit einem krassen Fall des DDR-Denunziantentums zu tun, der dem Betroffenen aus heutiger Sicht bestimmt nicht zur Ehre gereicht. Sollte es stimmen, was Detlev Blanke der Stasi über einzelne Personen und Esperanto-Verbände alles so erzählt hatte, handelte es sich hier um plumpe Verunglimpfungs-, Desinformations- und Denunzierungsversuche, die vielleicht abgesehen von den kruden Praktiken in der stalinistischen Sowjetunion, wo Esperantisten zu Tode kamen, weil sie vom Innenministerium als Trotzlisten, Saboteure, Agenten oder Spione angeklagt und verurteilt wurden, weil sie eine andere Meinung oder Kontakte mit dem Ausland hatten, beispiellos in der Geschichte der Esperanto-Bewegung sind. Alles was im ausgeprägten Freund-Feind-Schema des Ostblocks nicht zum Freund zählte, wurde als Feind betrachtet und entsprechend behandelt. Bei der Anwendung dieses Schemas stellte auch der IM „Ulo“ alias Detlev Blanke keine Ausnahme dar. Und sollte es auch stimmen, dass Detlev Blanke sich an die Stasi mit dem Anliegen gewendet hatte, *„daß es nützlich wäre, gewisse Informationen über bestehende Verbindungen nach der BRD durch die zuständigen Stellen im MfS zu erhalten, um von Seiten des Arbeitskreises Esperanto die offizielle Kontrolle führen zu können und gegebenenfalls diese Kontakte zu unterbinden“*, so hat man es hier mit dem (Un)Geist eines übereifrigen

¹¹⁰ Über den umstrittenen Begriff des „Unrechtsstaats“ ist oft kontrovers diskutiert worden. Obwohl vor allem ehemalige Bürgerrechtler und Kritiker der DDR diesen Stasistaat als zynisches Unterdrückungssystem brandmarkten, das millionenfache Diskriminierung oder Verbrechen an seinen Bürgern begangen habe, ist auch hinlänglich bekannt, dass viele Mitglieder der ehemaligen SED, viele ehemalige MfS-MitarbeiterInnen und zahlreiche Bürger der DDR selbst ihr Land nicht als Unrechtsstaat betrachten oder betrachteten. Es scheint aber kaum ein Zweifel daran zu bestehen, dass das MfS und seine Mitarbeiter gegen Kapitel 1: Grundrechte und Grundpflichten der Bürger (Artikel 19-40) der Verfassung der DDR in irgendeiner Form verstossen haben. (S. Version der DDR-Verfassung von 1968 unter <http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr1968.html#II>). Der Begriff des „Schurkenstaats“, die den Terrorismus unterstützten, wurde von den Amerikanern im Falle kommunistischer Staaten seinerzeit nur bei Kuba und (heute wieder) bei Nordkorea verwendet.

¹¹¹ S. Knabe, Hubertus: Die Täter sind unter uns. Über das Schönreden der SED-Diktatur. Berlin 2007.

¹¹² Während einige Opferverbände und -BürgerrechtlerInnen das MfS als kriminelle Organisation eingestuft sehen wollten, neigten viele ehemalige Angestellte dieses Ministeriums selbst dazu, ihren ehemaligen Arbeitgeber als „normale staatliche Dienststelle“ zu betrachteten. (S. Fussnote 25).

¹¹³ Mit der Differenzierung der Täter-Opfer-Problematik im Zusammenhang mit der Stasi und mit dem Dilemma vieler IM hat sich auch Joachim Gauck in seinen lesenswerten Beiträgen, die im Buch „Die Stasi-Akten“ von 1991, erschienen, eingehend befasst.

Stasihelfers der skrupellosen Sorte zu tun, der dem Esperanto-Gedanken zu hundert Prozent zuwiderläuft.

Aber es muss zu diesem Fall ja noch viel mehr gesagt werden, denn der Erklärungsbedarf ist fast grenzenlos.

Ein DDR-Bürger wie Detlev Blanke war mit seinen internationalen Verbindungen geradezu prädestiniert, unweigerlich „unter die Obhut“ bzw. in die Fänge oder Falle der Stasi zu geraten. Karrierebewusste Leute mit sozialen Aufstiegsabsichten, die überdurchschnittlich intelligent wirkten und sich Staat und Partei gegenüber absolut loyal, strikt linientreu, also politisch lupenrein und 100% zuverlässig verhielten, waren für die Stasi ein „gefundenes Fressen“. Als Blanke sich anno 1966 für die Spitzeltätigkeit verpflichtete, war von *freiwilliger Zusammenarbeit* die Rede. Die Motive und Umstände für diese Freiwilligkeit kennen wir nicht. Vermutlich war unter den damals herrschenden politischen Verhältnissen bei vielen gesellschaftlich und beruflich engagierten DDR-Bürgern ein gewisser (innerer und äusserer) Druck vorhanden, der von der Stasi schamlos ausgenutzt wurde. Ein gewisser persönlicher Opportunismus, Idealismus, Realismus oder Pragmatismus dürfte bei solchen persönlichen Entscheidungen ebenfalls eine Rolle gespielt haben.

Zwei Vorwürfe, die Detlev Blanke sich allenfalls hätte gefallen lassen müssen, sind erstens seine *freiwillige konspirative Zusammenarbeit* mit der VP bzw. dem MfS und dass er diese aufrecht erhielt. Als Alternative hätte er diese Zusammenarbeit schon 1966 bei der Anwerbung u.U. auch ablehnen können, was möglich gewesen wäre, wie man von anderen ähnlich gelagerten Fällen weiss. Ein einseitiger Abbruch dieser Zusammenarbeit im Sinne der Dekonspiration hätte zu einem späteren Zeitpunkt wohl aber zu fatalen Folgen für ihn persönlich und eventuell auch für die Esperanto-Bewegung in der DDR führen können, was jedoch nur als Vermutung im Raume haften bleiben kann, da es keinen Vergleichsfall im Bereich des Esperanto gibt (oder ein solcher nicht bekannt geworden ist). Zweitens ist das *Verschweigen seiner Stasi-Zusammenarbeit*, das er zeitlebens praktiziert hatte (und natürlich seine eigene Entscheidung war) als unehrliche Haltung zu kritisieren. Nach der Wende hätte er sich wie ein mutiger Gundermann¹¹⁴ als IM/GMS öffentlich offenbaren und sich bei den Esperantisten entschuldigen können. Blanke zog es vor, seine Stasi-Zusammenarbeit zu verschweigen und zu verdrängen. Auch im entsprechenden Wikipedia-Eintrag über Detlev Blanke und in den offiziellen Nekrologen, die von Freunden, Bewunderern und Mitarbeitern Blankes verfasst wurden, fehlt jeglicher Hinweis auf seine frühere Stasi-Tätigkeit,¹¹⁵ obwohl sie in einer 2013 in Leipzig erschienenen Arbeit über den Kulturbund der DDR erstmals namentlich kurz erwähnt wurde.¹¹⁶ Kein Esperantist schien diese Erwähnung bemerkt zu haben (was kaum zu glauben ist). Von Blanke selbst blieb eine Stellungnahme tunlichst aus.

Die „Aufgabenstellung“ für die „operative Zusammenarbeit“, die die Stasi in ihrem „Perspektivplan“ vom 19.7.1966 an Blanke gestellt hatte, von dem erwartet wurde, dass er sie erfülle und „löse“, dürften Blanke dennoch überfordert haben und ihm persönlich als unrealistisch oder sogar als inakzeptable Zumutung erschienen sein. Man kann sich eigentlich nicht recht vorstellen, dass seine Absichten, mit der Stasi zusammenzuarbeiten, um diese über die Esperanto-Bewegung zu informieren, in erster Linie darin bestehen sollten, die politischen Meinungen der Esperantisten im In- und Ausland sowie seiner Lehrerkollegen auszuhorchen, diese bei den „Organen“ zu denunzieren, „negative Elemente“ aufzuspüren und diese der Bearbeitung durch die Stasi zu überlassen, den Klassengegner zu identifizieren und zu entlarven, sich mit der Frage zu befassen, ob Agentenzentralen des westlichen Geheimdienstes Kontakte zu Esperantisten in der DDR aufnehmen und Fragen der allgemeinen Kriminalität allseitig zu beantworten sowie ständig Informationen zu allgemeinen politischen Tagesereignissen in positiver und negativer Hinsicht zu sammeln, die in seinem Wohnbereich auftreten können. Blankes Absichten mögen im Prinzip gutartig gewesen sein und dürften eher darin bestanden haben, die Information zu Händen der Stasi zu Gunsten des Esperanto selbst zu lenken und kontrollieren, um die Esperanto-Bewegung in der DDR in ihrer fragilen Existenz nicht zu gefährden, sondern sie vor Verleumdung von aussen und ´schädlichen´ Vorgängen im Innern zu schützen und weiter voranzubringen, die Behörden auf Missstände und Mängel in der Arbeit hinzuweisen (Post, Lehrmittel) und zu bitten, diese zu beseitigen, um der

¹¹⁴ Anspielung auf einen bekannten DDR-Musiker, der nach der Wende sich öffentlich dazu bekannte, als IM der Stasi gewirkt zu haben (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Gerhard_Gundermann).

¹¹⁵ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Detlev_Blanke.

¹¹⁶ S. Fussnote 9.

Esperanto-Bewegung zu helfen, wie dies etwa im Protokoll zum Treffen vom 28.3.66 zum Ausdruck kam. Wie aus den folgenden Treffberichten hervorgeht, ging Blanke weit über diese Informationsangaben hinaus und bemühte sich, den Erwartungen der Urheber des Perspektivplans so gut wie möglich nachzukommen.

Nach dem Studium dieser Stasiberichte bleibt nicht nur ein übler Nachgeschmack, sondern, wie bereits oben angesprochen, auch ein gewisser Verdacht zurück, die Verfasser dieser Berichte könnten sie zu Gunsten ihrer Vorgesetzten und im Sinne ihrer politisch-ideologischen Absichten inhaltlich manipuliert und stilistisch angepasst haben. Die Treffberichte hinterlassen einen eher oberflächlichen Eindruck und geben die Gespräche in der Tat im Sinne der Absichten und Zielsetzungen der Stasi wieder. Wir wissen ja nicht, wie diese Gespräche dem Inhalt nach tatsächlich verlaufen sind. Ausserdem erhielt ein IM keine Gelegenheit, diese Berichte einzusehen, zu verifizieren oder selbst abzusehen.

Es war nicht die Aufgabe dieser Studie, Blankes politisches Weltbild zu analysieren. In der Öffentlichkeit der Esperanto-Bewegung ist er nicht durch ideologisch-politische Propaganda aufgefallen. Der Stil der Informationsvermittlung unterscheidet sich in den Stasiakten grundsätzlich von demjenigen, den Blanke in der von ihm redigierten Zeitschrift *der esperantist* und in seinem wissenschaftlichen Werk praktiziert hatte, wie wenn es sich um drei verschiedene Gesichter (oder Masken) handeln würde. Die Frage, ob er tatsächlich ein Bewunderer des „Kommunistischen Manifests“ von Marx und Engels des Jahres 1848 war, das er ins Esperanto übersetzte, bleibt dahingestellt und interessiert hier kaum. Nach der Wende wollte er sich als Sozialdemokrat verstanden wissen, aber ein grosser Freund der BRD sollte er nicht werden. Auch seine Antipathie gegenüber DDR-Kritikern, oppositionellen Polen, Lapenna, diversen Sonderlingen, Einzelgängern und Abweichlern der Esperanto-Bewegung, usw. usf., wie diese in den Stasiberichten durchschimmerte, hatte er nie revidiert oder überwunden. In seiner „Gesellschaft für Interlinguistik e.V.“ (Berlin) der Nachwendezeit, die von ihm als Ersatz für die untergegangenen DDR-Strukturen zwanzig Jahre lang autoritär geführt wurde (1991-2011),¹¹⁷ wurde die kritische Aufarbeitung heikler DDR-Themen behindert, und er schätzte es nicht, wenn angeblich unbefugte Rechercheure, die nach seiner Meinung von der DDR nichts verstanden, schon gar nicht, wenn sie dort nicht gelebt hatten, „in der Scheisse der Vergangenheit graben“. Kommentatoren, die etwas über ihn veröffentlichen sollten, das er als unrichtig erachtete, drohte er mit juristischen Konsequenzen.

Nach dem Untergang der DDR schrieb Detlev Blanke in *der esperantist* 1/1990, dem offiziellen Publikationsorgan des Esperanto-Verbands der DDR, das die DDR drei Jahrzehnte lang politisch-ideologisch stramm verteidigt hatte, er habe „nicht gewusst“, dass die DDR von einer „Privilegien-gierigen Clique von Kriminellen regiert“ worden war, die in Bezug auf das, „was Marx, Engels und Lenin gewollt hätten, inkompetent waren und die das Volk, auch ihn selbst, betrogen hätten“. Die Parteiführung habe in „unermesslichem Grad die Ideale des Sozialismus mit Füßen getreten, ihre Macht und das Vertrauen vieler Wohlgesinnter missbraucht und das Land bis an den Rand der Katastrophe geführt“. Er, Blanke, habe „sich in Bezug auf die Regierung und die Parteiführung geirrt“. Ein „Neuanfang sei vonnöten“. Der „Sozialismus sei aber nicht gescheitert“. Er habe „nicht scheitern können, weil er gar nicht existiert“ habe. Man sei „nun daran, den Stalinismus in seiner DDR-Variante zu zerschlagen, um zu Marx, Engels und Lenin zurückzukehren“.¹¹⁸

Detlev Blankes ungewöhnliche Leidenschaft für Esperanto und Plansprachen ist nicht zu verkennen. Diesen Domänen und Sphären war sein Leben gewidmet und untergeordnet, Stasi hin oder her. Seine Arbeit nahm er todernst und verrichtete sie 'preussisch' korrekt. Natürlich war ein solches Verhalten nicht vor schweren Übertreibungen und subjektiven Einschätzungen gefeit. Die wohl etwas erstaunten VP- oder Stasileute hatten sicher nicht ganz unrecht, wenn sie in ihrer Einschätzung der Arbeit Blankes von 1968 schrieben: „Bei der Lösung von Aufgaben insbesondere bei Einschätzungen, die der GI gab, zeigten sich Tendenzen von Absolutierungen und eine sehr stark subjektiv ausgeprägte Meinung,

¹¹⁷ Der Autor dieser Studie war ca. 1996-2006 selbst Mitglied dieses Vereins.

¹¹⁸ D. Blanke: GDREA en alia lando. In: *der esperantist* 1/1990, Diese Aussage scheint mir ziemlich unglaubwürdig. Detlev Blanke konnte als offizieller Vertreter der DDR (d.h. als sog. „Reisekader“) während Jahrzehnten regelmässig auch ins westliche Ausland gelangen und sich dort mit entsprechenden Informationen (persönliche Kontakte, Literatur usw.) versorgen lassen. Dies machte Blanke zu einem allseits gut informierten DDR-Bürger. Sein hervorragender und aktueller Wissenstand wurde ihm selbst von der Stasi attestiert. Freilich wurden viele Einzelheiten zur Geschichte und zu den (kriminellen) Machenschaften der DDR und der Stasi erst nach der Wende aufgedeckt.

die er dann auch so in Berichten und Einschätzungen formulierte bzw. zum Ausdruck brachte. “ Mit dieser aus heutiger Sicht wohl etwas ironischen Aussage wurde der Eifer des IM „Ulo“ gewissermaßen ad absurdum geführt, könnte man sagen.

In Kreisen der Esperanto-Bewegung zirkulierte hinter vorgehaltener Hand natürlich schon lange das Gerücht, dass Detlev Blanke zu DDR-Zeiten – schon von Amtes wegen – mit der Stasi zusammengearbeitet hatte bzw. haben muss, obwohl es dafür keine konkreten Anhaltspunkte, geschweige denn stichhaltige Beweise gab, die dies hätte belegen können, zumal der Betroffene selbst zu diesem Thema eisern schwieg (und offenbar auch von niemandem danach befragt wurde). 2013 hat Andreas Zimmer, Potsdam, in seiner renommierten Leipziger Hochschuldissertation über die Geschichte des Kulturbunds der DDR Detlev Blanke als IM/GMS „Ulo“ enttarnt.¹¹⁹ Die in vorliegender Studie nachgelieferten Auszüge aus den einschlägigen Stasiakten zu diesem ehemaligen Stasi-Informanten werden hiermit erstmals publik gemacht. Diese Akten ermöglichen auch einen genaueren und tieferen Einblick in Themen und Details, die die Stasi in puncto Esperanto interessiert hatte. Aus den Unterlagen geht unter anderem hervor, dass man mit eigenwilligen oder politisch unangepassten DDR-Esperantisten nicht gerade tolerant umsprang. Was die Kontakte von DDR-Bürgern zu Esperantisten in der BRD anging, muss das Verhalten auf DDR-Seite als geradezu paranoid bezeichnet werden.¹²⁰

Obwohl Blanke sich gerne damit brüstete, dass in der DDR auf staatlicher Ebene bei weitem mehr Möglichkeiten für die Esperanto-Bewegung bestanden, sich zu verwirklichen und unterstützt zu werden, als dies im Westen der Fall war, muss aus den konsultierten Stasiakten geschlossen werden, dass dieser Staat sich weniger für Esperanto als Sprache und (kulturelle) Bewegung an sich, als vielmehr für seine Anhänger als agierende Individuen interessierte. Und sollte man von Erfolgen für die Esperanto-Bewegung in der DDR sprechen wollen, wäre dabei nicht zu vergessen, darauf hinzuweisen, zu welchem (hohen) politischen Preis diese Erfolge erreicht wurden. Man hatte es bekanntlich ja mit einer totalitären kommunistischen Einparteiendiktatur sowjetischen Typs zu tun, der alle Sphären des öffentlichen und teilweise auch privaten Lebens gleichgeschaltet untergeordnet waren bzw. werden mussten. Dies galt im Übrigen auch für die Erfolge der Esperanto-Bewegung in anderen sozialistischen Ländern, über die in *der esperantist* feierlich berichtet wurde. In dieser kritischen Form konnte diese Wahrheit natürlich niemals öffentlich ausgedrückt werden. Das Interesse des Stasistaates in Bezug auf Esperanto betraf in erster Linie vor allem Fragen wie ‘gibt es unter den Esperantisten Beziehungen zum kapitalistischen Ausland, vor allen zur BRD und zum übrigen Westen’, ‘sind die Esperantisten der DDR loyale Bürger’, ‘wie ist ihre Haltung gegenüber der DDR-Regierung’, ‘sind sie politisch zuverlässig und standhaft’, ‘gibt es Clubbildungen’, ‘Splittergruppen’ und ‘politisch verdächtige Elemente’, allenfalls auch Republikflüchtige und Republikfluchthelfer unter den Esperantisten, ‘was für Zeitschriften werden in die DDR eingeführt’ und ‘wird Literatur aus Westdeutschland oder der VR China bezogen’, ‘gibt es Kontakte zur chinesischen Botschaft’, ‘wie ist die Esperanto-Bewegung politisch strukturiert’, wer ist von ‘bürgerlicher Herkunft’, etc. etc. Die Bedeutung oder der Wert des Esperanto als Sprache und ‘Kultur’ dürfte die Stasi kaum interessiert haben. Es ging ihr einzig darum, diese Bewegung, die kein marxistisch-kommunistisches Fundament hatte, unter politischer Kontrolle zu halten, allenfalls noch die Esperantisten mit ihrem ausgefallenen „Hobby“ in ihrer gesellschaftlich-privaten Nische gewähren zu lassen, wenn sie keine politischen Eskapaden betrieben. Der Esperanto-Verband der DDR war im Grunde nichts anderes als eine Fachabteilung bzw. Fachgruppe wie etwa die die Gesellschaft für Denkmalpflege, die Gesellschaft für Natur und Umwelt, Touristik und Wandern, die Gesellschaft für Heimatgeschichte oder die Gesellschaft für Fotografie. Wichtig war, dass sie sich als Kollektiv in der Öffentlichkeit zum Marxismus-Leninismus und zum DDR-Staat bekannten. Als Verbandsvorsitzender hatte Detlev Blanke die Aufgabe, diese ordentliche Haltung zu gewährleisten, durchzusetzen, zu sichern und zu kontrollieren. Jegliche Form von „Clubbildung“ und Abweichung von der zentralen Linie innerhalb der Esperanto-Bewegung waren zu unterbinden und zu bekämpfen. Dies galt vor allem auch für Verbindungen zur BRD und zum übrigen westlichen Ausland, dem Erzfeind der DDR. Dass der „Esperanto-Verband im

¹¹⁹ S. Zimmer, Andreas: Der Kulturbund in der SBZ und in der DDR, Eine ostdeutsche Kulturvereinigung im Wandel der Zeit zwischen 1945 und 1990. Springer Verlag Berlin 2018. S. 524 f.

¹²⁰ Es existieren Stasiakten, die bezeugen, dass gewisse DDR-Bürger einen gewaltigen Schaden durch die Stasi-Behandlung erlitten (s. etwa: Aretz, J./Stock, W.: Die vergessenen Opfer der DDR. 13 erschütternde Berichte mit Original-Stasiakten. Bergisch Gladbach 1997 (hierzu vgl. den Fall Blanke etwa mit dem Fall Günter Fritzsche); oder: Deckname „Lyrik“. Eine Dokumentation von Reiner Kunze. Frankfurt/M. 1990/2018 (als eindruckliches Beispiel für „Opferakten“).

Kulturbund der DDR“ sich politisch quasi als Geisel und Instrument der SED missbrauchen liess, dürfte nicht von allen Mitgliedern gutgeheissen worden sein. Aber sie hatten keine Möglichkeit, sich öffentlich zu diesem Thema zu äussern. Die Diskussion wäre von Blanke oder anderen Aufpassern wohl sofort im Keim erstickt worden. Diese Diskussion betraf etwa auch die Menschenrechtslage in der DDR und in anderen kommunistisch regierten Ländern, die tabu war.¹²¹ Zu den schwersten Vorwürfen, die an Blanke gerichtet werden müssten, gehört die Kritik, diese politische Instrumentalisierung zugelassen zu haben, obwohl er keine andere Wahl hatte. Aber Verstorbenen, die sich nicht wehren können, kann man keine Vorwürfe machen. Der unerwartete und relativ frühe Tod Blankes wurde von der Esperanto-Bewegung zutiefst bedauert und als grosser Verlust betrachtet.¹²²

Es ist offensichtlich, dass aufgrund des vorhandenen Wissens über die Stasi-Spitzeltätigkeit einiger bekannter DDR-Esperantisten die Geschichte des Esperanto in der DDR ausserhalb der geschönten Historiographie, die für die Esperanto-Bewegung archetypisch sind, *neu geschrieben werden muss*. Auch wird Detlev Blankes Zusammenarbeit mit der Stasi nicht mehr ignoriert oder verschwiegen werden können, wie dies bisher der Fall gewesen war.

Noch ein Wort zum Stil der Stasiakten: Die von Hand oder mit Schreibmaschine verfassten Berichte zeichnen sich oft durch einen schludrigen und plumpen bürokratischen Sprachstil aus, der mit zahlreichen grammatischen und Orthografiefehlern behaftet ist und teilweise von scheinbar ungebildeten Menschen angewendet worden sein musste, die zudem in Bezug auf Themen wie Esperanto komplett inkompetent waren. Um diesen Zustand aufzuzeigen, wurden in den Zitaten die Fehler bewusst beibehalten oder mit sic markiert. Die Lektüre dieser Akten ist stellenweise zwar hochinteressant, aber wahrlich kein Vergnügen, sondern ruft höchstes Erstaunen, Befremden und Abscheu hervor.

© Unabhängige und ausschliesslich aus privater Eigeninitiative ausgeführte Bearbeitung durch A. Künzli (Schweiz). Keine Beteiligung Dritter. Erstmals veröffentlicht auf www.plansprachen.ch, Juni 2019. Alle Rechte vorbehalten.

Frühere Beiträge zum Thema:

http://www.plansprachen.ch/Esperanto_Stasi.pdf

http://www.plansprachen.ch/Studie_DDR_der-esperantist.pdf

Vorträge von Detlev Blanke:

<https://www.youtube.com/watch?v=iFXkjGakIYQ> (Deutsch)

<https://www.youtube.com/watch?v=UwJg9Ik-UIw> (Esperanto)

Interview mit Dr. Detlev Blanke über Esperanto und Plansprachen:

https://www.youtube.com/watch?v=xYlaN6DGWzo&list=PLsbtDKQaTuV3J2LiZ_ChY8GZsEIDrC4jH

¹²¹ Das Prinzip der Respektierung der Menschenrechte ist in den Statuten der Esperanto-Organisationen pro forma verankert, Menschenrechtsverletzungen in einzelnen Ländern werden in Esperanto-Kreisen aus Gründen der politischen Neutralität jedoch kaum konkret diskutiert.

¹²² S. <http://www.interlinguistik-gil.de/wb/pages/neuigkeiten.php#trauer>.